

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside.

ANTRÄGE ZUM *PARTEIKONVENT 2015*

AM 20. JUNI 2015

IM WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN

Mitglieder der Antragskommission

Vom Parteivorstand am 2. März benannte Mitglieder:

| | |
|------------------------------------|-----------------|
| Vorsitzender | Olaf Scholz |
| Stimmberechtigte Mitglieder | Niels Annen |
| | Petra Crone |
| | Yasmin Fahimi |
| | Elke Ferner |
| | Peter Friedrich |
| | Kerstin Griese |
| | Hubertus Heil |
| Beratendes Mitglied | Sascha Vogt |

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

| | |
|---------------------------|--------------------------|
| LV Schleswig-Holstein | Mathias Stein |
| LV Mecklenburg-Vorpommern | Bodo Wiegand-Hoffmeister |
| LO Hamburg | Inka Damerau |
| LO Bremen | Gisela Schwellach |
| BZ Nord-Niedersachsen | Gunnar Wegener |
| BZ Weser-Ems | Susanne Mittag |
| BZ Hannover | Stephan Klecha |
| BZ Braunschweig | Matthias Wehrmeyer |
| LV Sachsen-Anhalt | Andreas Schmidt |
| LV Brandenburg | Christian Maaß |
| LV Berlin | Ulrike Sommer |
| LV Nordrhein-Westfalen | André Stinka |
| BZ Hessen-Nord | Timon Gremmels |
| BZ Hessen-Süd | Dagmar Schmidt |
| LV Thüringen | N.N. |
| LV Sachsen | Susann Rührich |
| LV Saar | Petra Berg |
| LV Rheinland-Pfalz | Alexander Schweitzer |
| LV Baden-Württemberg | René Repasi |
| LV Bayern | Marietta Eder |

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem oder einer Delegierten der Bezirke und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Sie ist durch den Parteivorstand einzuladen. Die Antragskommission hat am 31. Mai beraten und legt ihre Stellungnahme gemäß § 28 (4) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|-------------------------------|-----|---------------|----------------|
| Demokratie stärken | Dem | Dem 1 – Dem 3 | Seiten 4-9 |
| Arbeit und Soziales | Ar | Ar 1 – Ar 12 | Seiten 10-29 |
| Wirtschaft und Energie | W | W 1 – W 67 | Seiten 30-104 |
| Inneres und Justiz | I | I 1 – I 34 | Seiten 105-148 |

Der Antragsschluss für den Parteikonvent 2015 in Berlin am 20. Juni 2015 war satzungsgemäß am 18. Mai 2015.

Demokratie stärken

Antrag Dem 1 Parteivorstand

Resolution: Unsere Demokratie stärken.

5 Demokratie ist die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Nur in einer starken und lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren und gemeinsam – auch im Konflikt – friedlich in der Gesellschaft umsetzen. Demokratie ist jahrhundertlang erkämpft worden. Und auch heute noch sterben Menschen in ihrem Einsatz für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit. Viele Millionen Menschen auf der Welt sind noch dabei, demokratischen Fortschritt zu erkämpfen. Und auch in Deutschland ist es gerade einmal 25 Jahre her, dass Menschen für ihre Freiheit gekämpft haben. Heute sind Europa und Deutschland Vorbilder des politischen Fortschritts, trotz aller Mängel und Probleme.

20 Politische Willensbildung in Parteien und in gesellschaftlichen Initiativen ist eine tragende Säule für eine starke Demokratie. Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie.

40 Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern.

45 Über viele Jahre beobachten wir in Deutschland aber auch in anderen europäischen Demokratien, dass sich immer weniger Menschen an den Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen beteiligen. Einzelne Ausnahmen haben diesen Trend bislang nicht umkehren können. Auch bei den

Resolution: Wahlbeteiligung erhöhen - unsere Demokratie stärken.

Annahme in geänderter Fassung

Demokratie ist die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Nur in einer starken und lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren und gemeinsam – auch im Konflikt – friedlich in der Gesellschaft umsetzen. Demokratie ist jahrhundertlang erkämpft worden. Und auch heute noch sterben Menschen in ihrem Einsatz für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit. Viele Millionen Menschen auf der Welt sind noch dabei, demokratischen Fortschritt zu erkämpfen. Und auch in Deutschland ist es gerade einmal 25 Jahre her, dass Menschen für ihre Freiheit gekämpft haben. Heute sind Europa und Deutschland Vorbilder des politischen Fortschritts, trotz aller Mängel und Probleme.

Politische Willensbildung in Parteien und in gesellschaftlichen Initiativen ist eine tragende Säule für eine starke Demokratie. Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie.

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Grundgesetz und die parlamentarische Demokratie in Deutschland sind die Grundpfeiler unseres föderalen, sozialen und rechtstaatlichen politischen Systems. Viele tausend Frauen und Männer als gewählte Mandatsträger auf kommunaler, Landes- und Bundesebene repräsentieren das Volk. Entscheidungen in parlamentarischen Verfahren, Gewaltenteilung und kontrollierende Öffentlichkeit sind die Antworten der Moderne auf komplexe und vielfach strittige politische Fragen.

Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern und stärken.

Über viele Jahre beobachten wir in Deutschland aber auch in anderen europäischen Demokratien, dass sich immer weniger Menschen an den Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen beteiligen. Einzelne Ausnahmen haben diesen Trend bislang nicht umkehren können. Auch bei den

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|--|---|
| 50 Landtagswahlen im vergangenen und in diesem Jahr ist die Wahlbeteiligung noch weiter gesunken, teilweise beobachten wir absolute negative Rekord-Werte. | Landtagswahlen im vergangenen und in diesem Jahr ist die Wahlbeteiligung noch weiter gesunken, teilweise beobachten wir absolute negative Rekord-Werte. |
| 55 Wahlbeteiligungen von knapp über 50 Prozent wie zuletzt bei der Landtagswahl in Bremen werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf. | Wahlbeteiligungen von knapp über 50 Prozent wie zuletzt bei der Landtagswahl in Bremen werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf. |
| 60 Dabei ist ein Trend besonders dramatisch und inakzeptabel: Je sozial schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft. Die Wahlergebnisse in Deutschland sind im Blick auf die Sozialstruktur der Wählerschaft nicht mehr repräsentativ. | Dabei ist ein Trend besonders dramatisch und inakzeptabel: Je sozial schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft. Die Wahlergebnisse in Deutschland sind im Blick auf die Sozialstruktur der Wählerschaft nicht mehr repräsentativ. |
| 70 Politik und Wahlen erscheinen heute vielen Menschen als fremde Welt. Während sich viele aus den sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung von der Politik abwenden, wächst die Politikverachtung bei vermeintlichen Intellektuellen und in wohlhabenderen Kreisen. 75 In den oberen Etagen macht sich eine Haltung breit, die Wahlenthaltung als „coole“ Protesthaltung zelebriert. | Politik und Wahlen erscheinen heute vielen Menschen als fremde Welt. Während sich viele aus den sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung von der Politik abwenden, wächst die Politikverachtung bei vermeintlichen Intellektuellen und in wohlhabenderen Kreisen. In den oberen Etagen macht sich eine Haltung breit, die Wahlenthaltung als „coole“ Protesthaltung zelebriert. |
| 80 Überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung Dies sind allesamt dringende Gründe für die SPD, eine breite, überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu fordern. 85 | Überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung Dies sind allesamt dringende Gründe für die SPD, eine breite, überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu fordern. |
| 90 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht tatenlos bleiben und uns gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien auf Bundes- und Länderebene dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aktiv an Wahlen und aktiv am politischen Leben insgesamt beteiligen. 95 | Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht tatenlos bleiben und uns gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien auf Bundes- und Länderebene dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aktiv an Wahlen und aktiv am politischen Leben insgesamt beteiligen. Mit diesem Beschluss des SPD-Konvents wollen wir offen in die Gespräche mit den anderen Parteien gehen. |
| 100 Eine starke Wahlbeteiligung stärkt die Legitimation von Politik und Institutionen, kann Vertrauen erneuern helfen und sorgt auch dafür, dass rechtsextreme und -populistische Parteien weniger Chancen auf den Einzug in die Parlamente haben. | Eine starke Wahlbeteiligung stärkt die Legitimation von Politik und Institutionen, kann Vertrauen erneuern helfen und sorgt auch dafür, dass rechtsextreme und -populistische Parteien weniger Chancen auf den Einzug in die Parlamente haben. |

- 105 Wir haben allen im Bundestag vertretenen Parteien, sowie der FDP, eine „Gemeinsame Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung“ vorgeschlagen, die auch gesellschaftliche Akteure wie z.B. Gewerkschaften, Verbände, NGOs, Kirchen und Unternehmerverbände
- 110 einbeziehen soll. Gemeinsam mit den demokratischen Parteien auf Bundesebene wollen wir Maßnahmen entwickeln, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und unsere Demokratie zu stärken. Den Sachverstand der
- 115 Wissenschaft beziehen wir mit ein.
- Zugleich werben wir in Öffentlichkeit und Medien für eine breite Diskussion über unsere demokratische politische Kultur. Dabei wollen wir uns auch offen und lernbereit zeigen für Kritik an den Parteien. Die demokratischen Parteien haben eine Mitverantwortung dafür, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen. Sie haben eine Verpflichtung, ihren
- 120 Verfassungsauftrag der Willensbildung durch deutliches programmatisches Profil, klare Sprache und verantwortliches Handeln umzusetzen. Sie leben vom Vertrauen der Bürger und unterliegen ihrer Kontrolle. Politik,
- 125 Parteien und die handelnde Personen müssen sagen, was sie tun und tun, was sie sagen.
- Nichts ist alternativlos. Parteien und Politikerinnen und Politiker müssen das
- 135 Vertrauen der Menschen durch verantwortliche Entscheidungen nach klaren Maßstäben rechtfertigen können. Politik ist für die Menschen da – nicht umgekehrt. Verbesserte Transparenz-Regeln für Abgeordnete sind ein
- 140 wichtiger Schritt, ein umfassender Verhaltenskodex sowie ein Register für den Lobbyismus sind noch zu schaffen. Auch eine Erweiterung öffentlicher Informationsrechte und eine verbesserte Einbeziehung der
- 145 Bürgerinnen und Bürger in unterschiedliche Planungsprojekte steht weiter auf der Agenda.
- Partizipation und Integration sind zentrale Zukunftsaufgaben der modernen Gesellschaft.
- 150 Trotz sinkender Wahlbeteiligung gilt: Große Mehrheiten in der Bevölkerung wünschen nicht weniger, sondern mehr demokratische Teilhabe. Auch durch transparente Verfahren der Bürgerbeteiligung und direkte
- 155 Abstimmungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene wollen die Menschen partizipieren. Demokratische Partizipation kann **Demokratische Partizipation allein wird die**

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 160 dabei nicht ohne die Stärkung sozialer Teilhabe verbessert werden. Ohne die Verminderung und Überwindung sozialer Spaltungstendenzen in der Gesellschaft laufen demokratische Verfahren Gefahr, nur noch als Instrumente für Privilegierte zu erscheinen.
- 165 Nicht zuletzt erfordert die Realität der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland im Herzen der Europäischen Union eine demokratische politische Willkommens- und Anerkennungs-Kultur, die Integration und Beteiligung für Migrantinnen und Migranten erleichtert und zugleich der Stärkung eines positiven Bezuges zu unserer Verfassung und unserem Gemeinwesen dient.
- 170 Wir wollen, dass viel mehr hier lebende ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben und sich an der Politik beteiligen. Demokratische Teilhabe gehört untrennbar zur Integration.
- 175 **Attraktivität von Politik und Demokratie allerdings nicht sichern. Erst die Verminderung bzw. Überwindung sozialer Spaltung und der Ausbau soziale Teilhabe, kann unsere Demokratie nachhaltig stärken.**
- 180 **Handlungsvorschläge für mehr Wahlbeteiligung und eine erneuerte politische Kultur entwickeln**
- 185 Wählen ist auch ein sozialer Akt. Eine Debatte über Instrumente allein oder politische Kosten-Nutzen-Rechnungen werden dem Anspruch an eine gute demokratische Kultur nicht gerecht. Es reichen deshalb auch nicht moralisierende Appelle. Menschen werden am meisten in ihrer Lebenswelt über Familie und Freunde motiviert, wählen zu gehen. Wahlen gehören zurück ins Alltagsleben. Zeitliche und räumliche Flexibilität gehört zu den gewachsenen Ansprüchen der Menschen. Wir müssen es ihnen so einfach wie möglich machen, ihre politischen Interessen bei Wahlen zu artikulieren. Wir müssen das Wählen und die Wahlurne besser in die gewandelte Alltagskultur der Menschen integrieren. Bei alle dem muss klar sein: Jede Stimme zählt. Es bewirkt etwas, wählen zu gehen.
- 190 **Handlungsvorschläge für mehr Wahlbeteiligung und eine erneuerte politische Kultur entwickeln**
- 195 Wählen ist auch ein sozialer Akt. Eine Debatte über Instrumente allein oder politische Kosten-Nutzen-Rechnungen werden dem Anspruch an eine gute demokratische Kultur nicht gerecht. Es reichen deshalb auch nicht moralisierende Appelle. Menschen werden am meisten in ihrer Lebenswelt über Familie und Freunde motiviert, wählen zu gehen. Wahlen gehören zurück ins Alltagsleben. Zeitliche und räumliche Flexibilität gehört zu den gewachsenen Ansprüchen der Menschen. Wir müssen es ihnen so einfach wie möglich machen, ihre politischen Interessen bei Wahlen zu artikulieren. Wir müssen das Wählen [...] besser in die gewandelte Alltagskultur der Menschen integrieren. Bei alle dem muss klar sein: Jede Stimme zählt. Es bewirkt etwas, wählen zu gehen.
- 200 **Handlungsvorschläge für mehr Wahlbeteiligung und eine erneuerte politische Kultur entwickeln**
- 205 Dabei können zunächst in einem ersten Schritt eine Reihe von einfachen, wirksamen und positiven Maßnahmen helfen, die ohne großen Streit und Gesetzesreformen auskommen. Dies sind vor allem Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Information und der Motivation beitragen und das Verständnis bzw. die Akzeptanz der Wahlkämpfe sowie die Aufmerksamkeit für die Bedeutung von
- 210 **Handlungsvorschläge für mehr Wahlbeteiligung und eine erneuerte politische Kultur entwickeln**
- 210 Dabei können zunächst in einem ersten Schritt eine Reihe von einfachen, wirksamen und positiven Maßnahmen helfen, die ohne großen Streit und Gesetzesreformen auskommen. Dies sind vor allem Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Information und der Motivation beitragen und das Verständnis bzw. die Akzeptanz der Wahlkämpfe sowie die Aufmerksamkeit für die Bedeutung von Wahlen

215 Wahlen erhöhen. In einem zweiten Schritt
müssen Reformen des Wahlsystems geprüft
und eingeleitet werden, die Hürden absenken
und die Stimmabgabe alltagstauglich
erleichtern. Ein dritter Schritt wäre die
Ergänzung demokratischer Verfahren in der
parlamentarischen Demokratie durch Elemente
220 wie Volksabstimmungen.

erhöhen. In einem zweiten Schritt müssen
Reformen des Wahlsystems geprüft und
eingeleitet werden, die Hürden absenken und
die Stimmabgabe alltagstauglich erleichtern.
Ein dritter Schritt wäre die Ergänzung
demokratischer Verfahren in der
parlamentarischen Demokratie durch Elemente
wie **Volksabstimmungen und die Absenkung
des Wahlalters.**

225 Insbesondere junge Menschen müssen wir noch
stärker in den Blick nehmen. Um für
Demokratie zu begeistern, müssen wir Schulen
und Hochschulen zu Orten der gelebten
Demokratie machen. Diskussionen und
politische Veranstaltungen müssen überall
selbstverständlich sein. Nur so kann politische
230 Willensbildung schon früh beginnen und das
Bewusstsein, mit der eigenen Stimme Einfluss
zu nehmen, wachsen. Daneben sind für die
Demokratieerziehung von jungen Menschen
die Landeszentralen und die Bundeszentrale für
235 Politische Bildung von großer Bedeutung.
Diese gilt es zu stärken.

Insbesondere junge Menschen müssen wir noch
stärker in den Blick nehmen. Um für
Demokratie zu begeistern, müssen wir Schulen
und Hochschulen zu Orten der gelebten
Demokratie machen. Diskussionen und
politische Veranstaltungen müssen überall
selbstverständlich sein. Nur so kann politische
Willensbildung schon früh beginnen und das
Bewusstsein mit der eigenen Stimme Einfluss
zu nehmen, wachsen. Daneben sind für die
Demokratieerziehung von jungen Menschen die
Landeszentralen und die Bundeszentrale für
Politische Bildung von großer Bedeutung.
Diese gilt es zu stärken.

240 Bei den für die Steigerung der Wahlbeteiligung
wirksamen Vorschlägen sind sowohl die
zeitliche Ausweitung der
Stimmabgabemöglichkeit als auch die
Einrichtung mobiler Wahlstationen besonders
relevant. Ziel ist hier, den Bürgerinnen und
Bürgern alltagspraktisch erleichterte Wege zur
245 Stimmabgabe zu eröffnen.
Verfassungsrechtliche Bedenken gegen frühere
und mobile Stimmabgaben bestehen nicht.

Bei den für die Steigerung der Wahlbeteiligung
wirksamen Vorschlägen sind sowohl die
zeitliche Ausweitung der
Stimmabgabemöglichkeit als auch die
Einrichtung mobiler Wahlstationen besonders
relevant. Ziel ist hier, den Bürgerinnen und
Bürgern alltagspraktisch erleichterte Wege zur
Stimmabgabe zu eröffnen.
Verfassungsrechtliche Bedenken gegen frühere
und mobile Stimmabgaben bestehen nicht.

250 Wir wollen die Gespräche mit den anderen
Parteien ergebnisorientiert und konstruktiv
fortsetzen. Gemeinsam wollen wir ein
Zeichnen setzen für ein Mehr an Partizipation
und für die Wertschätzung unserer Demokratie.
255 Dabei wollen wir auch einen öffentlichen
Dialog anregen, in dem Expertinnen und
Experten gehört und gesellschaftliche Akteure
wie Verbände, Glaubensgemeinschaften und
NGOs beteiligt werden.

Der SPD-Konvent bekräftigt: Wir wollen **auf
Grundlage dieses Beschlusses** die Gespräche
mit den anderen Parteien ergebnisorientiert,
offen und konstruktiv fortsetzen. Gemeinsam
wollen wir ein Zeichnen setzen für ein Mehr an
Partizipation und für die Wertschätzung unserer
Demokratie. Dabei wollen wir auch einen
öffentlichen Dialog anregen, in dem
Expertinnen und Experten gehört und
gesellschaftliche Akteure wie Verbände,
Glaubensgemeinschaften und NGOs beteiligt
werden.

260 Am Ende des Prozesses sollte ein konkretes
Maßnahmenpaket stehen, zu dessen Umsetzung
sich die Parteien auf den jeweiligen Ebenen
265 verbindlich verpflichten.

Am Ende des Prozesses sollte ein konkretes
Maßnahmenpaket stehen, zu dessen
Umsetzung sich die Parteien auf den jeweiligen
Ebenen verbindlich verpflichten.

Bis zu unserem Bundesparteitag im Dezember Bis zu unserem Bundesparteitag im Dezember

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- | | |
|---|---|
| <p>270 wollen wir innerparteilich und öffentlich über die Initiative diskutieren und neue Vorschläge und Meinungen mit einbeziehen. Dazu wird der Parteivorstand ab August entsprechende Materialien vorbereiten und Veranstaltungen in den Landesverbänden und Bezirken begleiten.</p> | <p>wollen wir innerparteilich und öffentlich über die Initiative diskutieren und neue Vorschläge und Meinungen mit einbeziehen. Dazu wird der Parteivorstand ab August entsprechende Materialien vorbereiten und Veranstaltungen in den Landesverbänden und Bezirken begleiten.</p> |
| <p>275 Die bereits vorliegenden Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe beim SPD-Parteivorstand sollen der Partei dabei ebenfalls zur argumentativen Unterstützung dienen. Im Dezember werden wir dann die Ergebnisse unserer Beratungen als umfassende Beschlussvorlage zur „Stärkung unserer Demokratie“ dem Bundesparteitag vorlegen.</p> | <p>Die bereits vorliegenden Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe beim SPD-Parteivorstand sollen der Partei dabei ebenfalls zur argumentativen Unterstützung dienen. Im Dezember werden wir dann die Ergebnisse unserer Beratungen als umfassende Beschlussvorlage zur „Stärkung unserer Demokratie“ dem Bundesparteitag vorlegen.</p> |
| <p>280 Die bereits vorliegenden Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe beim SPD-Parteivorstand sollen der Partei dabei ebenfalls zur argumentativen Unterstützung dienen. Im Dezember werden wir dann die Ergebnisse unserer Beratungen als umfassende Beschlussvorlage zur „Stärkung unserer Demokratie“ dem Bundesparteitag vorlegen.</p> | <p>Die bereits vorliegenden Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe beim SPD-Parteivorstand sollen der Partei dabei ebenfalls zur argumentativen Unterstützung dienen. Im Dezember werden wir dann die Ergebnisse unserer Beratungen als umfassende Beschlussvorlage zur „Stärkung unserer Demokratie“ dem Bundesparteitag vorlegen.</p> |

Antrag Dem 2

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Digitales Leben

Die SPD wird aufgefordert, sicherzustellen, dass auch im Zuge fortschreitender Digitalisierung und im Rahmen der Erstellung eines Programmentwurfs zum Thema „Digitales Leben“ jegliche Arbeiter- / Arbeitnehmerrechte sowie die sozialdemokratischen Grundwerte gemäss unseres Grundsatzprogramms bestmöglich gewahrt und wenn möglich weiter ausgeweitet werden.

- 5
10

Digitales Leben

Überweisung an #DIGITALLEBEN

Antrag Dem 3

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Social Media und Suchdienst

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit der französischen sozialistischen Fraktion die Möglichkeit eines Aufbaus eines neuen sozialen Netzwerkes und einer Suchmaschine beim Gemeinschaftssender ARTE zu prüfen. Ziel soll sein ein öffentlich finanziertes Portal, dass französischen und deutschen Wertvorstellungen hinsichtlich Schutz der Privatsphäre und der Internetgeschwindigkeit entspricht.

- 5
10

Social Media und Suchdienst

Ablehnung

Arbeit und Soziales

Antrag Ar 1

Parteivorstand

Familien in ihrer Vielfalt stärken – Familien in ihrer Vielfalt stärken – Alleinerziehende besser unterstützen Alleinerziehende besser unterstützen –

Das Familienleben in Deutschland ist bunter geworden. Kinder erleben im Laufe ihres Aufwachsens oft mehrere Familienformen. Denn neben der klassischen „Ehe mit Kindern“ sind ganz unterschiedliche Modelle getreten, die vorübergehend oder auf lange Zeit gelebt werden: Unverheiratete Paare, Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchwork-Familien, binationale, multilokale oder Wahlfamilien – und noch einiges mehr.

Für uns als SPD ist klar:

- Wir wollen Familien in ihrer Vielfalt so unterstützen, wie sie sind.
- Wer sich für Kinder entscheidet und sie verantwortungsvoll erziehen will, verdient dafür gute Rahmenbedingungen.

Dass insbesondere bei der Unterstützung alleinerziehender Eltern großer Nachholbedarf besteht, ist inzwischen breiter Konsens in Wissenschaft und Gesellschaft. Diese Familien bei ihren besonderen Herausforderungen zu unterstützen, ist aus Sicht der SPD eine zentrale familienpolitische Aufgabe.

Alleinerziehende sind eine starke Gruppe. Während der Anteil verheirateter Paare mit Kindern stetig gesunken ist, hat sich der von Müttern oder Vätern, die mit ihren Kindern allein leben, in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Jede fünfte Familie besteht inzwischen aus einem Elternteil mit Kind(ern) – in Großstädten wie Berlin ist es bereits jede dritte Familie. Insgesamt sind das zurzeit rund 1,6 Mio. Haushalte mit 2,2 Mio. Kindern.

Aber: Auch wenn 90% der Alleinerziehenden Frauen sind: „die Alleinerziehende“ gibt es nicht. Die Vielfalt ihrer Lebenslagen ist noch höher als unter den Paar-Familien. Denn was für einige ein bewusst gewähltes Lebensmodell ist, ist für andere die unfreiwillige Folge einer Trennung, Scheidung oder dem Tod des Partners. Und während es unter den Nachtrennungsfamilien unabhängig vom Wohnort der Kinder jene gibt, wo weiterhin

50 beide Elternteile Verantwortung übernehmen, liegt sie in anderen bei einem Elternteil allein – allzu oft begleitet von jahrelangen Sorge-, Umgangs- und Unterhaltsstreitigkeiten, die allen Beteiligten Zeit und Kraft nehmen.

55 Allen Elternteilen, die ohne Partner/in mit ihren Kindern leben, ist jedoch gemeinsam, dass sie täglich noch mehr leisten müssen als andere, um ihren Alltag zu organisieren. Alleinerziehende Frauen sind häufiger erwerbstätig als andere Mütter, arbeiten im
60 Mittel fünf Wochenstunden länger als Mütter in Paarfamilien – und überdurchschnittlich oft im Nacht- oder Wochenenddienst. In vielen Fällen schultern sie gleichzeitig ganz oder überwiegend Kindererziehung, Haushalt und
65 Hausaufgabenbetreuung, Arztbesuche und Behördengänge. Damit sind sie in besonderer Weise Leistungsträgerinnen und Leistungsträger in unserer Gesellschaft.

70 Was Politik konkret tun kann, um ihnen und ihren Kindern den Alltag leichter zu machen, haben wir in den letzten Wochen die Betroffenen selbst gefragt. In einem
75 Bürgerdialog auf der Plattform alleinerziehende.spd.de haben uns mehr als 200 Frauen und Männer ihre Erfahrungen geschildert und ihre Forderungen an eine bessere Unterstützung von Alleinerziehenden formuliert.

80 Diese Berichte zeigen erneut sehr deutlich, dass Alleinerziehende mit ihren Kindern noch dringender als andere auf ein gutes Zusammenspiel von Zeit, Geld und
85 Infrastruktur für Familien angewiesen sind:

1. Auf Steuer- und Familienleistungen, die Alleinerziehende nicht zu Familien zweiter Klasse machen.
- 90 2. Auf Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder aller Altersgruppen, die qualitativ hochwertig, bezahlbar, zeitlich verlässlich und flexibel sind Und Randzeiten und Ferien umfassen.
- 95 3. Auf eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit, die dennoch Raum für Alltagspflichten, Zuwendung und auch Erholung lässt.

100 **SPD-Politik für Alleinerziehende in der Bundesregierung**

Weniger Steuern

- 105 Die SPD mit Manuela Schwesig als Bundesfamilienministerin hat in den letzten Wochen dafür gekämpft, dass – wie in der Koalitionsvereinbarung mit der Union vorgesehen – zusammen mit dem
 110 Kinderfreibetrag und dem Kindergeld auch der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich angehoben wird.

- 115 Diese Anhebung war überfällig, denn seit seiner Einführung im Jahre 2004 liegt der Freibetrag unverändert bei 1.308 Euro. Der Kinderfreibetrag und das Kindergeld wurden seitdem um fast ein Viertel erhöht. Und für ein Ehepaar mit einem Kind ist die
 120 durchschnittliche Steuerentlastung aus dem Ehegattensplitting derzeit etwa fünfmal so hoch wie die Steuerentlastung einer Alleinerziehenden mit einem Kind durch ihren Freibetrag.

- 125 Die jetzt beschlossene Anhebung des Entlastungsbetrages um 600 Euro auf 1.908 Euro ist daher ein großer Erfolg.

130 ***Flexiblere Betreuungsangebote***

- Ein bedarfsdeckendes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen und Ganztagschulen bleibt insbesondere für Alleinerziehende die
 135 entscheidende Voraussetzung für eigene Erwerbstätigkeit. Hier ist, trotz der erheblichen Fortschritte in den zurückliegenden Jahren, noch viel zu tun. Das gilt in den alten Bundesländern vor allem für das Angebot
 140 ganztägiger Betreuung.

- Wir haben deshalb auch dafür gesorgt, dass nun mit den zusätzlichen Finanzhilfen, die der Bund ab 2015 für den Kita-Ausbau zur
 145 Verfügung stellt, gezielt in die Ganztagsbetreuung investiert wird. Und dass mit einem 100-Mio-Programm zum Ausbau von Randzeiten-Kitas, künftig vor allem Alleinerziehende besser unterstützt werden, die
 150 im Schichtdienst, frühmorgens, abends oder nachts arbeiten müssen.

Familienorientierte Arbeitszeiten

- 155 Und was schließlich die notwendige Zeit für Familie angeht: die allermeisten Eltern, erst recht wenn sie allein mit ihren Kindern leben,

160 brauchen Zeit für ihre Kinder. In der Elternzeit ist das neue Elterngeld Plus ein gutes Angebot gerade auch für Alleinerziehende, das Teilzeittätigkeiten leichter macht. Aber viele wünschen sich auch zumindest für einige Jahre eine Beschäftigung unterhalb von Vollzeit, um den Spagat zwischen Beruf, Familie und Haushalt leisten zu können.

170 Damit jedoch familienbedingte Teilzeit nicht zur biographischen Sackgasse wird, werden wir noch in diesem Jahr den Rechtsanspruch auf befristete Arbeitszeitreduzierung auf den Weg bringen, also den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit um ein Rückkehrrecht zur vorherigen Arbeitszeit ergänzen.

175 Unsere nächsten Schritte

180 Bei allem, was wir erreicht haben: es bleibt noch viel zu tun. Politik für Alleinerziehende findet viele Anknüpfungspunkte: Familien- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik. Aus unserer Sicht geht es zukünftig vor allem um folgende Schwerpunkte:

185 Ausbau des Unterhaltsvorschusses

190 Im Bereich der Familienleistungen setzen wir weiter auf eine Flexibilisierung des Unterhaltsvorschusses. Er unterstützt Alleinerziehende, wenn Unterhaltszahlungen für das Kind vom anderen Elternteil ausbleiben. Derzeit ist die Bezugsdauer des Vorschusses auf maximal sechs Jahre, längstens bis zum 12. Geburtstag eines Kindes begrenzt. Viele Betroffene empfinden diese Begrenzung zu Recht als willkürlich und kritisieren den Wegfall der Unterstützung ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo der finanzielle Aufwand für ein Kind mit Beginn der Pubertät noch einmal deutlich steigt.

205 Alleinerziehende im SGB II beantragen heute den Unterhaltsvorschuss, der mit dem Kinderbedarf vollständig verrechnet wird. Wir plädieren dafür, die Zeiten des Unterhaltsvorschuss-Bezuges im SGB II an den regulären Bezug anzuhängen.

210 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Wir fordern seit langem, den Rechtsanspruch auf einen Platz in Kita oder Tagespflege ab

- dem ersten Geburtstag eines Kindes im nächsten Schritt zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und auf Ganztagschule für die Kinder von Alleinerziehenden weiter zu entwickeln. Das wäre ein wesentlicher Schritt, um Müttern und Vätern ohne Partner/in verlässliche Rahmenbedingungen für ihre Erwerbstätigkeit zu geben.

Geförderte Familienarbeitszeit

- Wir arbeiten weiter an einem konkreten Konzept einer Familienarbeitszeit. Wie die Rückmeldungen im Rahmen unseres Bürgerdialogs erneut sehr deutlich gezeigt haben, ist sie die richtige und zeitgemäße Antwort auf ein weit verbreitetes Bedürfnis vor allem von Alleinerziehenden: Für einige Jahre weniger zu arbeiten, sich mit der nötigen Zeit um Kinder kümmern zu können und über einen teilweisen Lohnausgleich dennoch wirtschaftlich abgesichert zu sein.

- Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen.

- Für alle, die sich in ihrer Familie um andere kümmern, wollen wir auch künftig Politik machen. Wir wollen ihnen die Unterstützung geben, die sie brauchen. Damit Frauen und Männer ihre Lebensentwürfe verwirklichen und alle Kinder gesund, materiell abgesichert und mit gleichen Teilhabechancen aufwachsen können.

Antrag Ar 2

Parteivorstand

Lohndiskriminierung von Frauen beenden – Gesetz für Lohngerechtigkeit **Lohndiskriminierung von Frauen beenden – Gesetz für Lohngerechtigkeit**

Annahme in geänderter Fassung:

- Frauen sind auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert. Jahr für Jahr beklagen wir nicht nur am „Equal Pay Day“ die konstante Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Frauen verdienen im Durchschnitt rund 22 Prozent weniger als Männer. Sie werden strukturell schlechter bezahlt, auch wenn es sich um die gleiche Tätigkeit handelt wie bei Männern. Der Anteil von Frauen an atypischer und schlecht bezahlter Beschäftigung ist überproportional hoch.

- 15 Die Frauenerwerbsquote ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen. Allerdings: mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind Teilzeitbeschäftigte. Teilzeitarbeit kann in bestimmten Lebensphasen die notwendige Flexibilität ermöglichen. Sie braucht aber auch
- 20 verlässliche Rahmenbedingungen: Soziale Absicherung, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten und gleiche Bezahlung sowie ein Rückkehrrecht auf die alte Arbeitszeit, das wir in dieser Wahlperiode einführen wollen, sind die Voraussetzung dafür, dass reduzierte Arbeitszeiten nicht zur Armutsfalle im Alter werden. Die Arbeitszeitstudien zeigen allerdings, dass Frauen, insbesondere Mütter, ihre Arbeitszeit gerne erhöhen würden, während Männer, insbesondere Väter, ihre Arbeitszeit gerne reduzieren würden. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Wünsche und Arbeitszeiten besser in Einklang gebracht werden können.
- 25
- 30
- 35 Ein Land, das über Fachkräftemangel diskutiert, kann es sich nicht leisten, die Potentiale von Millionen Frauen zu verschenken. Die Lohndifferenz ist ungerecht und wird den guten Leistungen, die Frauen täglich auch in belastenden Berufen erbringen,
- 40 nicht gerecht.
- Die Lohnunterschiede haben viele Ursachen. Daher müssen wir mit einem Bündel von Maßnahmen gegensteuern.
- 45
- Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn ist ein enorm wichtiger Schritt, denn gerade Frauen waren von Dumpinglöhnen besonders in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen betroffen. Weitere Maßnahmen wie der Ausbau der Kinderbetreuung und flexiblere Regelungen wie das Elterngeld plus und die Familienpflegezeit werden zu einer gleichberechtigteren Teilhabe von Frauen und
- 50 Männern auf dem Arbeitsmarkt führen.
- 55
- Das sozialdemokratisch geführte Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend arbeitet derzeit an einem Gesetzentwurf zur Lohngerechtigkeit. Kernbestandteile sind transparente Lohnstrukturen und Bewertungsverfahren. Sie sind eine Voraussetzung, um die Lohnlücke zu verringern und zur Gleichstellung von Frauen
- 60 in der Arbeitswelt beizutragen. Wir müssen Lohnungleichheit sichtbar machen – und beseitigen. Frauen können nur überprüfen, ob der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und
- 65

- 70 gleichwertige Arbeit“ eingehalten wird, wenn die Lohnstrukturen transparent sind. Große Kapitalgesellschaften mit mehr als 500 Beschäftigten sollen verpflichtet werden, offenzulegen, wie viel ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf einer bestimmten
- 75 Hierarchieebene durchschnittlich verdienen. Zudem sollen alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen individuellen Auskunftsanspruch über Gehaltsstrukturen im Unternehmen erhalten. Frauen können nur dann
- 80 mehr Gehalt einfordern, wenn sie überhaupt wissen, dass ihre männlichen Kollegen im Durchschnitt mehr verdienen.

Soziale Arbeit aufwerten

- 85 Die SPD hat bereits in ihrem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 eine deutlich stärkere gesellschaftliche Anerkennung und Förderung der
- 90 Dienstleistungen am Menschen, beispielsweise in den Bereichen Erziehung, Alten- und Krankenpflege, gefordert.

- 95 Soziale Dienstleistungen sind eine zentrale Säule unserer Gesellschaft. Eine ökologische und nachhaltig orientierte Industriepolitik ist zwar weiter eine zentrale Grundlage eines großen Teils der Wertschöpfung und des erwirtschafteten Wohlstandes unseres Landes.
- 100 Die gesellschaftliche Entwicklung erfordert aber ebenso eine deutlich stärkere gesellschaftliche Anerkennung und Förderung insbesondere sozialer Dienstleistungen. Ein in der Vergangenheit häufig konstruierter
- 105 Gegensatz zwischen Industrie- und Dienstleistungspolitik wird den Herausforderungen unserer Gesellschaft nicht gerecht, die von zunehmendem Qualifizierungsbedarfen und demografischen
- 110 Veränderungen geprägt ist.

- Soziale Dienstleistungen haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Grundlagen unserer Arbeitsgesellschaft erhalten bleiben.
- 115 Sie tragen nicht zuletzt zur Lebensqualität der Bevölkerung, zur Ermöglichung von Aufstiegsmobilität und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt maßgeblich bei. Darüber hinaus hat der soziale Sektor mit deutlich über 2
- 120 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch erhebliche beschäftigungspolitische Bedeutung mit einem hohen Innovationspotential. Die Aufwertung

125 sozialer Dienstleistungen hat auch besondere
gleichstellungspolitische Bedeutung. In
Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen
liegt der Frauenanteil bei rund 80 Prozent
(WSI). Es handelt sich also um klassische
Frauenberufe, die strukturell schlechter
130 entlohnt werden – weil sie von Frauen ausgeübt
werden. Die Hans-Böckler-Stiftung kommt zu
dem Ergebnis: „Wer in einem Beruf mit hohem
Frauenanteil arbeitet, muss mit niedrigeren
Löhnen rechnen als Beschäftigte in
135 Männerberufen“ (Böckler-Impuls 7/2015).

Der aktuelle Tarifkonflikt über die
Eingruppierungsvorschriften und die
Entgeltordnung für die Beschäftigten in Sozial-
140 und Erziehungsdiensten macht die
Herausforderung besonders deutlich. Die
Anforderungen in den Kitas wachsen seit
Jahren. Es geht nicht nur um Betreuung, die
Kita als Ort frühkindlicher Bildung stellt viel
145 weiter gehende Herausforderungen an die
Beschäftigten. Die hohe Verantwortung und die
höheren Qualifikationen finden jedoch keine
Entsprechung in der Bezahlung. Wenn der
bedarfsgerechte Ausbau der frühkindlichen
150 Bildung gelingen soll, dann muss unsere
Gesellschaft bereit sein, pädagogische
Fachkräfte in leistungsgerechter Weise zu
entlohnen. Nur so werden Kommunen und freie
Träger im erforderlichen Umfang qualifiziertes
155 Personal gewinnen können. Erhöhte – auch
finanzielle – Anstrengungen sind Investitionen
in die Zukunft. Sie sind unverzichtbar, um
Chancengerechtigkeit für Kinder zu
verwirklichen. Es sind Investitionen, die sich
160 auf lange Sicht um ein Vielfaches bezahlt
machen; durch geringere Sozialausgaben,
höhere Bildungsabschlüsse, Qualifikationen
und Chancengerechtigkeit. Die Wertschätzung
des ErzieherInnenberufes berührt nicht zuletzt
165 die Lebenschancen von Eltern und Familien,
weil nur ein bedarfsgerecht ausgestattetes
System früher und individueller Förderung von
Kleinkindern die Vereinbarkeit von Beruf und
Familie sichert.

170 Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung
sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die
als zentraler Bestandteil der öffentlichen
Daseinsvorsorge über Steuern finanziert
werden muss. Wir wissen um die schwierige
175 Haushaltssituation vieler Kommunen, die mit
den wachsenden Aufgaben nicht allein gelassen
werden dürfen. Die SPD hat dafür gesorgt, dass

- 180 die Kommunen etwa mit der Übernahme der
Grundsicherungskosten im Alter im
Milliardenbereich entlastet werden. Mit dem
kommunalen Investitionsfonds in Höhe von 3,5
Milliarden Euro werden wir zusätzliche Mittel
zweckgebunden auch für die Infrastruktur in
185 der frühkindlichen Bildung bereitstellen. Im
Zusammenhang mit der Einführung des
Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz ab dem
ersten Lebensjahr wurde ein Weg gefunden, die
Kommunen über die Umsatzsteuer beim
190 Kitaausbau auch im Bereich der Betriebskosten
zu unterstützen. Dies bedeutet eine zusätzliche
Förderung mit einer Milliarde Euro bis 2017.
Angesichts der wachsenden Aufgaben,
brauchen wir einen gemeinsamen Dialog von
195 Bund, Ländern und Kommunen über
zusätzliche Möglichkeiten, wie die
Rahmenbedingungen für die Aufwertung
sozialer Arbeit geschaffen werden können.
- 200 Auch im Gesundheits- und Pflegesektor liegt es
in der Verantwortung der Politik, die
gesetzlichen Rahmenbedingungen für die
Schaffung von guten Arbeitsbedingungen und
Lohngerechtigkeit zu schaffen. Denn es war
205 eine politische Entscheidung in den neunziger
Jahren, die Refinanzierung nicht mehr an den
effektiv anfallenden Kosten der Träger,
sondern u.a. an Leistungs- und Fallpauschalen
zu orientieren. Das Kostendeckungsprinzip
210 wurde vom Wettbewerbsprinzip abgelöst und
hat den Druck auf die Personalbemessung und
die Lohngestaltung massiv erhöht.
- Gute Arbeit verdient guten Lohn.
215 Lohndumping in Krankenhäusern und
Pflegeheimen darf sich nicht lohnen. Im
Vordergrund müssen die Qualität und die
Versorgung der Patienten stehen. Wettbewerb,
der über die schlechtesten Arbeitsbedingungen
220 und die niedrigsten Löhne ausgetragen wird,
gefährdet die gute Versorgung und Sicherheit
der Menschen.
- Deshalb ist es eine politische Aufgabe,
225 Fehlanreize in Richtung eines
Lohnsenkungswettbewerbs im Bereich der
sozialen Arbeit zu beseitigen. Die
Fallpauschalen und Pflegesätze müssen so
bemessen sein, dass gute Arbeitsbedingungen
230 und gerechte Löhne bei der Refinanzierung
berücksichtigt werden.

Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung,

- 235 dass die SPD im Rahmen des ersten
 Pflegestärkungsgesetzes durchgesetzt hat, dass
 Pflegeeinrichtungen, die Tariflohn zahlen,
 gestärkt werden. Künftig dürfen Tariflöhne bei
 Vergütungsverhandlungen zwischen
 240 Pflegeeinrichtungen und Pflegekassen sowie
 Sozialhilfeträgern nicht mehr als
 unwirtschaftlich abgelehnt werden. Zusätzlich
 werden bessere Kontrollmöglichkeiten
 eingeführt, damit der Lohn auch tatsächlich bei
 den Beschäftigten ankommt.

Antrag Ar 3

Parteivorstand

Arbeit hat ihren Wert – Lohngerechtigkeit umfassend fördern

- Die Lohnfindung gehört in unserem Land zum
 Kernbestandteil der Tarifautonomie. Wo
 Tarifverträge existieren, haben die
 Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen und
 5 auch höhere Entgelte. In den Jahren 2000 bis
 2014 stiegen die tariflichen Entgelte vom
 Basisindex 100 auf 110,9, während die
 allgemeinen Bruttoentgelte nur auf 101,4
 stiegen. Einer aktuellen Studie der Hans-
 10 Böckler-Stiftung zufolge führt eine Tätigkeit zu
 Tarifkonditionen bei Männern zu einem
 Verdienstvorteil von 6,6 Prozent gegenüber
 Tätigkeit ohne Tarifvertrag. Bei Frauen beträgt
 das Plus sogar 9,2 Prozent.

- 15 Die Politik soll sich aus guten Gründen nicht in
 die Tarifautonomie einmischen. Gleichwohl
 sollte die Politik Rahmenbedingungen setzen.
 Dies gilt insbesondere, wenn immer weniger
 20 Betriebe tarifgebunden sind, atypische
 Beschäftigungsverhältnisse zunehmen und
 gesellschaftlich wertvolle Tätigkeiten unter den
 Bedingungen des Marktes nicht die
 Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Die
 25 Sozialdemokratische Partei sieht vor allem
 aufgrund folgender Entwicklungen
 Handlungsbedarf:

- Die Tarifbindung ist deutlich gesunken.
 30 Nur noch gut die Hälfte der
 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
 arbeitet in einem tarifgebundenen Betrieb.
 Verantwortlich ist die Tariffucht vieler
 Arbeitgeber, die entweder ihren
 35 Arbeitgeberverband verlassen haben oder
 sich der Tarifbindung über eine so

Arbeit hat ihren Wert – Lohngerechtigkeit umfassend fördern

Annahme in geänderter Fassung

- genannte OT-Mitgliedschaft (ohne Tarifbindung) entziehen.
- 40 • Der Niedriglohnsektor ist in den letzten Jahrzehnten deutlich angewachsen. Vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns waren mehr als 20 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor beschäftigt.
- 45 • Der Anteil atypischer und prekärer Beschäftigungsformen hat zugenommen. Insbesondere über Leiharbeitsverhältnisse und scheinbare
- 50 Werkvertragskonstruktionen werden mehr Menschen beschäftigt. Damit wird in Betrieben eine zweite Lohnstruktur eingeführt, die zum Teil weit unter den geltenden Tarifverträgen liegt.
- 55 • Es gibt nach wie vor eine große Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Frauen verdienen im Durchschnitt rund 22 Prozent weniger als Männer. Selbst bei gleicher Tätigkeit liegt der Lohnunterschied immer noch bei
- 60 sieben Prozent.
- Der Anteil sozialer Dienstleistungen an der Gesamtbeschäftigung nimmt zu. Zugleich steigen die Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten in Sozial- und Erziehungsberufen, in der Kranken- und Altenpflege. Die erhöhten Anforderungen finden allerdings zu wenig
- 65 Entsprechung in der Bezahlung und der Wertschätzung.

70 Die SPD setzt sich vor diesem Hintergrund für politische Rahmensetzungen ein, die die Tarifpartner dabei unterstützen, Lösungen für mehr Lohngerechtigkeit umzusetzen:

75 **Tarifautonomie fördern und Tarifbindung stärken**

80 Die Tarifautonomie und das Tarifvertragsgesetz haben sich bewährt und sind eine wesentliche Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges unseres Landes. Tarifverträge sorgen für höhere Entgelte, bessere Arbeitsbedingungen und mehr

85 Lohngerechtigkeit. Deshalb ist es richtig, dass auf sozialdemokratische Initiative mit dem Tarifautonomiestärkungsgesetz die Möglichkeiten erleichtert wurden, Tarifverträge allgemein verbindlich zu erklären. Auch der

90 gesetzliche Mindestlohn ist ein historischer Schritt für mehr Lohngerechtigkeit. Er fördert

95 zudem die Tarifautonomie, weil es im Zuge
seiner Einführung in traditionellen
Niedriglohnbranchen wie der Fleischindustrie
oder dem Friseurgewerbe erstmals zu
flächendeckenden tariflichen Strukturen
gekommen ist. Wir werden zudem den
Grundsatz der Tariftreue stärken. Die
100 öffentliche Auftragsvergabe nimmt dabei eine
Vorbildfunktion ein.

Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern

105 Wir wollen den Missbrauch von Leiharbeit zu
Lohndumping und Tariffucht beenden. Der
Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“
muss zu einem tragenden Prinzip werden. Das
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde 2003
110 mit dem Ziel verändert, mehr arbeitslose
Menschen über eine kurze Phase in der
Leiharbeit auf den ersten Arbeitsmarkt zu
vermitteln und im Regelfall genauso zu
bezahlen wie die Stammbesellschaft. Damals
115 wurde erstmals der Grundsatz des equal pay
gesetzlich festgeschrieben, von dem nur
tarifvertraglich abgewichen werden konnte.
Basierend auf Dumping-Tarifverträgen von
christlichen Gewerkschaften wurde dieser
120 Grundsatz aber ausgehebelt, zunehmend
Stammbesellschaften durch Leiharbeit ersetzt,
Tarifverträge umgangen und Lohndumping Tür
und Tor geöffnet.

125 Deshalb will die SPD seit langem Maßnahmen
ergreifen, um diesen Missbrauch zu beenden.
Wir haben im Koalitionsvertrag durchgesetzt,
dass es künftig wieder eine gesetzlich
festgeschriebene Höchstüberlassungsdauer von
130 18 Monaten geben wird. In vielen Branchen,
u.a. in der Metall- und Elektroindustrie und der
chemischen Industrie, gibt es tarifvertragliche
Regelungen, die eine gestaffelte bessere
Entlohnung von Leiharbeiterinnen und
135 Leiharbeitnehmern vorsehen. Unter Beachtung
der entsprechenden tarifvertraglichen
Regelungen wird der Grundsatz „Gleicher
Lohn für gleiche Arbeit“ künftig nach
spätestens neun Monaten für Leiharbeiter
140 und Stammbeschäftigte gelten. Den Einsatz
von Leiharbeitsbeschäftigten als Streikbrecher
werden wir gesetzlich verbieten.

145 Das sozialdemokratisch geführte
Bundesarbeitsministerium wird einen
entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Mit

diesem Gesetzentwurf werden wir auch die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag umsetzen, um gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorzugehen. Nach den ersten Regulierungsmaßnahmen im Bereich der Leiharbeit durch einen tariflichen Mindestlohn häufen sich die bekannt gewordenen Fälle, in denen Unternehmen durch Scheinwerkverträge Arbeiten in Auftrag geben, bei denen es sich tatsächlich um abhängige und weisungsgebundene Beschäftigung handelt. In der Folge werden reguläre Beschäftigung verdrängt und Tarifverträge und Mindestlöhne umgangen. Wir brauchen eine klarere gesetzliche Regelung, was ein Werkvertrag ist und was illegale Arbeitnehmerüberlassung. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag werden wir die durch die Rechtsprechung entwickelten Abgrenzungskriterien zwischen ordnungsgemäßen und missbräuchlichen Fremdpersonaleinsatz gesetzlich niederlegen. Darüber hinaus soll die Prüftätigkeit der Kontroll- und Prüfinstanzen bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit konzentriert, organisatorisch effektiver gestaltet und erleichtert werden. Wir werden die Informations- und Unterrichtsrechte der betrieblichen Mitbestimmung sicherstellen und konkretisieren.

Die massive Ausweitung atypischer und prekärer Beschäftigungsformen setzt die Stammebelegschaften und die Betriebsräte zunehmend unter Druck. Der günstigere Mitarbeiter nebenan, der die gleiche Arbeit macht, aber ein Drittel weniger verdient, stellt immer auch Drohpotential dar. Es ist deshalb aus sozialdemokratischer Sicht in Zukunft notwendig, die echten Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Fremdbeschäftigung im Betrieb deutlich zu stärken. Das betrifft Umfang und Dauer von Leiharbeit ebenso wie das Zustimmungsverweigerungsrecht beim Einsatz von Werkverträgen.

Einfügen letzter Absatz:

Im Übrigen fordern wir die Möglichkeiten zur Befristung ohne Sachgrund im Teilzeit- und Befristungsgesetz zu streichen. Die Zulässigkeit einer Befristung soll dadurch dahingehend beschränkt werden, dass für die Befristung immer ein sachlicher Grund vorliegen muss.

Antrag Ar 4*Unterbezirk Fulda (Bezirk Hessen-Nord)***Änderung des Arbeitszeitgesetzes**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Neugestaltung des Arbeitszeitgesetzes den Begriff „Arbeitsbereitschaft“ mit dem Begriff „Arbeitszeit“ gleichzusetzen.

Änderung des Arbeitszeitgesetzes

Überweisung an Themenlabor „Gute Arbeit“ des SPD-Parteivorstandes und Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Antrag Ar 5*Unterbezirk Regensburg (Landesverband Bayern)***Aufweichung oder Umgehung des Mindestlohns verhindern**

Wiederkehrend beklagen Politiker der Union, Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände den hohen Bürokratieaufwand, der mit der Einführung des Mindestlohns einhergeht. Besonders scharf wird in diesem Zusammenhang auf die sogenannte Aufzeichnungspflicht von tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden hingewiesen. Eine Abkehr von dieser verpflichtenden Dokumentierung würde das Mindestlohngesetz jedoch bis zur Unkenntlichkeit der Grundidee des Mindestlohns („Von der täglichen Arbeit leben können“) aufweichen.

15 Nicht die Aufzeichnungspflichten erhöhen den Bürokratieaufwand, sondern die zahlreichen Ausnahmeregelungen. Daher möge der Parteikonvent folgendes beschließen :

20 - An der Aufzeichnungspflicht für Arbeitszeiten ist als Mindestvoraussetzung für die Realisierung und Umsetzung des Mindestlohns kompromisslos festzuhalten.

25 - Schlupflöcher im Mindestlohngesetz sind rasch und entschieden zu schließen. So sollte etwa festgelegt werden, dass:

30 1. Urlaubs- und Weihnachtsgelder sowie diverse andere Zusatzvergütungen wie etwa Boni, Trinkgelder, Provisionen, Aufwandsentschädigungen – sofern im Arbeitsvertrag vereinbart - neben dem Mindestlohn zu zahlen sind und keinen Bestandteil des Mindestlohn darstellen.

35 2. Der Mindestlohn entspricht dem reinen Stundenentgelt inklusive etwaiger Zuschläge. Anwesenheits-, Bereitschafts- oder Ruhezeiten sind der Arbeitszeit nicht zuzurechnen und

Aufweichung oder Umgehung des Mindestlohns verhindern

Erledigt durch Parteivorstandsbeschluss vom 13.04.2015 und Mindestlohngesetz

40 dürfen folglich keine Auswirkung auf den
Mindeststundenlohn von 8,50 Euro haben.
3. Der Begriff „Ehrenamtliche Tätigkeit“ ist im
Mindestlohngesetz praktikabel und
45 trennschärfer zu definieren, so dass hier eine
optimalere Abgrenzung zu regulären
Arbeitsverhältnissen möglich ist. Dies ist vor
50 allem dann von Relevanz, wenn eine
Verschränkung von Minijob und
ehrenamtlicher Tätigkeit besteht.

50 - Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
hat in den letzten Wochen vermehrt auf die
bestehenden Probleme bei der Überwachung
der Maßgaben des Mindestlohngesetzes
55 hingewiesen. Insbesondere die zahlreichen
Ausnahmeregelungen würden nach Angaben
der eben genannten Gewerkschaft die
Überwachung und Kontrolle der gesetzlichen
Vorgaben erheblich erschweren. Die
60 Einhaltung der Vorgaben des
Mindestlohngesetzes sollte jedoch
unnachgiebig und umfassend überwacht
werden. Für diese Art der Finanzkontrolle muss
65 im Laufe der nächsten Jahre ein hinreichendes
Mehr an Planstellen geschaffen werden.

Die SPD darf sich ihren Erfolg in puncto
„Mindestlohn“ nun nicht kleinreden oder gar
schmälern lassen. Vielmehr muss versucht
70 werden, das Mindestlohngesetz weiter zu
verbessern.

Antrag Ar 6

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

Im Teilzeit- und Befristungsgesetz werden die
Möglichkeiten zur Befristung ohne Sachgrund
gestrichen. Damit wird die Zulässigkeit einer
Befristung dahingehend beschränkt, dass für
5 diese immer ein sachlicher Grund vorliegen
muss.

Unbefristete Verträge müssen wieder die Regel
werden. Befristete Arbeitsverhältnisse sind auf
ein unvermeidbares Maß zurückzuführen. Dazu
10 zählt die Möglichkeit zur sachgrundlosen
Befristung nicht. Eine Befristung darf nur dann
zulässig sein, wenn es für sie einen sachlichen
Grund gibt. Es ist daher notwendig, die
sachgrundlose Befristung abzuschaffen, um für
15 mehr Sicherheit im Erwerbsverlauf zu sorgen.

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

Erledigt durch Annahme von Ar3

Antrag Ar 7*Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten***Jetzt sind wir dran –
Ausbildungsoffensive und Übernahme
jetzt!**

5 Trotz guter Entwicklungen auf dem
Arbeitsmarkt kommt dies bei vielen jungen
Menschen nicht an. Laut Ausbildungsreport der
DGB-Jugend ist ein zentrales Problem
weiterhin der Zugang zur Ausbildung. Noch
immer stecken 260.000 Jugendliche in
Warteschleifen zwischen Schule und
10 Ausbildung fest. Gerade einmal 65 Prozent der
Ausbildungsinteressierten haben einen
Ausbildungsplatz bekommen.

15 Problematisch ist in diesem Zusammenhang
vor allem, dass immer weniger Unternehmen
ausbilden. Nur noch jeder fünfte Betrieb bildet
aus, 2009 war es noch jeder vierte. Es ist
deshalb zu begrüßen, dass die Bundesregierung
die Allianz für Aus- und Weiterbildung
gemeinsam mit den Gewerkschaften und
20 Arbeitgebern vorantreibt.

25 Doch auch wenn Jugendliche einen
Ausbildungsplatz gefunden haben, kämpfen sie
vielfach mit Problemen. Mehr als ein Drittel
der Auszubildenden muss regelmäßig
Überstunden leisten, für über 10% sind
ausbildungsfremde Tätigkeiten an der
Tagesordnung. Fast jeder vierte
Ausbildungsvertrag wird vorzeitig aufgelöst –
30 dies betrifft Berufe, in denen die
Ausbildungsqualität schlecht ist
überdurchschnittlich.

35 Nach der Ausbildung oder dem Studium
gestalten sich auch der Berufseinstieg und das
Arbeitsleben für viele junge Menschen
schwierig. Der Anteil junger Menschen in
prekärer Beschäftigung ist weiterhin sehr hoch.
Leiharbeit, Teilzeit, befristete Stellen und
40 schlechte Bezahlung sind für viele Normalität.

45 Die SPD hat in der ersten Hälfte der Großen
Koalition im Bereich der Arbeits- und
Sozialpolitik bereits einige Erfolge für die
ArbeitnehmerInnen erzielt: von der Einführung
des Mindestlohns und der Rente nach 45
Versicherungsjahren bis hin zur Bekämpfung
der Generation Praktikum. Insbesondere für

**Jetzt sind wir dran – Ausbildungsoffensive
und Übernahme jetzt!**

Annahme in geänderter Fassung

Trotz guter Entwicklungen auf dem
Arbeitsmarkt kommt dies bei vielen jungen
Menschen nicht an. Laut Ausbildungsreport der
DGB-Jugend ist ein zentrales Problem
weiterhin der Zugang zur Ausbildung. Noch
immer stecken 260.000 Jugendliche in
Warteschleifen zwischen Schule und
Ausbildung fest. Gerade einmal 65 Prozent der
Ausbildungsinteressierten haben einen
Ausbildungsplatz bekommen.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang vor
allem, dass immer weniger Unternehmen
ausbilden. Nur noch jeder fünfte Betrieb bildet
aus, 2009 war es noch jeder vierte. Es ist
deshalb zu begrüßen, dass die Bundesregierung
die Allianz für Aus- und Weiterbildung
gemeinsam mit den Gewerkschaften und
Arbeitgebern vorantreibt.

Doch auch wenn Jugendliche einen
Ausbildungsplatz gefunden haben, kämpfen sie
vielfach mit Problemen. Mehr als ein Drittel
der Auszubildenden muss regelmäßig
Überstunden leisten, für über 10% sind
ausbildungsfremde Tätigkeiten an der
Tagesordnung. Fast jeder
vierte Ausbildungsvertrag wird vorzeitig
aufgelöst – dies betrifft Berufe, in denen die
Ausbildungsqualität schlecht ist
überdurchschnittlich.

Nach der Ausbildung oder dem Studium
gestalten sich auch der Berufseinstieg und das
Arbeitsleben für viele junge Menschen
schwierig. Der Anteil junger Menschen in
prekärer Beschäftigung ist weiterhin sehr hoch.
Leiharbeit, Teilzeit, befristete Stellen und
schlechte Bezahlung sind für viele Normalität.

Die SPD hat in der ersten Hälfte der Großen
Koalition im Bereich der Arbeits- und
Sozialpolitik bereits einige Erfolge für die
ArbeitnehmerInnen erzielt: von der Einführung
des Mindestlohns und der Rente nach 45
Versicherungsjahren bis hin zur Bekämpfung
der Generation Praktikum. Insbesondere für

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

| | | |
|----|--|---|
| 50 | junge Menschen können wir aber noch viel mehr erreichen. | junge Menschen können wir aber noch viel mehr erreichen. |
| | Wir fordern deshalb: | [...] Grundsätzlich fordern wir deshalb: |
| 55 | <ul style="list-style-type: none"> • eine gesetzliche Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Es muss für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen einen rechtlich verbindlichen Anspruch auf eine qualitativ hochwertige und vollqualifizierende Ausbildung geben. | <ul style="list-style-type: none"> • eine [...] Garantie auf einen Ausbildungsplatz. Es muss für alle in Deutschland lebenden jungen Menschen einen [...] Anspruch auf eine qualitativ hochwertige und vollqualifizierende Ausbildung geben. |
| 60 | <ul style="list-style-type: none"> • eine Mindestausbildungsvergütung. Junge Menschen wollen auf eigenen Beinen stehen. Dies können sie nur, wenn sie bereits während der Ausbildung angemessen entlohnt werden. | <ul style="list-style-type: none"> • eine Mindestausbildungsvergütung. Junge Menschen wollen auf eigenen Beinen stehen. Dies können sie nur, wenn sie bereits während der Ausbildung angemessen entlohnt werden. |
| 65 | <ul style="list-style-type: none"> • Die Novellierung des BBiG muss dazu genutzt werden, dass die fachliche Ausstattung und Bereitstellung zeitgemäßer Ausbildungsmaterialien in den Ausbildungsstätten massiv verbessert wird. Außerdem muss sichergestellt werden, dass AusbilderInnen ausreichend qualifiziert sind und sich regelmäßig weiterbilden können. Das BBiG sollte sicher stellen, dass der Betreuungsschlüssel von 1:8 in keinem Betrieb unterschritten wird. | <ul style="list-style-type: none"> • Die Novellierung des BBiG muss dazu genutzt werden, dass die fachliche Ausstattung und Bereitstellung zeitgemäßer Ausbildungsmaterialien in den Ausbildungsstätten massiv verbessert wird. Außerdem muss sichergestellt werden, dass AusbilderInnen ausreichend qualifiziert sind und sich regelmäßig weiterbilden können. [...]. |
| 75 | <ul style="list-style-type: none"> • eine Übernahmegarantie für Auszubildende. Viel zu wenig Auszubildende werden nach ihrer Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Gut ausgebildete junge Leute brauchen aber eine sichere berufliche Perspektive. | <ul style="list-style-type: none"> • [...] bessere Übernahmechancen für Auszubildende. Viel zu wenig Auszubildende werden nach ihrer Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Gut ausgebildete junge Leute brauchen aber eine sichere berufliche Perspektive. |
| 80 | | <p>Unternehmen, Gewerkschaften und die Gewerkschaftsjugenden müssen dabei unterstützt werden, im Rahmen der Sozialpartnerschaft bessere Perspektiven zu schaffen.</p> |
| 85 | <ul style="list-style-type: none"> • Unbefristete Arbeitsverhältnisse. Junge wollen Planbarkeit und Sicherheit, um ihre Zukunft und ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu können. In prekären und befristeten Arbeitsverhältnissen ist dies nicht möglich. Als ersten Schritt müssen wir deshalb sofort die sachgrundlose Befristung abschaffen! | <ul style="list-style-type: none"> • Unbefristete Arbeitsverhältnisse. Junge Menschen wollen Planbarkeit und Sicherheit, um ihre Zukunft und ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu können. In prekären und befristeten Arbeitsverhältnissen ist dies nicht möglich. Als ersten Schritt müssen wir deshalb sofort die sachgrundlose Befristung abschaffen! |

Antrag Ar 8

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Rentengesetzgebung

Die zuständigen Gremien werden aufgefordert, die notwendigen Korrekturen der aktuellen Rentengesetzgebung vorzunehmen, um drohender Altersarmut entgegen zu wirken.

Rentengesetzgebung

Überweisung an Themenlabor "Sicher leben im Alter"

- Insbesondere sind dies:
- Wiedereinführung der abschlagsfreien Rente ab dem 65. Lebensjahr.
 - Festschreibung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren ab dem 63. Lebensjahr auf Dauer.
 - Die stetige Absenkung des Rentenniveaus stoppen.
 - Die Finanzierung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten vollständig aus Steuermitteln sichern.
 - Einbringen der Steuermittel zur Förderung der privaten Altersversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung.
 - Harmonisierung der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamtenversorgung erwirken.
 - Einschluss von Selbstständigen und Freiberuflern in die gesetzliche Rentenversicherung erwirken.

Antrag Ar 9

Ortsverein Lünen Beckinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Rentenniveau absichern

Die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion wirkt auf die Bundesregierung ein bzw. berücksichtigt bei der „Perspektivdebatte“, die gesetzliche Rentenversicherung existenzsichernd und armutsfest zu gestalten. Jeder der ein lebenslang gearbeitet hat, muss von seiner Rente leben können.

5

Die Rentenversicherung ist durch Integration (Versicherungspflicht) der Beamten und Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen zu stärken. Das geht nur unter gleichzeitiger Diskussionsaufnahme zur Reform des öffentlichen Dienstrechtes und einer deutlichen Erhöhung der Beamtenbezüge, damit diese für ihre Altersversorgung selbst aufkommen können.

10

15

Auch soll darauf eingewirkt werden, eine Rentenversicherungspflicht für alle hauptberuflich Selbstständigen einzuführen. Schon jetzt ist im Sozialgesetzbuch festgelegt, dass bestimmte Berufsgruppen trotz Selbständigkeit in die gesetzliche Rente einzahlen müssen. Damit wird eine Basisabsicherung für das Alter und bei Berufsunfähigkeit erreicht und u.a. auch vor Altersarmut geschützt.

20

25

Rentenniveau absichern

Überweisung an Themenlabor "Sicher leben im Alter"

Antrag Ar 10*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)***Versorgungsausgleich an Elternschaft koppeln**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass künftig der Versorgungsausgleich an die Zeit der aktiv erziehenden Elternschaft anstatt wie bisher an die Zeit des Bestehens einer Ehe gekoppelt wird. Dabei ist es unerheblich, ob eine Ehe zwischen den Eltern eines Kindes bestanden hat oder nicht.

5

Versorgungsausgleich an Elternschaft koppeln

Ablehnung

Antrag Ar 11*Landesverband Nordrhein-Westfalen***Für ein echtes Teilhabeleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen**

Die SPD begrüßt die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Entlastung der Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden Euro jährlich. Diese Entlastung soll aus Sicht der SPD zum frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen und bereits zum Ende der 18. Wahlperiode im Jahr 2017 in vollem Umfang wirksam werden.

5

10

Darüber hinaus fordert die SPD die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe zu einem Teilhabeleistungsgesetz außerhalb der Sozialhilfe im SGB IX. Der UN-Behindertenrechtskonvention folgend, sollte die Anrechnung von Einkommen und Vermögen fallen, um Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen zu beenden. Dazu müssen Bedarfsermittlung und Bedarfsfeststellung der verschiedenen zuständigen Stellen zusammengeführt werden. Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr von Amt zu Amt gehen müssen! Der erstangegangene Leistungsträger muss in die Lage versetzt werden, Hilfen aus einer Hand zu gewährleisten.

15

20

25

30

35

Der NRW-Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und die darin festgeschriebene Unterstützung eines eigenständigen Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung sowie die Düsseldorfer Erklärung der Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern zum Reformprozess der

Für ein echtes Teilhabeleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderungen sind eine gute Grundlage für die weitere Diskussion zu diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Thema.

40

Betroffene müssen zu Beteiligten gemacht werden. Deshalb müssen innerhalb des Reformprozesses der Teilhabeleistungen die Erarbeitung von Vorlagen und Empfehlungen der Ministerkonferenzen und ihrer Arbeitsgruppen transparent und unter Einbeziehung der Menschen mit Behinderung erfolgen. Dazu bedarf es verbindlicher Absprachen.

50

Der Aktionsplan der NRW-Landesregierung „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ ist mit seinen über 200 angestoßenen Maßnahmen ein gutes Beispiel für eine inklusive Politik.

Antrag Ar 12

Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)

Frauenquote bei von SPD-geführten Ministerien beauftragten oder bezuschussten Studien sowie bei der Einrichtung von Expertengremien einführen!

Frauenquote bei von SPD-geführten Ministerien beauftragten oder bezuschussten Studien sowie bei der Einrichtung von Expertengremien einführen!

Die SPD-geführten Bundes- und Landesministerien sollen in Zukunft darauf achten, dass bei der Vergabe von Bundesmitteln für Studien sowie bei der Einrichtung von Expertengremien eine Frauenquote von mindestens 40% eingeführt wird, um Frauen, da besonders in MINT-Berufen, weitere Perspektiven durch die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs zu bieten.

Überweisung an den SPD-Parteivorstand

5

10

Wirtschaft und Energie

Antrag W 1

Ortsverein Lünen Beckinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Energiewende muss gestaltet werden

Die SPD und die SPD-Bundestagsfraktion wirkt auf die Bundesregierung ein bzw. berücksichtigt bei der „Perspektivdebatte“, den Anstieg der Kosten der Energiewende in den Griff zu bekommen. Dies ist dringend notwendig

1. um Arbeitsplätze in Deutschland in energieintensiven Unternehmen zu sichern und

2. um insbesondere die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, die z. B. durch die Ökostromförderung in Deutschland außerordentlich belastet werden.

Die Energiewende führt so, wie sie derzeit umgesetzt wird, zu sozialer Schieflage. Eine Finanzierung über Steuern ist gerechter als über Umlagen, da ansonsten für immer mehr Bürger/innen und Betriebe Strom zum Luxusgut wird.

Die steigende Diskrepanz zwischen allgemeiner und begrenzter EEG-Umlage zeigt vor allem, wie sehr die Förderung des gewünschten, schnellen Ausbaus erneuerbarer Energien nach dem heutigen EEG die deutsche Volkswirtschaft und Wirtschaft strapaziert, deshalb muss das EEG dringend novelliert werden.

Auch außerhalb des EEG wurden Regelungen eingeführt, die nur durch Ausnahmen mit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie vereinbart werden konnten. Das sind unter anderem der CO₂-Emissionshandel und die Öko-Steuer. Wir fordern eine Diskussion nicht über immer unverständlichere Ausnahmetatbestände, sondern über Instrumente der Energie- und Umweltpolitik, die sich von ihrem Grundsatz her auch ohne Ausnahmen mit der Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit der deutschen Industrie vereinbaren lassen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, diese politische Fehlsteuerung zu korrigieren, denn die Energiewende ist eine Riesenchance. Sie muss aber sozialverträglich, das heißt, nicht

Energiewende muss gestaltet werden

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 50 einseitig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger sowie Betriebe umgesetzt werden. Es muss Energieversorgungssicherheit gewährleistet sein. Die Energiewende muss umweltverträglich wirken und zu wettbewerbsfähigen Preisen im Strommarkt führen. Das gilt insbesondere für die regenerativen Energien und die dringend notwendige Erneuerung der kohlebefeueren Kraftwerksparks.
- 55
- 60 Zur Steuerung der Energiepolitik auf Bundesebene/Länderebene bedarf es eines Energieministeriums, ausgestattet mit den notwendigen Kompetenzen, um Energiepolitik mit einem klaren Kompass zu gewährleisten.
- 65 Die Kraftwerkswirtschaft und deutsche Kohle muss weiterhin im Sinne einer Brücke einen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit leisten.

Antrag W2*Unterbezirk Fulda (Bezirk Hessen-Nord)***SuedLink-Trasse**

- 5 1. Die Bundesregierung wird gebeten, den Bedarf für ein zusätzliches HGÜ-Netz und insbesondere die SuedLink-Verbindung nochmals grundlegend von unabhängiger Stelle überprüfen zu lassen.
- 10 2. Bei nachgewiesenem Bedarf sind zur Steigerung der Akzeptanz die gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Erdkabel deutlich zu erleichtern. Grundsätzlich ist SuedLink als Erdkabel und nur in Ausnahmefällen als Freileitung zu führen. Die Mehrkosten sind - wie im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vorgesehen - auf alle Netzbetreiber umzulegen. Alternativ ist ein hessisches Erdkabel-Gesetz nach niedersächsischem Vorbild auf den Weg zu bringen.
- 15 3. Die SPD fordert klare Abstandregelungen, die bundeseinheitlich vorzugeben sind. Alternativ sind diese - wie in Niedersachsen - im Landesentwicklungsplan (LEP) festzulegen.
- 20 4. Die SPD begrüßt die Rücküberweisung der Tennet-Antragsunterlagen mit der substantiellen und berechtigten Kritik der Bundesnetzagentur.

SuedLink-Trasse

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion in folgender Fassung:

1. Die Bundesregierung wird gebeten, den Bedarf für ein zusätzliches HGÜ-Netz und insbesondere die SuedLink-Verbindung nochmals grundlegend von unabhängiger Stelle überprüfen zu lassen.
2. Bei nachgewiesenem Bedarf sind zur Steigerung der Akzeptanz die gesetzlichen Voraussetzungen für den Einsatz von Erdkabel deutlich zu erleichtern. Grundsätzlich ist SuedLink als Erdkabel und nur in Ausnahmefällen als Freileitung zu führen. Die Mehrkosten sind - wie im Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) vorgesehen - auf alle Netzbetreiber umzulegen. Alternativ ist ein hessisches Erdkabel-Gesetz nach niedersächsischem Vorbild auf den Weg zu bringen.
3. Die SPD fordert klare Abstandregelungen, die bundeseinheitlich vorzugeben sind. Alternativ sind diese - wie in Niedersachsen - im Landesentwicklungsplan (LEP) festzulegen.
4. Die SPD begrüßt die Rücküberweisung der Tennet-Antragsunterlagen mit der substantiellen und berechtigten Kritik der Bundesnetzagentur.

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---|--|
| <p>30 5. Die SPD kritisiert die bisherige Informationspolitik des Vorhabenträgers Tennet in Bezug auf SuedLink. Die durchgeführten Dialogverfahren und die Informationspolitik gegenüber den Kommunalpolitikern und Bürgern vor Ort waren nicht geeignet, um für mehr</p> <p>35 Transparenz zu sorgen.</p> | <p>5. Die SPD kritisiert die bisherige Informationspolitik des Vorhabenträgers Tennet in Bezug auf SuedLink. Die durchgeführten Dialogverfahren und die Informationspolitik gegenüber den Kommunalpolitikern und Bürgern vor Ort waren nicht geeignet, um für mehr</p> <p>Transparenz zu sorgen.</p> |
| <p>40 6. Die SPD erwartet, dass die im Rahmen der Bundesfachplanung anstehenden Antragskonferenzen so zu gestalten sind, dass die betroffenen - insbesondere kleinen - Kommunen bei der Einbringung ihrer Belange unterstützt werden und der lokale Sachverstand vorgebracht werden kann.</p> <p>45 Dafür sind die Antragskonferenzen auf Ebene der Landkreise durchzuführen. Die Antragsunterlagen sind so aufzuarbeiten, dass die Planungen für die jeweilige Teilregion auch für Nichtfachleute</p> <p>50 überschaubar und nachvollziehbar dargestellt werden.</p> | <p>6. Die SPD erwartet, dass die im Rahmen der Bundesfachplanung anstehenden Antragskonferenzen so zu gestalten sind, dass die betroffenen - insbesondere kleinen - Kommunen bei der Einbringung ihrer Belange unterstützt werden und der lokale Sachverstand vorgebracht werden kann.</p> <p>Dafür sind die Antragskonferenzen auf Ebene der Landkreise durchzuführen. Die Antragsunterlagen sind so aufzuarbeiten, dass die Planungen für die jeweilige Teilregion auch für Nichtfachleute</p> <p>überschaubar und nachvollziehbar dargestellt werden.</p> |
| <p>55 7. Die SPD fordert, dass bei großen Infrastrukturen künftig staatliche Stellen selbst planen und nicht wie im Falle des Netzausbaus private Dritte die Planung vornehmen. Nur so kann verhindert werden, dass der Eindruck erweckt wird, die Pläne seien in erster Linie am wirtschaftlichen Interesse der Vorhabenträger und nicht primär am</p> <p>60 Gemeinwohl verpflichtenden Gesamtinteresse ausgerichtet.</p> | <p>7. Die SPD fordert, dass bei großen Infrastrukturen künftig staatliche Stellen selbst planen und nicht wie im Falle des Netzausbaus private Dritte die Planung vornehmen. Nur so kann verhindert werden, dass der Eindruck erweckt wird, die Pläne seien in erster Linie am wirtschaftlichen Interesse der Vorhabenträger und nicht primär am Gemeinwohl verpflichtenden Gesamtinteresse ausgerichtet.</p> |
| <p>65 8. Die SPD erwartet, dass die neuesten Technologien wie z.B. die Power-to-Gas-Technologie in das Planungsverfahren einbezogen werden. Die Power-to-Gas Technologie wird als kleinere Einheit bereits eingesetzt. Damit kann die Windkraft aus dem Norden als Gas in das bestehende Gasnetz eingespeist werden und kann damit auch als Speicher genutzt werden.</p> <p>70</p> | <p>8. Die SPD erwartet, dass die neuesten Technologien wie z.B. die Power-to-Gas-Technologie in das Planungsverfahren einbezogen werden. Die Power-to-Gas Technologie wird als kleinere Einheit bereits eingesetzt. Damit kann die Windkraft aus dem Norden als Gas in das bestehende Gasnetz eingespeist werden und kann damit auch als Speicher genutzt werden.[...]</p> |
| <p>75 9. Die SPD erwartet, dass auch die Thüringer-Trassen-Variante als alternative Trassen-Variante intensiv geprüft wird. Auch wenn die Trassen-Variante in Thüringen ca. 60km länger ist, so führt sie doch überwiegend durch strukturschwaches Gebiet und belastet damit weniger</p> <p>80 Menschen.</p> | |

Antrag W 3*Ortsverein Lamspringe-Neuhof (Bezirk Hannover)***Energiewende von unten - kritische Infrastrukturen sorgsam planen!**

Wir wollen die Energiewende. Wir sind aber gegen das aktuell verfolgte Konzept eines massiven Ausbaus weniger zentraler Produktionsformen – damit auch des off shore-Ausbaus der Windenergie – ohne eine gesamtwirtschaftlich und technisch sinnvolle Nutzung. Wir sind gegen einen Transport elektr. Energie durch die ganze Republik von Nord nach Süd als Regelversorgung, um die Versorgungssicherheit nicht zu gefährden. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesvorstand zu einer Abkehr von diesem Weg hin zur Bevorzugung von regionalen, dezentralen Lösungen auf.

Energiewende von unten - kritische Infrastrukturen sorgsam planen!

Ablehnung

5

10

15

Dabei geht es uns um mehrere Aspekte:

20

- Der Strom soll erst einmal dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird. In Bayern und Baden-Württemberg z.B. ist der Anteil der Eigenversorgung noch nicht ausgeschöpft.

25

- Die Energiewende ist eine bundespolitische Vorgabe. Ein Zielsetzung des Bundes erfordert bundesweit einheitliche Vorgaben – auch bei den Festlegungen von Abstandsregeln für Windmühlen.

30

- Großprojekte jeglicher Art dürfen nicht ohne eine langfristige Bedarfsanalyse geplant werden. Eine regelmäßige Überprüfung der Sinnhaftigkeit in allen Aspekten ist bis zum Baubeginn erforderlich.

35

- Folgeprojekte wie der geplante Bau der neuen HGÜ-Trassen sind aus allen Blickwinkeln zu prüfen. Dazu gehört auch eine Prüfung, ob solche „kritischen Infrastrukturen“ nicht schon konzeptionell vermieden werden können.

40

- Der Bedarf für Infrastruktur-Projekte darf nicht von den Betreibern selbst erkannt und in Art und Umfang fest gelegt werden. Andere Lösungsansätze werden dadurch unbotmäßig behindert.

45

- Windparks müssen geclustert und durch den Aufbau von zugehörigen Speichern eine Verstetigung der Stromproduktion ermöglicht werden.

- Der finanzielle Aufwand für

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

50 Großwindparks ist beträchtlich - u.a. für die Anbindung an das Stromnetz und für den Netzausbau. Die Bürger und Bürgerinnen tragen einen Großteil dieser Kosten und damit des wirtschaftlichen Risikos, die erzielten Gewinne fließen in andere Kassen.

55

- Dezentrale kleine Projekte erleichtern eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern –auch bei der Finanzierung. Großprojekte lenken die Finanzströme aus den Regionen heraus.

60

- Gründe für jegliche Art der Bevorzugung von Infrastruktur-Großprojekte dürfen im Vorfeld nicht ohne öffentliche Beteiligung und Diskussion fest gelegt werden. Eine Aushebelung von grundsätzlich zu gewährenden gesetzlich verankerten Beteiligungsverfahren durch „zweckgebundene Sondergesetze“ wie bei NABEG darf nie wieder erfolgen.

65

- Der Strommarkt muss neu geordnet werden. Den Verbrauchern muss das Recht eingeräumt werden, zwei parallele Versorgungs-Verträge abschließen zu können.

70

Nur diese Form der Konkurrenz ist echter Wettbewerb im Sinne der Verbraucher.

- Zurzeit erzeugt Deutschland viel zu viel Strom zu Zeiten ohne entsprechenden Bedarf.

75

Es werden trotzdem weitere Kapazitäten aufgebaut, ohne adäquate Speichermöglichkeiten zu haben zur Verstetigung der Versorgung.

80

Die Potentiale durch Eigennutzung und Stromsparen werden nicht ausreichend gewürdigt.

85

Antrag W 4

Ortsverein Sehlem/Harbarnsen (Bezirk Hannover)

Keine weiteren Offshore-Windparks, Umdenken in der Energiepolitik

Die Energiewende ist richtig und notwendig. Doch ist der exzessive Ausbau der Offshore-Windparks mit dem anschließenden Transport durch die ganze Bundesrepublik Deutschland wenig effektiv und führt zu einseitigen Belastungen. Deshalb fordern wir die Abkehr von diesem Weg hin zu regionalen, dezentralen Lösungen.

Keine weiteren Offshore-Windparks, Umdenken in der Energiepolitik

Ablehnung

5

10 Der Strom muss dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird. Auch im Süden Deutschlands sind die Windverhältnisse für Windkraftanlagen lohnenswert.

15 Nur Großkonzerne und Großanleger investieren momentan bei den großen Windparks. Regionale, kleine Projekte können von den Bürgerinnen und Bürgern - von den Anwohnern finanziert - werden. Eine höhere Akzeptanz bei den Anwohnern wird dadurch garantiert, Projekte können somit schneller umgesetzt werden.

25 Der finanzielle Aufwand ist beträchtlich - u.a. für die Anbindung an das Stromnetz und für den Netzausbau. Die Bürger und Bürgerinnen tragen davon einen Großteil, obwohl die Nutznießer andere sind.

30 Zurzeit erzeugt Deutschland viel zu viel Strom, aber es werden immer weiter Kapazitäten aufgebaut, ohne adäquate Speichermöglichkeiten zu haben.

35 Die Potentiale durch Eigennutzung und Stromsparen werden nicht mit bedacht. Es mehren sich die Voraussagen, dass sich viele km der jetzt geplanten und für nötig befundenen Stromtrassen in näherer Zukunft als unnötig herausstellen werden. Die Entscheidung für die bestehenden Windparks und Stromtrassen wurde schon vor Jahren getroffen, viele Parameter haben sich mittlerweile geändert. Die Entscheidung muss überprüft und der aktuellen Situation angepasst werden.

50 Eine Modernisierung der bestehenden Stromtrassen sollte immer den Vorrang gegenüber dem Neubau von Trassen haben. Bei unvermeidbaren neuen Stromtrassen soll eine Erdverkabelung immer Vorrang vor Freileitungen haben.

Antrag W 5

Ortsverein Nordstemmen (Bezirk Hannover)

Keine weiteren off-shore Windparks!

Wir wollen die Energiewende, aber wir sind gegen das aktuell verfolgte Konzept des exzessiven off-shore Ausbaus mit anschließendem Transport durch die ganze Republik von Nord nach Süd. „Wer die

Keine weiteren off-shore Windparks!

Ablehnung

5

10 Energiewende will, muss auch ja zu den Stromtrassen sagen“ ist ein Totschlagargument, dem wir entschieden entgegen treten. Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Bundesvorstand zu einer Abkehr von diesem Weg hin zu regionalen, dezentralen Lösungen auf.

Dabei geht es uns um mehrere Aspekte:

- 15 • Der Strom sollte dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird. In Bayern und Baden-Württemberg weht durchaus auch Wind.
- 20 • Nur Großkonzerne und Großanleger investieren jetzt bei den großen Windparks, viele kleine dezentrale Projekte würden von den Bürgerinnen und Bürgern - von den Anwohnerinnen und Anwohnern - finanziert werden.
- 25 • Es wird aktionistisch drauflos gebaut - obwohl oft noch die Anbindung an das Stromnetz fehlt oder es andere Übertragungsprobleme gibt.
- 30 • Der finanzielle Aufwand ist beträchtlich - u.a. für die Anbindung an das Stromnetz und für den Netzausbau. Die Bürger und Bürgerinnen tragen davon einen Großteil, obwohl die Nutznießer andere sind.
- 35 • Es wird immer wieder versucht, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Stromerzeugung zu erschüttern, um unliebsame Maßnahmen durchzudrücken.
- 40 • Zurzeit erzeugt Deutschland viel zu viel Strom, von Jahr zu Jahr wird mehr exportiert, aber es werden immer weiter Kapazitäten aufgebaut.
- 45 • Adäquate Speichermöglichkeiten fehlen, um Spitzen in der Stromerzeugung abzufangen und zu nutzen. Daran sollte vordringlich gearbeitet werden.
- 50 • Die Potentiale durch Eigenerzeugung und Eigennutzung sowie Stromsparen werden nicht mit bedacht. Es mehren sich die Voraussagen, dass sich viele km der jetzt geplanten und für nötig befundenen Stromtrassen in näherer Zukunft als unnötig herausstellen werden. Die Entscheidung für die bestehenden Windparks und Stromtrassen wurde schon vor Jahren getroffen, viele Parameter haben sich mittlerweile geändert. Die Entscheidung muss überprüft und der aktuellen Situation angepasst werden.
- 55 • In den betroffenen Gebieten wird der Bau von Stromtrassen nicht hingenommen.
- 60 • Die Akzeptanz für die Energiewende wird

so erheblich geschmälert.

- Last but not least: Wir bauen unsere Naturräume immer mehr zu, jetzt sogar die freien Wasserflächen in der Nordsee.

65

Übrigens: Wir halten neue Stromtrassen auch für die schon bestehenden Windparks für nicht notwendig. Eine Modernisierung des vorhandenen Netzes müsste ausreichen, sagt unsere Logik. Die Atomkraftwerke werden ja im Gegenzug abgeschaltete, also sollte unser bestehendes Netz ausreichend Kapazitäten haben. Die Modernisierung des Netzes müsste aber ausschließlich von den Firmen finanziert werden, die dafür auch das Netzentgelt kassieren.

70

75

Antrag W 6

Ortsverein Heyersum (Bezirk Hannover)

Keine weiteren off-shore windparks!

Wir wollen die Energiewende, aber wir sind gegen das aktuell verfolgte Konzept des exzessiven off shore Ausbaus mit anschließendem Transport durch die ganze Republik von Nord nach Süd. Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Bundesvorstand zu einer Abkehr von diesem Weg hin zu regionalen, dezentralen Lösungen auf.

5

10

Dabei geht es uns um mehrere Aspekte:

- Der Strom sollte dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird. In Bayern und Baden-Württemberg weht durchaus auch Wind.
- Nur Großkonzerne und Großanleger investieren jetzt bei den großen Windparks, viele kleine Projekte würden von den Bürgerinnen und Bürgern - von den Anwohnern finanziert - werden.
- Es wird aktionistisch drauflos gebaut - obwohl oft noch die Anbindung an das Stromnetz fehlt oder es andere Übertragungsprobleme gibt.
- Der finanzielle Aufwand ist beträchtlich - u.a. für die Anbindung an das Stromnetz und für den Netzausbau. Die Bürger und Bürgerinnen tragen davon einen Großteil, obwohl die Nutznießer andere sind.
- Zurzeit erzeugt Deutschland viel zu viel Strom, aber es werden immer weiter Kapazitäten aufgebaut, ohne adäquate Speichermöglichkeiten zu haben.
- Die Potentiale durch Eigennutzung und

15

20

25

30

Keine weiteren off-shore windparks!

Ablehnung

- 35 Spromsparen werden nicht mit bedacht. Es
mehren sich die Voraussagen, dass sich
viele km der jetzt geplanten und für nötig
befundenen Stromtrassen in näherer
Zukunft als unnötig herausstellen werden.
40 Die Entscheidung für die bestehenden
Windparks und Stromtrassen wurde schon
vor Jahren getroffen, viele Parameter haben
sich mittlerweile geändert. Die
Entscheidung muss überprüft und der
aktuellen Situation angepasst werden.
- 45 • In den betroffenen Gebieten wird der Bau
von Stromtrassen nicht hingenommen.
• Die Akzeptanz für die Energiewende wird
so geschmälert.
• Wir bauen unsere Naturräume immer mehr
50 zu, jetzt sogar die freien Wasserflächen in
der Nordsee.

- 55 Übrigens: Wir halten neue Stromtrassen auch
für die schon bestehenden Windparks für nicht
notwendig. Eine Modernisierung des
vorhandenen Netzes müsste ausreichen, sagt
unsere Logik. Die Atomkraftwerke werden ja
im Gegenzug abgeschaltete, also müsste unser
bestehendes Netz ausreichend Kapazitäten
60 haben.

Antrag W 7

Ortsverein Rössing (Bezirk Hannover)

Keine weiteren off-shore windparks!

Wir wollen die Energiewende, aber wir sind
gegen das aktuell verfolgte Konzept des
exzessiven off- shore Ausbaus mit
anschließendem Transport durch die ganze
5 Republik von Nord nach Süd. Wir fordern die
SPD Bundestagsfraktion und den SPD
Bundesvorstand zu einer Abkehr von diesem
Weg hin zu regionalen, dezentralen Lösungen
auf.

- 10 Dabei geht es uns um mehrere Aspekte:

- Der Strom sollte dort erzeugt werden, wo
er gebraucht wird. In Bayern und Baden-
Württemberg weht durchaus auch Wind.
- 15 • Nur Großkonzerne und Großanleger
investieren jetzt bei den großen Windparks,
viele kleine Projekte würden von den
Bürgerinnen und Bürgern - von den
Anwohnern finanziert - werden.
- 20 • Es wird aktionistisch drauflos gebaut -
obwohl oft noch die Anbindung an das
Stromnetz fehlt oder es andere

Keine weiteren off-shore windparks!

Ablehnung

- Übertragungsprobleme gibt.
- 25 • Der finanzielle Aufwand ist beträchtlich - u.a. für die Anbindung an das Stromnetz und für den Netzausbau. Die Bürger und Bürgerinnen tragen davon einen Großteil, obwohl die Nutznießer andere sind.
- 30 • Zurzeit erzeugt Deutschland viel zu viel Strom, aber es werden immer weiter Kapazitäten aufgebaut, ohne adäquate Speichermöglichkeiten zu haben.
- 35 • Die Potentiale durch Eigennutzung und Stromsparen werden nicht mit bedacht. Es mehren sich die Voraussagen, dass sich viele km der jetzt geplanten und für nötig befundenen Stromtrassen in näherer Zukunft als unnötig herausstellen werden. Die Entscheidung für die bestehenden Windparks und Stromtrassen wurde schon vor Jahren getroffen, viele Parameter haben sich mittlerweile geändert. Die Entscheidung muss überprüft und der aktuellen Situation angepasst werden.
- 40 • In den betroffenen Gebieten wird der Bau von Stromtrassen nicht hingenommen.
- 45 • Die Akzeptanz für die Energiewende wird so geschmälert.
- 50 • Wir bauen unsere Naturräume immer mehr zu, jetzt sogar die freien Wasserflächen in der Nordsee.
- Die Förderung der dezentralen Stromerzeugung vorantreiben.
- 55 Übrigens: Wir halten neue Stromtrassen auch für die schon bestehenden Windparks für nicht notwendig. Eine Modernisierung des vorhandenen Netzes müsste ausreichen, sagt unsere Logik. Die Atomkraftwerke werden ja im Gegenzug abgeschaltete, also müsste unser bestehendes Netz ausreichend Kapazitäten haben.
- 60

Antrag W 8*SGV Lamspringe (Bezirk Hannover)***Vorerst keine weiteren off-shore Windparks!**

Wir wollen die Energiewende, aber wir sind gegen das aktuell verfolgte Konzept des exzessiven off shore-Ausbaus der Windenergie mit anschließendem Transport durch die ganze Republik von Nord nach Süd. Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesvorstand zu einer Abkehr von diesem

5

Vorerst keine weiteren off-shore Windparks!

Ablehnung

Weg hin zur Bevorzugung von regionalen, dezentralen Lösungen auf.

10

Dabei geht es uns um mehrere Aspekte:

- Der Strom soll dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird.

15

In Bayern und Baden-Württemberg z.B. ist der Anteil der Eigenversorgung noch nicht ausgeschöpft.

20

- Nur Großkonzerne und Großanleger investieren jetzt bei den großen Windparks, viele kleine Projekte könnten von Bürgerinnen und Bürgern - von den Anwohnern mit finanziert - werden.

25

- Es wird aktionistisch drauflos gebaut - obwohl oft noch die Anbindung an das Stromnetz fehlt oder es andere Übertragungsprobleme gibt.

30

- Der finanzielle Aufwand ist beträchtlich - u.a. für die Anbindung an das Stromnetz und für den Netzausbau. Die Bürger und Bürgerinnen tragen einen Großteil dieser Kosten und damit des wirtschaftlichen Risikos, obwohl die erzielten Gewinne in andere Kassen fließen.

35

- Zurzeit erzeugt Deutschland viel zu viel Strom zu Zeiten ohne entsprechenden Bedarf.

Es werden trotzdem weitere Kapazitäten aufgebaut, ohne adäquate Speichermöglichkeiten zu haben zur Verstetigung der Versorgung.

40

- Die Potentiale durch Eigennutzung und Spromsparen werden nicht mit bedacht. Es mehren sich die Voraussagen, dass sich viele km der jetzt geplanten und für nötig befundenen Stromtrassen in näherer Zukunft als unnötig herausstellen werden.

45

- Die Entscheidung für die bestehenden Windparks und Stromtrassen wurde schon vor Jahren getroffen, viele Parameter haben sich mittlerweile geändert. Die Entscheidung muss überprüft und der aktuellen Situation angepasst werden.

50

- In den betroffenen Gebieten wird der Bau von Stromtrassen nicht hingenommen. Die Akzeptanz für die Energiewende wird so geschmälert.

55

Antrag W 9*Ortsverein Erkrath-Hochdahl (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Fracking verhindern – Gesetzliche Grundlagen schaffen**

Die SPD im Kreis Mettmann lehnt die Erdgasförderung aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz der sogenannten Fracking-Methode (Hydraulic Fracturing) ab.

5 Beim Fracking werden giftige Chemikalien in tiefe Schichten des Erdreiches gedrückt, diese Chemikalien verdrängen dann Erdgase, die im Boden eingeschlossen sind. Dieses Erdgas wird dann an der Oberfläche abgeschieden und zur

10 Weiterverarbeitung in Raffinerien transportiert. Die giftigen Chemikalien verbleiben im Erdboden und verunreinigen dort Trinkwasservorkommen. Aufgrund der

15 aktuellen wissenschaftlichen Datenlage ist Fracking unverantwortlich. Die Technologie birgt viele Risiken. Dazu gehören vor allem die Belastung des Grund- und Trinkwassers, die Zerstörung der Landschaft und der hohe Flächenverbrauch sowie Erdbebengefahr. Auch

20 daraus folgende Gesundheitsschäden sind nicht absehbar.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat sich bereits mit einem einstimmigen Votum gegen

25 mögliche Fracking-Vorhaben der Niederlande entlang der Grenze zu Nordrhein-Westfalen gestellt. Auch die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks verurteilt die Fracking-Pläne der Niederlande und bezeichnet diese als

30 inakzeptabel.

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die im Koalitionsvertrag beschlossenen Punkte bei dem nun anstehenden parlamentarischen

35 Beratungsprozess umzusetzen und folgendes zu berücksichtigen:

- Der Schutz von Grund- und Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang.
- Umwelttoxische Substanzen dürfen beim

40 Fracking nicht zur Anwendung kommen.

- Die Risiken des Frackings, bei der Schiefer- und Kohleflözgasförderung, sind zurzeit nicht abschätzbar. Eine Nutzung dieser Technologie kommt vor diesem

45 Hintergrund bis auf weiteres nicht in Betracht.

- Das Bergrecht zu überarbeiten und eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorzusehen.

Fracking verhindern – Gesetzliche Grundlagen schaffen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

50

Der SPD Unterbezirk Mettmann verweist ausdrücklich auf die Aussage der NRW Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, dass Fracking in NRW verboten wird. Wir fordern den Parteikonvent auf sich dieser Entscheidung der NRW SPD bundesweit anzuschließen.

55

Darüber hinaus wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert, in dem Prozess der Beteiligung auch die europäischen Nachbarstaaten mit einzubeziehen.

60

Wir lehnen alle Bestrebungen hinsichtlich des Frackings ab und erwarten die schnellstmögliche Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Verhinderung von Fracking in Deutschland.

65

Antrag W 10

Ortsverein Bielefeld-Quelle-Freibad (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Fracking-Verbot

Der Parteikonvent möge beschließen :

5

1. Der Parteikonvent lehnt den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie“ ab.

10

2. Der Parteikonvent fordert die SPD-Minister/-innen in der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion auf, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die „Verfahren der Fracking-Technologie“ in Deutschland gesetzlich verboten werden, auch für Forschungszwecke.

Fracking-Verbot

Ablehnung

Antrag W 11

02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)

**Infrastruktur nicht privat finanzieren,
keine privatrechtlichen
Infrastrukturgesellschaften**

5

Ein Leben in Würde hat wichtige materielle Voraussetzungen: Erst die Infrastrukturen unserer Daseinsvorsorge gewährleisten z.B. den Zugang zu sauberem Wasser, zu Bildung, zur Energieversorgung, zu Mobilität und zu unserem Gesundheitswesen. Für die Errichtung dieser Infrastrukturen haben

**Infrastruktur nicht privat finanzieren,
keine privatrechtlichen
Infrastrukturgesellschaften**

Überweisung an den ordentlichen Bundesparteitag

10 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
gemeinsam mit anderen hart gekämpft.
Errichtet wurde diese Daseinsvorsorge seit
mehr als hundert Jahren immer mit öffentlichen
Schulden. Alle dieser Schulden konnten
zurückgezahlt werden aus dem durch die
15 Infrastrukturen generierten Mehrwert. Es
entstand ein Netzwerk der hochwertigsten
öffentlichen Infrastrukturen weltweit, mit
einem Gesamtwert von mehreren Billionen
Euro. Seit 1999 investiert der Staat jedoch
20 weniger, als durch natürlichen Verfall und
Abschreibung an Wert verloren geht. Deswegen
wird die deutsche Bunderegierung
aufgefordert:

- 25 • Der Investitionsrückstand in den
Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in
Deutschland ist abzubauen.
- 30 • In die Energie- und Verkehrswende ist
gemäß der Ziele der Bundesregierung zu
investieren (z.B. Versorgungssicherheit
und Bezahlbarkeit der erneuerbaren
Energien, Reduktion der CO₂-Emissionen
von mindestens 40 Prozent bis 2020 und 80
bis 95 Prozent bis 2050 gegenüber 1990).
- 35 • In den sozial gerechten Ausbau der
digitalen Infrastruktur ist gemäß der Ziele
der Bundesregierung zu investieren
(flächendeckender Breitbandausbau auf
50MBit/s bis 2018).

40 Für diese drei Aufgabenfelder sind die
historisch niedrigen Zinsen für Bundesanleihen
zu nutzen, die es der Regierung erlauben, bei
sehr geringen Kapitalkosten zu investieren und
dauerhaft Werte zu schaffen.

45 Investitionen in die Öffentliche
Daseinsvorsorge sind dazu von den
Regelungen der Schuldenbremse (GG Art. 109
und Art. 115 GG) auszunehmen.

50 Als Finanzierungsmodell auszuschließen sind
Privatkapital zu anderen Konditionen wie
Bundesanleihen oder Kommunalkredite, wie
sie etwa öffentlich-private Partnerschaften
55 (ÖPPs), Direktinvestitionen von
Versicherungen und Pensionsfonds,
Bankkredite oder Mischformen der genannten
Verschuldungsformen darstellen sowie
Refinanzierungsmodelle, die auf direkten oder
60 indirekten Gebührenerhöhungen basieren.

Die Investitionen sind unmittelbar und

- transparent von den Parlamenten festzulegen. Zwischen die Parlamente und die ausführende
 65 Verwaltung zwischengeschaltete privatrechtliche Strukturen zur Tätigkeit der Investitionen wie z.B. die Autobahninfrastrukturgesellschaft sind auszuschließen. Alle eingegangenen
 70 Zahlungsverpflichtungen sind in der laufenden Höhe sowie in der Höhe der Gesamtverbindlichkeiten in den jeweiligen Haushalten vollständig abzubilden.

Antrag W 12

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Endlich die Verantwortung für eine gerechte europäische Finanzpolitik übernehmen!

- Unter der Rot-Grünen Koalition trat am 01.07.2002 das vierte Finanzmarktförderungsgesetz in Kraft. Dadurch wurden unter anderem Hedgefonds
 5 oder die steuerliche Förderung von Kreditverbriefungen ermöglicht. Im Nachhinein kann gesagt werden, dass diese weitgehende Liberalisierung der Regularien für den Finanzmarkt, Freiräume geschaffen hat, die
 10 nicht verantwortungsvoll genutzt wurden.

- Die SPD hat also die Pflicht, sich für eine verantwortungsvolle europäische Finanzpolitik einzusetzen. Die Bankenunion ist der erste
 15 Schritt in die richtige Richtung, denn durch sie werden Finanzierungs- und Aufsichtslücken geschlossen. Allerdings werden zwei wesentliche Risiken sowohl von der Bankenunion und von Basel III –
 20 Eigenkapitalrichtlinie nicht geregelt:

1. Eigenkapitalhinterlegung für Staatsanleihen:

- Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, dass
 25 viele Finanzinstitute oft zu gering mit eigenem Kapital ausgestattet waren. Sie haben teilweise risikoreiche Geschäfte abgeschlossen, ohne dass sie dafür die nötigen Rücklagen hatten. Dies führt dazu, dass etlichen Finanzinstituten
 30 geholfen werden mussten. Die Eigenkapitalrichtlinien (2006/48/EG und 2006/49/EG) legt nun fest, wie viele Eigenmittel Banken vorhalten müssen, um ihre Risikogeschäfte abzudecken, um somit ihre
 35 Kunden schützen zu können. Für jedes

Endlich die Verantwortung für eine gerechte europäische Finanzpolitik übernehmen!

Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Finanzprodukt müssen die Banken also eigenes Kapital aufweisen. Für jedes Finanzprodukt? Nein, denn Staatsanleihen gelten bis heute noch als „risikofrei“. D.h. also, dass Banken für den Kauf von Staatsanleihen kein Eigenkapital nachweisen müssen. Gerade die Staatsanleihen aus den sogenannten PIGS (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) Staaten sind allerdings nicht risikofrei. Durch die Ankündigung von Mario Draghi für 1,2 Billionen Euro Anleihen ALLER Euro Staaten zu kaufen, ist diese fehlende Eigenkapitalhinterlegung für Staatsanleihen sehr problematisch. Deshalb fordern wir, dass die Eigenkapitalrichtlinie um den Punkt der Eigenkapitalhinterlegung für Staatsanleihen ergänzt wird.

2. Schattenbanken regulieren:

Eine weiteres großes Risiko bleiben weiterhin die sogenannten Schattenbanken. Bei Schattenbanken handelt es sich um ein „System der Kreditvermittlung, an dem Unternehmen oder Tätigkeiten außerhalb des regulären Bankensystems“ (vgl. Rat für Finanzstabilität) beteiligt sind. Es gibt verschiedene Arten von Schattenbanken: Geldmarktfonds, Investmentfonds, Zweckgesellschaften, Hedgefonds oder Versicherungen. Schattenbanken bieten lukrative Zinsraten und stellen eine alternative Geldanlage gegenüber einer Bank dar. Da sie allerdings außerhalb des Systems tätig sind, unterliegen sie damit auch nicht den strikten Aufsichtsregeln. Banken gliedern so zum Beispiel die Vermittlung von Krediten in Schattenbanken aus, dies führt allerdings dazu, dass es eine Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeiten von Schattenbanken und regulären Banken gibt. Ein Beispiel dafür ist die Lehmanpleite. 2012 wurde geschätzt, dass die Schattenbanken über 70 Billionen \$ verfügt haben sollen. Ratingagenturen schätzen, dass 30 % aller Vermögenswerte in Europa bei den Schattenbanken liegen, Tendenz steigend. Diese Entwicklungen zeigen deutlich, dass Schattenbanken systemrelevant für die Realwirtschaft sind. Denn 34 % der Kredite werden von Schattenbanken vergeben.

Also ist es wichtig, dass die Schattenbanken reguliert werden. Dafür muss erst einmal erfasst werden, wie viele Schattenbanken es gibt. Welche Arten von Geschäften sie ausführen und diese müssen dann reguliert

werden. Es müssen Aufsichtskonzepte entwickelt werden und die Schattenbanken müssen einer Bankaufsicht untergeordnet werden. Nur dadurch kann sichergestellt werden, sich die Finanzkrise von 2008 nicht wiederholt.

Antrag W 13

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Für mehr Transparenz bei Risikogeschäften - Verbraucher besser schützen!

Wer heute sein Geld bei der Bank anlegt muss großes Vertrauen in die Kompetenz der Bankberater haben. Denn seit der Finanzkrise von 2008 sind viele Verbraucher und Anleger immer noch erheblich verunsichert. Durch Investitionen in Vermögensanleihen haben einige Anleger erhebliche Verluste erlitten, indem sie in Finanzprodukte investierten, die sehr risikoreich bewertet wurden. Dies ist unter anderem auf die Falschberatung von Bankmitarbeitern zurückzuführen. So wurden gleich drei Banken wegen Falschberatung zu Schadensersatz verurteilt. Die Frankfurter Sparkasse musste einer 85-jährigen Anlegerin Schadensersatz in Höhe von 100.000 Euro bezahlen, da der Bankberater der Anlegerin Lehmann-Zertifikate ohne ihr Wissen ins Depot gelegt hat. Das sind nur einige Beispiele die die Anleger auch heute noch verunsichern.

Durch den Gesetzentwurf eines Kleinanlegerschutzgesetzes sollen weitere Regulierungslücken geschlossen werden, dies ist auch gut so. Allerdings geht dieses Gesetz nicht weit genug, um die Anleger zu schützen. Deshalb fordern wir die Einführung eines Ampelsystems für Finanzgeschäfte.

Mit dieser Finanz-Ampel haben die Verbraucher die Möglichkeit auf einem Blick zu erkennen, welche Finanzprodukte ihrem individuellen Anlageverhalten entsprechen können. Diese zweiseitige Produktinformation beinhaltet alle wichtigen Daten: Risikobeschreibung (vgl. Finanz- Ampel Targobank: Die Eignungs-Ampel wird vom unabhängigen Münchener Institut für Vermögensaufbau (IVA) berechnet; sie signalisiert, ob ein Produkt gut ("grün") oder nicht ("rot") geeignet ist für folgende fünf Anlageziele: eiserne Reserve (täglich

Für mehr Transparenz bei Risikogeschäften - Verbraucher besser schützen!

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

verfügbar), zielgerichtete Geldanlage (bis sieben Jahre), Vermögensaufbau (bis zwölf Jahre), Altersvorsorge (mindestens 15 Jahre bis Ruhestand), Todesfallschutz.). Darüber hinaus gibt es Informationen zu sämtlichen Kosten, Provisionen und Vergütungen, die beim Erwerb des Finanzproduktes anfallen, dabei sollen die Daten in Prozentzahlen und in absoluten Zahlen anhand von Beispielen präsentiert werden. Am Ende des Beratungsgesprächs müssen die Verbraucher ein ausführliches Beratungsprotokoll ausgehändigt bekommen, indem sowohl das persönliche Risikoprofil als auch die individuelle Anlagestrategie dargelegt wird. Nur durch dieses Verfahren kann sichergestellt werden, dass die Verbraucher umfassend und transparent informiert werden, um so ihrer individuelle Entscheidung für ein Finanzprodukt treffen zu können.

Antrag W 14*Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Blasenentwicklung bei den Krediten an Beteiligungsgesellschaften**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, wonach Kreditinstitute in Deutschland verpflichtet werden, für ihre Aktiva an die von Franz Müntefering sogenannten Heuschrecken erfolgsneutral, zu Lasten der Gewinnrücklagen eine Drohverlustrückstellung von 5% zubilden.

Blasenentwicklung bei den Krediten an Beteiligungsgesellschaften

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Antrag W 15*Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Eigenhandel von Kreditinstituten, der von der SOFFIN gestützt werden sowie von öffentlich rechtlichen Kreditinstituten**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, wonach Kreditinstitute in Deutschland, die von der SOFFIN gestützt werden sowie Kreditinstitute im Mehrheitsbesitz der öffentlichen Hand ihren Eigenhandel mit 100% Eigenkapital zu unterlegen haben. Hier sollte im Gesetzentwurf eine Vorlaufzeit von sechs Monaten vorgesehen sein.

Eigenhandel von Kreditinstituten, der von der SOFFIN gestützt werden sowie von öffentlich rechtlichen Kreditinstituten

Überweisung an Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Eigenhandel der Kreditinstitute ist im Wesentlichen ein Spekulationsgeschäft, das

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 15 meistens direkt oder indirekt zu Lasten der Allgemeinheit geht, da keine Werte aufgebaut werden. Durch die Eigenkapitalunterlegung wird der Eigenhandel auf das notwendige Minimum begrenzt.

Antrag W 16

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Patronatserklärungen, Garantien und Derivate an ausländische Tochtergesellschaften von Kreditinstituten

- 5 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, wonach Kreditinstitute in Deutschland verpflichtet werden, keine Patronatserklärungen, Garantien und Derivate für ihre außerhalb der Bankenunion bestehenden Tochter- oder Muttergesellschaften abzugeben. Entwicklungen außerhalb der Bankenunion sollen so nicht direkt auf die unsere
- 10 Kreditinstitute durchschlagen. Auch Einlagen in Schwarzgeldoasen werden somit nicht durch die Muttergesellschaft garantiert.

Patronatserklärungen, Garantien und Derivate an ausländische Tochtergesellschaften von Kreditinstituten

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Antrag W 17

Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Transparenz in der Staatsfinanzierung der Euro-Staaten und die Abkopplung deren Verzinsung von der Realwirtschaft

- Die Europäische Zentralbank wird aufgefordert, folgenden Vorschlag zu prüfen:
- 5 Die Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger der Euro-Staaten verpflichten sich ab 2016 nur noch Kredite in Form von mindestens 10-jährigen, börsennotierten Anleihen aufzunehmen. Die Gläubiger bestehender Kredite werden
- 10 verpflichtet, bis zum Jahresende ein Gebot für die Umwandlung in die neuen Anleihen abzugeben, ansonsten würden ihre Ansprüche verfallen.
- 15 Kaufleute in der Euro-Zone haben die neuen Anleihen stets mit 100% zu aktivieren. Die Anleihen werden mit einer jährlichen Tilgung von 1% zurückgeführt, die in monatlichen Teilbeträgen gezahlt wird. Bei Fälligkeit

Transparenz in der Staatsfinanzierung der Euro-Staaten und die Abkopplung deren Verzinsung von der Realwirtschaft

Ablehnung

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

20 können die Anleihen durch neue Anleihen bezahlt werden.

Die Verzinsung der neuen Anleihen richtet sich nach der wirtschaftlichen Entwicklung (z. B. 25 1% des Bruttoinlandsprodukts) und den Steuereinnahmen (z. B. 5% des Gesamtaufkommens) des jeweiligen Euro-Staates. Um Lohn- und Steuerdumping zwischen den Euro-Staaten zu verhindern, 30 verpflichtet sich die Euro-Staaten, einen Mindestlohn für alle Arbeitnehmer festzulegen, der deutlich über von europäischen Branchenarbeitgeberverbänden und europäischen Branchengewerkschaften vereinbarten Tariflöhnen liegt und gewerbliche 35 Einkünfte sowie Kapitaleinkünfte mit mindestens 35% besteuert.

Antrag W 18

020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)

**Erbschaftsteuer gerecht ausgestalten –
Aufkommen erhöhen und Arbeitsplätze
erhalten**

In wesentlichen Teilen hat das Bundesverfassungsgericht die Erbschaftsteuer für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber mit einer Neuregelung bis zum 5 30.6.2016 beauftragt. Die Erbschaftsteuer ist derzeit eine der wenigen Möglichkeiten hohe Vermögenswerte und Vermögensübertragungen zu besteuern und für Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen. Ihr kommt 10 deshalb aus sozialdemokratischer Gerechtigkeitsvorstellung eine ganz besondere Bedeutung zu.

Im Urteil vom Dezember 2014 hat das Gericht 15 anerkannt, dass Vergünstigungen oder Verschonungen bei der Erbschaftsteuer gerechtfertigt sind, wenn sie an den Erhalt von Arbeitsplätzen gekoppelt sind. Es muss aber gewährleistet sein, dass von einem 20 Unternehmen wirklich nur das produktive Betriebsvermögen verschont wird und nicht in hohem Umfang das unproduktive Verwaltungsvermögen. Darüber hinaus hat das Verfassungsgericht den Gesetzgeber 25 aufgefordert, die Einbeziehung von Privatvermögen in Erwägung zu ziehen.

In einem beachtenswerten Minderheitenvotum

**Erbschaftsteuer gerecht ausgestalten –
Aufkommen erhöhen und Arbeitsplätze
erhalten**

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

30 haben drei der acht Richter die
Verteilungswirkung der Erbschaftsteuer
gewürdigt. Ihnen zufolge verpflichtet das
Sozialstaatsprinzip in Art.20 GG die Politik
dazu für sozialen Ausgleich zu sorgen. Das
35 daraus folgende Ziel der sozialen Gerechtigkeit
kann nicht erreicht werden, wenn sich
Vermögen über Generationen in den Händen
weniger konzentriert. Aus diesem Grund muss
es eine Besteuerung geben, die dieser Tendenz
wirksam begegnen kann.

40 Die SPD-Fraktion ist nun gefordert, sich im
Bundestag für eine verfassungskonforme
Neuregelung einzusetzen. Diese muss so
ausgestaltet werden, dass nur produktives
45 Betriebsvermögen begünstigt wird und
unproduktive Vermögenswerte tatsächlich
besteuert werden. Folgende Eckpunkte sind
dazu nötig:

50 **1. Verschonung des Betriebsvermögens**

Die Verschonung von Betriebsvermögen erhält
Arbeitsplätze. Wir wollen nicht, dass Erben
gezwungen sind, Betriebe zu veräußern, um die
Steuerschuld zu begleichen. Die Verschonung
55 muss aber an den Erhalt von Arbeitsplätzen
gekoppelt sein. Dieses Ziel muss durch die
Lohnsumme im Betrieb überprüft werden. Von
einer Verschonung kann nur profitieren, wer
die Lohnsumme über einen bestimmten
60 Zeitraum stabil hält.

2. Kleine Unternehmen

Unternehmen mit bis zu 20 Beschäftigten
mussten bisher die Einhaltung dieser
65 Lohnsumme nicht nachweisen. Im Ergebnis
sind für das Bundesverfassungsgericht aber zu
viele Betriebe von dieser Befreiung betroffen.
Deshalb muss die Einhaltung in Zukunft auch
schon bei Betrieben mit mehr als 4
70 Beschäftigten überprüft werden.

3. Bedürfnisprüfung bei großen Unternehmen

Große Unternehmen dürfen nicht wie bisher
pauschal verschont werden. In Zukunft sollen
75 sie nachweisen, ob sie eine Verschonung des
Betriebsvermögens wirklich brauchen und ob
die anfallende Erbschaftsteuer nicht aus
anderen Vermögenswerten beglichen werden
kann.

80 Zur Definition von großen Unternehmen sollte
auf die EU-Definition abgestellt werden, nach
der große Unternehmen mehr als 250

85 Mitarbeiter haben und/oder einen Umsatz von über 50Mio.€ jährlich.

90 Diese Bedürfnisprüfung muss beim Betrieb gemäß der EU-Definition ansetzen. Die derzeit diskutierte Bedürfnisprüfung bei den Erbenden mit einer Freigrenze von 20Mio.€ führt im Ergebnis dazu, dass nur sehr wenige Fälle von dieser Prüfung erfasst werden und weiterhin große Vermögenswerte pauschal verschont bleiben.

95 **4. Einbeziehung von Privatvermögen der Erben**
Für die Begleichung der Steuerschuld muss neben dem sonstigen Betriebsvermögen auch das vorhandene oder mitübertragene
100 Privatvermögen der Erben herangezogen werden. Diese Einbeziehung ist leistungsgerecht, weil keine eigene Leistung hinter dem Erwerb des Vermögens steht, sondern die Verwandtschaft.

105 **5. Verwaltungsvermögen komplett besteuern**
Ein Betrieb besteht aus für den Produktionsprozess notwendigem Betriebsvermögen und Verwaltungsvermögen,
110 das für den Produktionsprozess nicht unmittelbar notwendig ist. Bisher konnten Unternehmen von der Verschonung profitieren, auch wenn in ihnen 49Prozent Verwaltungsvermögen steckten. Dieser hohe
115 Anteil von Vermögen, der von der Verschonung profitiert, aber nicht für den Erhalt von Arbeitsplätzen wichtig ist, wurde vom Verfassungsgericht als unzulässig betrachtet.

120 Eine Neuregelung muss deshalb beinhalten, dass nur noch ein sehr geringer Teil des Verwaltungsvermögens begünstigt wird. Insbesondere muss an dieser Stelle aber
125 ausgeschlossen werden, dass sich durch Neudefinitionen wie sie vom Bundesfinanzministerium angestrebt werden zu neuen Steuergestaltungsmöglichkeiten einladen.

130 **6. Stundung und Verrentung**
Kann die Erbschaftsteuer nicht sofort gezahlt werden, kommen Stundungs- und Verrentungsregelungen in Betracht. Alle
135 Steuerbeträge können bis zu 5Jahre gestundet werden. Zusätzlich kann eine Verrentung in bis zu 30Jahresraten erfolgen. Bei der Verrentung und Stundung werden Zinsen berechnet.

- 140 7. Abschaffung der Tarifbegrenzung für große Betriebe
Großbetriebe werden derzeit immer nach der günstigeren Steuerklasse I (eigene Kinder und Ehegatten) übertragen, völlig unabhängig davon, in welchem Verwandtschaftsgrad der Erwerber steht. Diese Tarifbegrenzung für Großbetriebe auf Steuerklasse I wird abgeschafft. Es sind somit Spitzensteuersätze von 43 Prozent (Steuerklasse II) bzw. 50 Prozent (Steuerklasse III) möglich. Maßstab bei der Bedürfnisprüfung ist dann die Steuerbelastung (nach Einbringung des sonstigen Vermögens) in der gleichen Steuerklasse mit Verschonung.

Antrag W 19*Ortsverein Bürgel-Rumpenheim (Bezirk Hessen-Süd)***Subventionsabbau im Luftverkehr**

Die SPD-Fraktion im Bundestag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die wettbewerbsverzerrenden Subventionen im Luftverkehr abzubauen. Als eine Maßnahme ist eine Kerosinsteuer auf Flugbenzin einzuführen.

5

Subventionsabbau im Luftverkehr

Erledigt durch Beschlusslage

Antrag W 20*Ortsverein Bürgel-Rumpenheim (Bezirk Hessen-Süd)***Neues Luftverkehrskonzept als Antwort auf gestiegene Nachfrage nach Direktflügen**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geplante neue Luftverkehrskonzept unter der Prämisse der Raumverträglichkeit von Flughäfen zu entwickeln. Weiterhin muss das neue Luftverkehrskonzept dem geänderten Konsumentenverhalten Rechnung tragen.

5

Neues Luftverkehrskonzept als Antwort auf gestiegene Nachfrage nach Direktflügen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Antrag W 21*Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)***Neues Luftverkehrskonzept als Antwort auf gestiegene Nachfrage nach Direktflügen**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert das für die zweite Hälfte der Legislaturperiode geplante neue Luftverkehrskonzept unter der Prämisse der Raumverträglichkeit von Flughäfen zu entwickeln. Weiterhin muss das neue Luftverkehrskonzept dem geänderten

5

Neues Luftverkehrskonzept als Antwort auf gestiegene Nachfrage nach Direktflügen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Konsumentenverhalten Rechnung tragen.

Antrag W 22

Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)

**Für Bildung und Infrastruktur -
Einführung einer Vermögensteuer**

Die SPD bekräftigt ihre Absicht, durch die Einführung einer Vermögenssteuer zusätzliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur zu ermöglichen und gleichzeitig einen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit zu leisten.

5

**Für Bildung und Infrastruktur - Einführung
einer Vermögensteuer**

Erledigt durch Regierungsprogramm

Antrag W 23

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

**Kapital muss zumindest wie
Arbeitseinkommen besteuert**

Es darf nicht so bleiben, dass Kapitalerträge niedriger besteuert werden als Arbeit. Wir fordern eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer in Deutschland. Mit dem Abkommen zum Austausch von Bankdaten sei die Grundlage für die Begünstigung von Kapitaleinkünften entfallen.

5

**Kapital muss zumindest wie
Arbeitseinkommen besteuert**

Erledigt durch Regierungsprogramm

Antrag W 24

Ortsverein Niendorf (Landesorganisation Hamburg)

Kreis III Eimsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

**Investitionsgerichtshof bei
internationalen Freihandelsabkommen**

Der SPD Distrikt Hamburg-Niendorf bittet den SPD-Parteikonvent, folgenden Antrag in Sachen Schiedsverfahren bei internationalen Freihandelsabkommen zu beschließen:

5

Wir begrüßen den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers an die EU-Kommission, zur Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staat und Unternehmen einen öffentlich tagenden, mit unabhängigen und kompetenten Richtern besetzten Investitionsgerichtshof einzusetzen und Revisionsmöglichkeiten im Streitverfahren zuzulassen.

10

Wir fordern ihn auf, diesen Vorschlag in den Verhandlungen über die Freihandelsabkommen zwischen EU und den USA (TTIP) ebenso wie zwischen EU und Kanada (CETA) durchzusetzen.

15

**Investitionsgerichtshof bei internationalen
Freihandelsabkommen**

Annahme in der Fassung der Antragskommission [...]

Wir begrüßen den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers an die EU-Kommission, zur Schlichtung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staat und Unternehmen einen öffentlich tagenden, mit unabhängigen und kompetenten Richtern besetzten Investitionsgerichtshof einzusetzen und Revisionsmöglichkeiten im Streitverfahren zuzulassen.

Wir fordern ihn auf, diesen Vorschlag in den Verhandlungen über die Freihandelsabkommen zwischen EU und den USA (TTIP) ebenso wie zwischen EU und Kanada (CETA) [...] **weiterhin nachdrücklich zu vertreten.**

Antrag W 25*Kreisverband Freiburg (Landesverband Baden-Württemberg)***TTIP & CETA – mehr Risiken als Chancen****Die Debatte rund um CETA und TTIP**

5 Die geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) bewegen die Menschen in Europa. Während andere Parteien den Eindruck monolithischer Blöcke erwecken, führt die SPD, wie so oft in der Vergangenheit, stellvertretend für die Gesellschaft eine Diskussion über

10 grundsätzliche Fragen zu Freihandel, transatlantischen Beziehungen und welche Rolle Europa in der Welt spielen soll.

15 Bedauerlicherweise werden sowohl von Befürworter*innen als auch von Gegner*innen der beiden Abkommen immer wieder schrille, der sachlichen Debatte nicht dienliche Töne angeschlagen. Auf der einen Seite findet man immer wieder eine unterschwellig

20 antiamerikanische Haltung, die alles was eine engere Zusammenarbeit mit den USA bedingt, aus prinzipiellen Erwägungen ablehnt. Dem gegenüber steht die unbelegbare Behauptung, nur mit TTIP und CETA können westliche

25 Werte erhalten und Wohlstand gesichert werden. Es dürfte bei sachlicher Betrachtung allerdings klar werden, dass die beiden Freihandelsabkommen weder Teil einer diabolischen Washingtoner Strategie zur

30 Zementierung der Weltmachtrolle der USA noch die eierlegende Wollmilchsau zur Lösung aller wirtschaftlichen Probleme in Europa darstellen. Wir halten es für falsch, wenn in Debatten gesagt wird, dass sich Kritik an den

35 beiden Abkommen verbiete, solange nicht auch das letzte verhandelte Detail an die Öffentlichkeit durchgesickert ist, während gleichzeitig dieselben Akteur*innen nicht müde werden, die Vorteile dieser Abkommens zu

40 loben und zu preisen. Abkommen, die sie nach eigenem Eingeständnis selbst weder kennen noch beurteilen können. Denn es muss leider immer noch konstatiert werden, dass aller Transparenzrederei zum Trotz, sich sowohl

45 Befürworter*innen als auch Kritiker*innen der beiden Abkommen im Trüben bewegen, da CETA nur in einer Rohfassung erhältlich ist und die TTIP-Informationen der EU-Kommission derartig allgemein gehalten sind,

TTIP & CETA – mehr Risiken als Chancen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

50 dass auf ihrer Grundlage alles möglich, aber nichts sicher ist.

55 Leider gibt es eine ganze Reihe von Verbänden und Politiker*innen, die auf Grundlage phantastischer Prognosen, denen jede reale Basis fehlt, für CETA und TTIP die Werbetrommel rühren. Wir halten dies weder für sachgerecht, noch angemessen. Vielmehr stellen selbst optimistische Studien zu den
60 beiden Abkommen nur geringfügig positive Effekte auf Volkswirtschaft und den Arbeitsmarkt in Aussicht. Deutschen Politiker*innen, die den Verlust von hunderttausenden von Arbeitsplätzen als
65 Schreckensszenario an die Wand malen, muss jedoch ebenfalls gesagt werden, dass sie durch ihre Argumentation zwar erfolgreich Angst einjagen, aber ebenso den Boden der Realität verlassen haben. Die SPD und die von ihr in
70 Regierungen entsandten Personen sollten jedenfalls in ihrer Argumentation den sicheren Boden überprüfbarer Fakten nicht verlassen.

Wer gewinnt, wer verliert?

75 Es hat sich in vielen Kreisen, auch dank der Erfolgsgeschichte, die die EU allen Krisen zum Trotz darstellt, eingebürgert, Freihandel kritiklos und grundsätzlich positiv zu beurteilen. Das erscheint auf den ersten Blick
80 plausibel, wobei nicht ausgeblendet werden darf, dass sich – selbst wenn der Freihandel im Saldo den volkswirtschaftlichen Wohlstand steigert – Gewinner*innen und Verlierer*innen gegenüberstehen. Gerade in den
85 Verflechtungen komplexer Volkswirtschaften ist die einfache Gleichung „freier Handel gleich Wohlstandsgewinn“ für viele Bevölkerungsgruppen ein Hohn. An warnenden Beispielen mangelt es nicht. Die
90 mexikanischen Kleinbauern zum Beispiel, die in Folge von NAFTA ihre Existenz verloren haben, sind jedenfalls keine Gewinner*innen des gestiegenen volkswirtschaftlichen mexikanischen Wohlstandes. Es kommt also
95 aufs Detail an, weshalb wir ein reflexartiges „Freihandel ist gut, also müssen wir den Abkommen zustimmen“ ablehnen. Es ist deshalb, um beim gleichen Beispiel zu bleiben, zu fragen, welche Auswirkungen diese
100 Abkommen auf die eher kleinbetrieblich strukturierte Landwirtschaft (in Baden Württemberg) wohl haben werden.

Wenn schon ein Freihandelsabkommen

- 105 vereinbart werden soll,
- müssen der Europäische Rat, das EU-Parlament und die nationalen Parlamente sowie ggf. die Parlamente der Bundesländer die Möglichkeit haben, das Entwurfswerk noch ändern zu können – Transparenz alleine reicht nicht;
 - muss das Freihandelsabkommen komplett und/oder in seinen Teilen gekündigt werden können und
 - müssen rechtzeitig vor einer möglichen Verabschiedung des Abkommens die rechtlichen Voraussetzungen für die Zulassung der europäischen Bürgerinitiative „Stopp TTIP“ geschaffen und deren Anliegen Rechnung getragen werden.

Welche Standards gelten?

- 125 Es ist keineswegs so, dass alle Regulierungen und Schutzbestimmungen in den USA/Kanada schwächer und zahnloser als die in Deutschland oder der EU sind. Wir könnten froh sein, wenn sich zum Beispiel die verantwortlichen
- 130 Politiker*innen in Europa zu einer ähnlich konsequenten Regulierung der Finanzmärkte, wie in den USA durchgerungen hätten, oder wenn Europa im Rahmen der Krise eine ähnlich erfolgreiche Wirtschaftspolitik
- 135 umgesetzt hätte. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass es im Verbraucherschutz – durch eine völlig andere Systematik – zu ernststen Problemen kommen muss, was die Vereinbarkeit von Vorschriften angeht. Das
- 140 europäische Vorsorgeprinzip steht hier dem amerikanischen Nachsorgeprinzip mit seinem Sammelklagen-Instrument diametral gegenüber. Wir wollen in diesem Bereich keine amerikanischen
- 145 Abkommen, das hier ein Feld für Streitigkeiten und Regulierungsabbau bietet, wird von uns abgelehnt. Abkommen, die keine Positivlisten für Regulierungen enthalten, sondern vielmehr den momentan auch von der EU-Kommission
- 150 vertretenen Ansatz der Negativlisten enthalten, sind für uns deshalb nicht zustimmungsfähig. Auch beim Verbraucherschutz, regionalen Herkunftsangaben oder Regulierungen für Produkte und Emissionen darf nicht aus den
- 155 Augen verloren werden, dass Regulierungen oft Schutzmechanismen sind, die sich wegen Fehlentwicklungen als notwendig erwiesen haben. Es gibt nach wie vor unklare Äußerungen darüber, welche europäischen

160 Standards erhalten bleiben werden und welche Regulierungsrechte staatlichem Handeln in der Zukunft noch offen stehen. Auch hier muss der Negativlisten-Ansatz durch einen Positivlisten-Ansatz ersetzt werden.

165 Ähnliches gilt für die Arbeitnehmer*innen-Rechte in den USA und Kanada, die fundamental anders geregelt sind als in der EU. So sind in den USA für Fragen des Streikrechts

170 die einzelnen Bundesstaaten zuständig, weshalb es zwischen ihnen erhebliche Unterschiede gibt, die durchaus größer sein können als die zwischen den 28 Mitgliedstaaten der EU. Aus diesem Grund haben die USA und

175 Kanada nur einen Teil der ILO-Kernarbeitsnormen unterzeichnet. Diese sind aber für uns Mindeststandards, an die sich unsere Handelspartner halten müssen. Freihandelsabkommen mit Ländern, die nicht

180 alle acht ILO-Kernarbeitsnormen anerkennen, führen zu einem Wettlauf nach unten in Bezug auf die Arbeitnehmer*innen-Rechte und sind für uns deshalb nicht zustimmungsfähig.

185 Auch bei der öffentlichen Daseinsvorsorge sind sowohl auf Grundlage des Verhandlungsmandats für TTIP als auch auf Grundlage des CETA-Rohtextes inakzeptable Verschlechterungen zu erwarten. Weder im

190 Verhandlungsmandat noch im CETA-Text findet sich eine eindeutige Definition dessen, was als öffentliche Daseinsvorsorge gilt. Die Entwicklung beim Begriff der Investition zeigt aber, dass ohne klare Definition der juristischen

195 Auslegung ein zu breiter Spielraum eingeräumt wird.

200 Der Hinweis darauf, dass die CETA- und TTIP-Regelungen nur die bereits seit dem 06.04.2014 gültigen GPA-Regeln (GPA: Government Procurement Agreement) für die kommunale Daseinsvorsorge festschreiben würden, ist irreführend, da dies nur für die explizit im Abkommen aufgeführten Bereiche

205 der Daseinsvorsorge gilt. Es ist im Übrigen noch zu früh um zu bewerten, ob das neugefasste GPA nicht negative Auswirkungen zeitigt, deren Festschreibung in weiteren Abkommen verhängnisvolle Folgen haben

210 könnte. Es bleibt leider dabei, nach dem jetzigen Stand können Öffentliche Leistungen – wie die Finanzierung des Gesundheitssystems – in Zukunft unter Druck kommen, wenn private Unternehmen Unterstützungsleistungen

215 einklagen können.

220 Dass die EU in beiden Fällen das bisher bei Fragen der Daseinsvorsorge angewandte Positivlisten-Prinzip aufgegeben hat, ist dabei besonders problematisch. Ein Abkommen, das den momentanen Regelungsstand festschreibt, und das in Zukunft jede Rücknahme von Liberalisierungen bzw. jede spätere Regulierung zu einem Vertragsbruch macht, 225 der Klagen und Schadensersatzforderungen nach sich zieht, wird von uns abgelehnt. Denn welche Folgen dies mit sich bringt, kann am Beispiel des NAFTA beobachtet werden. Auch hier ist deshalb ein Abkommen, das einen 230 Negativlisten-Ansatz enthält, das der Öffentlichen Hand die Entscheidung darüber, was Daseinsvorsorge ist, aus der Hand nimmt und das eine Ausweitung des Bereichs der öffentlichen Daseinsvorsorge für die Zukunft 235 unmöglich macht, ist für uns nicht zustimmungsfähig.

Der Streitfall Investor*innen-Schutz

240 Die erneute Verankerung von Sonderrechten für Investoren ist kaum geeignet, das Vertrauen der Bevölkerung in Demokratie und Rechtsstaat zu stärken. Die Erfahrungen, die im Rahmen des NAFTA mit dem Instrument der sogenannten Schiedsgerichte gemacht wurden, 245 stimmen nicht zuversichtlich. Es ist wahr, dass Deutschland Abkommen mit 130 Staaten unterhält, in denen Investorengerichtsbarkeit in unterschiedlichen Formen festgelegt ist. Es kann möglich sein, dass da wo ein verlässliches 250 Rechtssystem nicht besteht, auf dieses Rechtsinstrument zurück gegriffen werden muss, aber dieses Argument, das einmal an der Wiege der Schiedsgerichte in Freihandelsabkommen stand, gilt für das 255 Verhältnis zu den USA und Kanada absolut nicht. Es wäre zutiefst anti-amerikanisch zu unterstellen, die USA hätten keinen ausgebauten Rechtsstaat. Wir tun dies nicht! Da beide Staaten entwickelte Rechtssysteme 260 haben, gehen wir davon aus, dass in beiden Wirtschaftsräumen grundlegend Investitionen im Rahmen der geltenden Gesetze geschützt sind und deshalb Sonderschiedsgerichte nicht notwendig sind.

265 Schiedsgerichte mit ihren durchschnittlichen Kosten von 8 Mio. Euro, ihrem geheimen Verhandlungsablauf, ihrem Mangel an Berufungsinstanz und der extrem weiten

270 Definition dessen, was eine Investition
darstellt, können aus unserer Sicht nicht Teil
einer vernünftigen Handelsvereinbarung oder
der künftigen Gestaltung der Globalisierung
sein. Es muss in diesem Zusammenhang auch
275 geprüft werden, wie der Investitionsbegriff in
den von Deutschland bereits abgeschlossenen
Abkommen auf eine sachdienliche Definition
zurückgeführt werden kann. Nach heutigem
Stand sind CETA und TTIP mit den
280 diskutierten Schiedsgerichten geeignet, den
Rechtsstaat zu unterminieren, demokratische
Regulierungsmöglichkeiten abzubauen und das
Vertrauen der Menschen in den Grundsatz
auszuhöhlen, dass vor dem Gesetz alle gleich
285 sind. Deshalb halten wir jedes
Freihandelsabkommen, in dem eine
Investorenschutz-Schiedsgerichtsbarkeit
enthalten ist, zwischen Wirtschaftssystemen
mit entwickelten und durchsetzungsfähigen
290 Rechtssystemen für nicht zustimmungsfähig.

Die Gestaltung der Globalisierung

Immer wieder wird argumentiert, dass
Freihandelsabkommen mit den USA und
295 Kanada zur positiven Gestaltung der
Globalisierung und zur Wahrung des
ökonomischen und politischen Gewichts der
EU notwendig sei. Für uns kommt es aber nicht
in Frage, hierfür mit Demokratieabbau,
300 Sozialdumping, gefährdeten Standards bei
Umweltauflagen und Verbraucherschutz sowie
mit der Forcierung von Sonderrechten für
Investor*innen zu bezahlen. Wer westliche
Werte und ein soziales Wirtschaftsmodell
305 verteidigen will, wer die Globalisierung mit
einem Höchstmaß an sozialer
Fortschrittlichkeit gestalten will, kann dies
nicht durch einen Abbau entsprechender
Rechte bei sich selbst erreichen. Wir wollen
310 keine Globalisierung, bei der große
internationale Konzerne Gewinner auf Kosten
von Mensch und Natur sind. Es gibt bisher
keine Anzeichen dafür, dass ein
Freihandelsabkommen mit den USA oder
315 Kanada die globale Gesellschaft gerechter oder
umweltfreundlicher gestalten würde, weshalb
wir dieses Argument als das ablehnen, was es
in Wirklichkeit ist: nämlich billige Propaganda.

320 Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Sigmar Gabriel hat vor der Europawahl 2014,
gemeinsam mit Martin Schulz, erklärt, dass es
mit der SPD keine Handelsabkommen geben
werde, in denen eine Sondergerichtsbarkeit für

- 325 Investor*innen verankert wird, wo der Abbau
europäischer Sozial- und Umweltstandards
möglich ist und der Aushöhlung
demokratischer Prozesse Tür und Tor geöffnet
wird. Damit haben wir Wahlkampf gemacht,
330 auch deshalb wurden wir gewählt, und es
verbietet sich, hinter diese Eckpunkte zurück
zu fallen, wenn wir unsere Glaubwürdigkeit
nicht noch weiter aufs Spiel setzen wollen.
Wenn die CETA-Endfassung hält, was der
335 Roh-Text vermuten lässt, kann es keine
Zustimmung der SPD, ihrer Minister*innen
und der von ihr getragenen Bundesregierung zu
diesem Abkommen geben. Solange dieses
Abkommen Investoren-Sonderrechte,
340 Negativlisten und den Regulierungsrat enthält,
muss es aus unserer Sicht abgelehnt werden.
TTIP wird am gleichen Maßstab gemessen
werden müssen.
- 345 Wir fordern deshalb eine Abkehr von
bilateralen Freihandelsabkommen, deren
erklärtes und offensichtliches Ziel immer mehr
Liberalisierung auf Kosten der Umwelt und des
Allgemeinwohls ist. Vielmehr fordern wir eine
350 neue Europäische Handels- und
Investitionspolitik, die dazu beiträgt, globale
Ungerechtigkeit zu bekämpfen und die Umwelt
zu stärken. Die Ausbeutung der Staaten und
Menschen in der so genannten 'Dritten Welt'
355 muss bekämpft werden. Immer größerer
Preisdruck darf nicht dazu führen, dass immer
mehr Menschen keine Arbeit mehr haben, von
der sie leben können. Alle Menschen weltweit
müssen von sozialen, ökologischen und
360 wirtschaftlichen Fortschritten profitieren.
- Das Ziel muss eine Politik sein, die weniger
von Unternehmensinteressen als von den
Interessen der Menschen geleitet wird. Sie
365 muss demokratisch und transparent sein. Nach
allen bisherigen Erkenntnissen stehen TTIP
und CETA für das Gegenteil dieser Ideale.
- Grundlage einer solchen Kursänderung könnte
370 das so genannte Alternative Handelsmandat
unter <http://www.alternativetrademandate.org>
sein.

Antrag W 26

Bezirk Hessen-Süd

TTIP-Abkommen mit den USA

Das Abkommen zur Einrichtung

TTIP-Abkommen mit den USA

einer Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-

- 5 Transatlantischen Investition- und Handelspartnerschaft zwischen der USA und der EU ist mit Befürchtungen hinsichtlich der Aufweichung von sozialen Standards und der mangelnden Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie der Gefährdung von Verbraucherrechten verbunden.
- 10 Schon die Bezeichnung als „Freihandelsabkommen“ ist aus unserer Sicht irreführend, weil die bekannt werdenden Details zum Abkommen deutlich mehr sind als ein einfacher Abbau von Zöllen und
- 15 Mengenbegrenzungen. Die mit TTIP verbundenen optimistischen Wachstumsprognosen halten wir angesichts der genannten Zeiträume für sehr überschaubar. Daher stehen sie für uns in keinem Verhältnis zu den unklaren Risiken des Abkommens.
- 20
- 25 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen wir Befürchtungen ernst nehmen und ggf. widerlegen. Die Strategie der letzten Monate hat (ein weiteres Mal) dazu geführt, dass ein für unsere WählerInnen und GenossInnen wichtiges Thema, von anderen Parteien in ihrem Sinne belegt wurde.
- 30
- 35 Wir begrüßen die Ausführungen des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz, dass die Bereiche Verbraucherrechte, Gesundheits- und Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte u.a. durch das TTIP-Abkommen nicht berührt werden sollen. Dies unterstützen wir nachdrücklich.
- 40
- 45 Auch wir hegen stärkste Bedenken gegen die Klauseln zum Investitionsschutz und die damit einhergehenden Aufbau eines Parallelsystems durch Schiedsgerichte, dessen Urteile nicht auf rechtsstaatlichen Grundsätzen stehen, sondern einseitig die Interessen des Kapitals vertreten. Im Gegensatz zu klassischen Schiedsgerichtsverfahren, in denen Unternehmen gegen Unternehmen verhandeln, wird bei dem Investitionsschutzverfahren anders verhandelt: Ein Investor klagt gegen einen Staat, bzw. privatwirtschaftliche Verwertungsinteressen gegen politisches Anliegen.
- 50
- 55 Im jetzigen Stadium, muss die SPD auf allen Ebenen klarstellen und aktiv dafür eintreten,

dass Mitarbeit und Zustimmung der SPD an klare Voraussetzungen gebunden sind:

- 60 a) Die bestehenden europäischen und deutschen Standards dürfen nicht aufgeweicht werden. Dies heißt konkret: Ein Freihandelsabkommen darf zum Beispiel keine Hintertüren für die Einführung von
- 65 sogenanntem Hormonfleisch oder Klonfleisch oder von mit Chlor behandeltem Fleisch sein. Es darf keine Verschlechterung beim Datenschutz oder bei der
- 70 Kennzeichnungspflicht geben. Ein Abkommen zu Lasten von Verbrauchersicherheit findet nicht die Billigung der SPD.
- b) Es darf durch ein Freihandelsabkommen nicht zu Lohndumping oder zur Gefährdung von arbeitsrechtlichen oder
- 75 betriebsverfassungsrechtlichen Standards kommen. Die ILO-Kernarbeitsnormen müssen von allen Partnern anerkannt und verbindlich verabschiedet werden.
- c) Das Freihandelsabkommen darf die
- 80 Weiterentwicklung von nationalen und europäischen Standards nicht behindern.
- d) Es darf kein gesondertes Klagerecht von Unternehmen gegen Staaten geben: Die angedachten Schiedsgerichte sind höchst
- 85 intransparent. Zudem reicht oft allein die Androhung einer Klage, um Gesetzgebung zu verhindern oder zu verwässern. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Investoren aus den USA, die in der EU tätig sind, größere Rechte
- 90 eingeräumt werden, als sie europäischen Unternehmen gewährt sind.
- e) Ein Freihandelsabkommen darf keine Eingriffe (z.B. Privatisierungsverpflichtungen oder verpflichtend internationale
- 95 Ausschreibungen) in den öffentlichen Dienstleistungssektor oder in die kommunale Daseinsvorsorge zur Folge haben.
- f) Die konkreten Verhandlungen des Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) müssen als Chance nach dem NSA-Überwachungsskandal genutzt werden: Es
- 100 müssen klare Regeln für den Umgang mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger vereinbart werden. Wird dies nicht hinreichend sichergestellt, würde die EU ihren Bürgerinnen und Bürger, also auch den Bürgerinnen und
- 105 Bürgern Hessens schaden.
- g) Die Verhandlungen müssen nach dem Prinzip „Sicherheit vor Schnelligkeit“ geführt werden. Es besteht sonst die Gefahr, dass
- 110 wichtige Detailfragen undemokratisch

nachverhandelt werden. Vor Abschluss des Abkommens müssen alle Fragen detailliert und transparent geklärt werden.

- 115 h) Falls diese Voraussetzungen nicht herstellbar sind, fordern wir, die Verhandlungen abubrechen. Die oben genannten Maßstäbe müssen auch auf alle anderen in Verhandlung befindlichen
- 120 Abkommen wie das CETA (Kanada) Anwendung finden. Existierende Abkommen sind entsprechend nachzubessern. Dies gilt insbesondere für bestehende Abkommen, die Investitionsschutzklauseln beinhalten.
- 125 Abkommen zwischen entwickelten Demokratien müssen so neu gefasst werden, dass keine Investitionsschutzklauseln und außergerichtliche Schiedsverfahren mehr vorgesehen sind.
- 130 i) Zukünftige Freihandelsabkommen dürfen nicht zu Lasten von Entwicklungs- und Schwellenländern gehen und andere Staaten wirtschaftlich zurückwerfen. Vielmehr ist ein Weltfreihandelsabkommen anzustreben an dem alle teilhaben und in dem es keine Gewinne der Stärkeren zu Lasten der Schwächeren gibt.
- 135 Alle sozialdemokratischen Amts- und MandatsträgerInnen im Europäischen Parlament, Bundestag und Bundesregierung und Landtagen und Landesregierung sowie der SPD Parteivorstand werden aufgefordert, in diesem Sinne die Verhandlungen zu begleiten und zu führen auch dann wenn dies ein zwischenzeitlichen Scheitern der aktuellen
- 140 Verhandlungsrunde bedeutet.
- 145

Antrag W 27

Unterbezirk Kassel-Land (Bezirk Hessen-Nord)

Freihandelsabkommen

Die Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) polarisieren. Einerseits sind internationaler Handel und Verträge wichtig, andererseits muss Globalisierung Regeln

5 bekommen. Daher ist eine transparente und sachliche Debatte notwendig.

Beschluss:

- Alle Verhandlungen sind mit der größten möglichen Transparenz zu führen.
- 10 • Die auf dem Parteikonvent beschlossenen „roten Linien“ (https://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip-data.pdf) sind zwingend
- 15 einzuhalten. Vor einer Beschlussfassung

Freihandelsabkommen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- ist nach fertigen Verhandlungen erneut ein Parteikonvent einzuberufen.
- Keinesfalls dürfen demokratische Errungenschaften und der regulatorische Einfluss demokratischer Regierungen und Institutionen beschnitten werden.
 - Keinesfalls darf es eine weitere Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels geben, der die kommunale Daseinsvorsorge beschneidet.
 - Keinesfalls darf es eine Absenkung unserer hohen Verbraucher-, Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards geben.
 - Keine Einrichtung von Schiedsgerichten! Zwischen etablierten Rechtssystemen ist die Einrichtung von Schiedsgerichten nicht nötig. Ziel muss vielmehr die Einrichtung eines Handelsgerichtshofs sein anstelle privatwirtschaftlich-organisierter „Geheimerichte“.

Antrag W 28*Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)***Freihandelsabkommen CETA und TTIP**

Keine Zustimmung ohne Wahrung der sozialdemokratischen Positionen für Demokratie, Arbeitnehmer/innen-Rechte, Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, öffentliche Daseinsvorsorge und kulturelle Güter

- 1.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates werden, soweit sie darin einbezogen sind, die Verhandlungen und Beschlussfassungen über das Freihandelsabkommen TTIP unter der Maßgabe weiterführen, dass

- a) die im Beschluss des SPD-Parteikonvents am 20. September 2014 formulierten inhaltlichen Anforderungen an ein zustimmungsfähiges TTIP-Abkommen weiterhin verbindliche Geltung besitzen und eine Zustimmung zu einem Abkommen im Europäischen Parlament sowie von Seiten des Bundestages und der Bundesregierung nicht erteilt werden wird, wenn nicht insbesondere
- die Etablierung zusätzlicher Investorenschutzregelungen außerhalb der in den bestehenden europäischen und

Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- 30 nationalen Rechtsordnungen bereits enthaltenen weitgehenden Schutzbestimmungen unterbleibt, einschließlich zusätzlicher Staat-Investor-Schiedsgerichtsbarkeit;
- 35 • die Vereinheitlichung von Standards in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmer/innenrechte, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Datenschutz so erfolgt, dass weder in der EU und ihren Mitgliedsländern noch in den
- 40 USA Verschlechterungen aus Sicht von Arbeitnehmer/innen, Verbraucher/innen und Patient/innen resultieren;
- 45 • die öffentliche Daseinsvorsorge und die öffentlichen Dienstleistungen von den Vereinbarungen vollständig ausgenommen bleiben; (dazu gehören insbesondere die Wasserver- und entsorgung, Abfallentsorgung, Energieversorgung, Verkehrswesen, Wohnungswirtschaft,
- 50 Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser und Datenverarbeitung für hoheitliche Tätigkeiten)
- 55 • die kulturellen Dienstleistungen von den Vereinbarungen vollständig ausgenommen bleiben;
- 60 • die vollständige Transparenz der Verhandlungen erreicht und Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen und weitere zivilgesellschaftliche, nichtstaatliche und nicht kommerziellen Interessen verpflichtete Akteure in die Verhandlungen substantiell einbezogen werden.
- 65 b) die darüber hinausreichenden Empfehlungen, die im von Bernd Lange erstellten Entwurf einer Resolution (Bericht) des Europäischen Parlaments enthalten sind, ebenfalls verbindliche Grundlage der weiteren
- 70 Verhandlungen und ihres Ergebnisses werden.
- 75 2.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates werden, soweit es in ihrem Verantwortungsbereich liegt, die Ratifizierung und Inkraftsetzung des CETA-Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada so lange anhalten und aussetzen, bis
- 80 gewährleistet ist, dass im CETA-Abkommen die gleichen inhaltlichen Anforderungen eingehalten werden, wie sie unter 1) für das TTIP-Abkommen formuliert werden.

- 85 Außerdem werden sie dafür Sorge tragen, dass unverzüglich eine offizielle deutschsprachige Fassung des CETA-Vertragstextes veröffentlicht wird. Die SPD wird diesen Text in geeigneter Weise beraten und einen breit
- 90 getragenen, transparenten und an den konkreten vertraglichen Regelungen orientierten Diskussions- und Willensbildungsprozess hierzu durchführen.
- 95 3.) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates werden, soweit es in ihrem Verantwortungsbereich liegt, die Beteiligung
- 100 Deutschlands an der Aushandlung des multilateralen TISA-Abkommens (Trade in Services Agreement) anhalten. Die SPD wird umfassende Informationen zu diesem Abkommen veröffentlichen und eine breit
- 105 angelegte, transparente Willensbildung hierzu durchführen.

Antrag W 29

Kreisverband Lippe (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Freihandelsabkommen müssen den Menschen dienen

Der SPD Kreisvorstand Lippe begrüßt und bekräftigt den von der OWL-SPD initiierten Beschluss des Landesparteitages der NRWSPD vom September 2014 in dem es heißt:

5

"Die NRW-SPD spricht sich im Rahmen der diskutierten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) und den Vereinigten Staaten von Amerika (TTIP) gegen die Aufnahme von

10 Investitionsschutzklauseln aus, welche juristische Streitigkeiten zwischen Staaten und Unternehmen in die Hände privater, geheim tagender Schiedsstellen verlagern würden. Die SPD-Minister der Bundesregierung werden

15 dazu aufgefordert, die Ratifizierung der entsprechenden Verträge so lange abzulehnen, bis auf entsprechende Klauseln verzichtet wird. Die SPD geführte Landesregierung und die SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-

20 Westfalen werden dazu aufgefordert, ihren Einfluss zur Verhinderung von sogenannten Investor-Staat-Schiedsstellen zu nutzen, die es Konzernen ermöglichen würden, einen Staat vor einer geheim tagenden Schiedsstelle zu

Freihandelsabkommen müssen den Menschen dienen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 25 verklagen.
Bestehende Investorenschutzregelungen mit Staaten, die über ein entwickeltes Justizsystem verfügen, sind zurückzuführen."
- 30 Der Kreisvorstand bekräftigt seine Haltung, dass
1. Die Sozialstandards in allen Freihandelsabkommen nicht unterschritten werden dürfen.
- 35 2. Die europäischen Umweltstandards gesichert sein müssen.
3. Die Rechtsstaatlichkeit erhalten bleiben muss.
 4. Die Daseinsvorsorge der öffentlichen Hand
- 40 keinen Privatisierungszwängen unterworfen werden darf.

Antrag W 30

Ortsverein Bramfeld Nord (Landesorganisation Hamburg)

TTIP/CETA/TISA

- I. Der Beschluss des SPD-Konvents vom 20.9.2014 zum Freihandelsabkommen bleibt verbindliche Richtschnur für alle Ebenen der Partei. Das gilt insbesondere für die Aussage zu den Schiedsgerichten („... In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie Faire und Gerechte Behandlung“ oder „Indirekte Enteignung“ abzulehnen“ (Ziffer 8, Parteikonvent vom 20.9.2014).
- 5
- 10

TTIP/CETA/TISA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- II. Die Empfehlungen des zuständigen Berichterstatters des EU-Parlaments an die Europäische Kommission (Entwurf eines Berichts vom 5.2.2015) sind zu unterstützen, das betrifft insbesondere:
- 15

1. die Forderung nach mehr Transparenz, d.h. Veröffentlichung aller politische relevanten Verhandlungsgrundlagen vor Beratung in den Gremien,
 2. im Bereich der nicht-tarifären Handelshemmnisse Sicherung höchster Verbraucher-, Umwelt-, Sozial und Gesundheitsstandards,
 3. die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge wie Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, ÖPNV, Bildung und Kultur sind nicht verhandelbar.
 4. die Berücksichtigung der Interessen von Wirtschaftspartnern insbesondere in
- 20
- 25
- 30

- Entwicklungsländern,
 5. die Übernahme der Kernübereinkommen der
 35 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO –
 International Labour Organization),
 6. Verzicht auf außergerichtliche Investor-
 Staatsklage-Schiedsverfahren und
 7. Verzicht auf die Einrichtung eines
 40 Regulatorischen Rates und eines so genannten
 „Regulatorischen Mechanismus“ vor
 Verabschiedung von Gesetzen in der EU und
 den USA.
- 45 III. Den jüngst ins Gespräch gebrachten
 Vorschlag der Einrichtung eines
 Internationalen Gerichtshofs wird begrüßt.

Antrag W 31

Unterbezirk Landkreis Harburg (Bezirk Hannover)

TTIP, CETA nicht zustimmen

Die SPD wird den Freihandelsabkommen
 TTIP, CETA nicht zustimmen, wenn folgende
 Forderungen unberücksichtigt bleiben:

- 5 Investitionsschutz:
 Die Einrichtung von privaten
 Schiedskommissionen oder einer sonstigen
 Sondergerichtsbarkeit, die ausschließlich für
 Streitfälle aus den Abkommen zuständig ist,
 10 wird nicht in den Freihandelsabkommen
 verankert. Es ist zu vereinbaren, dass für
 juristische Auseinandersetzungen
 ausschließlich die nationalen Rechtswege
 zuständig sind. Staatlichen Organen,
 15 Bürgerinitiativen und Gewerkschaften sollen
 Klagerechte eingeräumt werden.

- Öffentliche Daseinsvorsorge
 Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht
 20 weiter dereguliert werden. Gesundheit,
 Bildung, Energie, Verkehr, Wasser müssen von
 weiteren Privatisierungen im Rahmen der
 Abkommen ausgenommen werden und für alle
 bezahlbar und zugänglich bleiben.

- 25 Kultur
 Es muss sichergestellt werden, dass die von der
 EU, nationalen Parlamenten und kommunalen
 Körperschaften beschlossenen
 30 Kulturförderungen (Film, Musik, Theater) nicht
 beeinträchtigt werden. Nordamerikanische
 Multis, Majors und Konzernen muss die
 Möglichkeit verwehrt werden, auf derartige
 Subventionen zuzugreifen.

TTIP, CETA nicht zustimmen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-
 Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen
 Parlament und Verweis auf den Beschluss des
 Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- 35 Staatliche oder öffentlich-rechtliche Kulturinstitutionen und Rundfunkanstalten dürfen durch die Abkommen nicht beeinträchtigt werden. Parafiskalische Abgaben wie die Rundfunkgebühren oder die
- 40 Filmabgabe dürfen nicht angetastet werden. Buchverlage und -handel sind mit der Buchpreisbindung, die den Erhalt der Verlagsvielfalt ermöglicht, dem Kulturvorhalt zuzuordnen. Für Deutschland muss das
- 45 deutsche Urheberrecht erhalten bleiben.

Ratifizierung

- Es ist sicherzustellen, dass es sich bei den Freihandelsabkommen um „gemischte
- 50 Abkommen“ handelt, denen neben dem EU-Parlament auch die nationalen Parlamente zustimmen müssen.

In Deutschland gewachsene Grundsätze wie

- 55 • das bestehende Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutzniveau
- herrschende Standards in sozialpolitischen und datenschutzrechtlichen Fragen
- 60 • die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer
- müssen in die Verhandlungen von TTIP und die Überarbeitung von CETA einfließen und abgesichert werden. Ansonsten wird sich die SPD dafür einsetzen, dass das
- 65 Verhandlungsmandat der Europäischen Union grundlegend umgearbeitet wird.

Antrag W 32

Ortsverein Wiesbaden-Nordenstadt (Bezirk Hessen-Süd)

Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP

Der kommende Parteikonvent zu TTIP, die SPD-Bundestagsfraktion und die Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament werden aufgefordert, dem

5 TTIP-Abkommen nur unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

1. keine Schieds- bzw. Streitverfahren außerhalb der geltenden verfassungsmäßigen
- 10 Rechtsordnung. Sofern erforderlich, sollte eine internationale Handelsgerichtbarkeit geschaffen werden,
2. keine Aushebelungsmöglichkeit der nationalen Gesetzes- und Ordnungsrechte,
- 15 auch nicht durch Schadenersatzdrohungen,

Transatlantic Trade and Investment Partnership - TTIP

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

3. die bestehenden europäischen und nationalen Arbeitsschutz-, Tarifvertrags-, Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und sonstigen Sozialstandards dürfen nicht abgesenkt werden,
- 20 4. die Bereiche "Daseinsvorsorge/ Gesundheitsvorsorge", also Wohnen, Trinkwasser, Krankenhäuser und freie Wohlfahrtspflege, werden nicht den Gesetzen
- 25 des Marktes unterworfen und sind vor zwangsweiser Privatisierung zu schützen.

Antrag W 33

Ortsverein Marl-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Freihandelsabkommen TTIP

Freihandelsabkommen können einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung der Globalisierung bewirken. Damit dies eintritt, müssen für die Verhandlungen zum Abkommen TTIP (Transatlantic Trade Investment Partnership) gelten:

- 5 Die Verhandlungen zur Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone mit den USA und das dazugehörige Abkommen TTIP sind öffentlich zu führen. Die Regierungen machen den Parlamenten und der Öffentlichkeit die Zwischenergebnisse zeitgleich öffentlich zugänglich.

- 15 Die EU-Kommission und die Bundesregierung stellen in dem Abkommen zur Bildung einer transatlantischen Freihandelszone sicher, dass die in langen Auseinandersetzungen erreichten europäischen Standards beibehalten werden. Bei Bedarf müssen sie weiter entwickelt werden können. Dies betrifft besonders

- 25 -die Sozialstandards
-die Arbeitnehmerrechte und den Verbraucherschutz
-gesundheits- und umweltpolitische Standards
-die Möglichkeiten der Kommunen zur Ausgestaltung der Daseinsvorsorge für die Bürger und Bürgerinnen (Schutz vor unerwünschten Privatisierungen und Öffnungsklauseln für Rekommunalisierungen).

- 35 Es dürfen keine Sonderklagerechte für Unternehmen und Verbände geschaffen werden, d.h. auch keine Investor-Staat-Schiedsverfahren. In- und ausländische Investitionen müssen gleich behandelt werden.

- 40 Streitfälle dürfen nur im Rahmen verfassungsmäßig verbriefter Rechte und des öffentlichen Rechtswesens behandelt werden.

Antrag W 34

Ortsverein Schäfflarn (Landesverband Bayern)

TTIP und CETA

1. Der mit Kanada ausgehandelte transatlantische Vertrag CETA ist aus den unter 3. genannten Gründen in der vorliegenden Form unakzeptabel.

5

2. Die SPD und alle ihre Bundesminister setzen sich dafür ein, dass die EU-Kommission ein neues Verhandlungsmandat für TTIP und CETA erhält.

10

3. Entsprechend den Erkenntnissen der Grundwertekommission beim Parteivorstand vom Januar 2015 soll dieses Verhandlungsmandat enthalten:

15

a) Eine Positivliste der zu regelnden Bereiche. Keine Erstreckung auf Bereiche der Daseinsvorsorge kommunaler Dienste, Gesundheitsvorsorge und Kunst..

20

Gewährleistung der Buchpreisbindung.

b) Verfahren zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten können nur vor staatlichen Gerichten geführt werden. Keine privaten Schiedsgerichte. Denkbar ist ein noch zu schaffender Internationaler Gerichtshof .

25

Investorenschutzklagen müssen auf die Frage beschränkt bleiben, ob ausländische Investoren gegenüber inländischen benachteiligt werden.

30

c) Die Arbeitsbedingungen auf beiden Seiten des Atlantiks müssen mindestens den Konventionen der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) entsprechen.

35

d) Die Zuständigkeit des „Rates für regulatorische Kooperation“ muss auf Technische Standards im engeren Sinne beschränkt bleiben. Soweit

40

Wertentscheidungen berührt werden, müssen demokratisch legitimierte Entscheidungen auf beiden Seiten des Atlantiks herbeigeführt werden; nur so können „Handelshemmnisse“ dieser Art harmonisiert werden.

45

4. Die weiteren Verhandlungen müssen transparent geführt werden. Die zuständigen Parlamente (der EU und der Mitgliedstaaten) müssen in den Verhandlungsprozess

TTIP und CETA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- eingebunden werden, insbesondere bei Vertragsinhalten für die es keine außenpolitische oder handelspolitische Kompetenz der EU gibt und die die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten einschränken.

Antrag W 35

Ortsverein Minden-Minderheide (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Forderungen zu TTIP/CETA

- Die SPD sieht die beabsichtigten Vereinbarungen der EU zum CETA- und TTIP-Abkommen kritisch. Vor allem wird bemängelt, dass die Verhandlungen in nicht öffentlichen Verhandlungsrunden geschehen. Demokratie geht anders.

Forderungen zu TTIP/CETA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- Die Hauptforderung an den Parteivorstand ist:
Zu beiden Abkommen, die Texte zeitnah in deutsch veröffentlichen! Außerdem muss eine öffentliche bzw. parteiöffentliche Diskussion jetzt beginnen, damit eine Willensbildung Sinn macht.
- Im speziellen müssen unter anderem folgende Punkte deutlich werden:
- keine Absenkung von Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards
 - keine Absenkung der kulturellen Standards
 - die Entscheidungsfreiheit regionaler Körperschaften über die öffentliche Daseinsvorsorge muss unberührt bleiben
 - Willensbildungsprozesse in den europäischen und nationalen Parlamenten und Regierungen dürfen weder direkt noch indirekt ein geschränkt werden
 - Investor-Staat-Schiedsverfahren werden abgelehnt
 - die Freihandelsabkommen dürfen nicht dazu führen, dass Mindeststandards eingeführt werden, sondern es ist darauf Wert zulegen, dass hohe Standards bestehen bleiben, sie dürfen nicht gefährdet werden.

Antrag W 36

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

JA zu einem fairen und nachhaltigen Handel – Stoppt TTIP, TISA und CETA!

Wir fordern die Abgeordneten im Ablehnung

JA zu einem fairen und nachhaltigen Handel – Stoppt TTIP, TISA und CETA!

5 Europarlament, im Bundestag und im Landtag von Nordrhein-Westfalen sowie die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung und in der Landesregierung von NRW auf:

- 10 1. sich für den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und TISA sowie vergleichbarer Verträge einzusetzen. Es macht keinen Sinn, auf Basis von Mandaten zu verhandeln, deren Kernpunkte aus sozialdemokratischer Sicht zu massiven
- 15 2. sich im Falle eines Abschlusses der Verhandlungen zu TTIP und TISA für eine Ablehnung der selbigen Verträge einzusetzen bzw. deren Ratifikation abzulehnen;
- 20 3. eine Ratifikation von CETA abzulehnen bzw. für dessen Ablehnung einzusetzen;
- 25 4. sich bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, die Europäische Bürgerinitiative "Stopp TTIP" zuzulassen;
- 30 5. sich für ein neues und transparentes Verhandlungsmandat einzusetzen, das zum Ziel hat, soziale und ökologische Mindeststandards für den Handel innerhalb der WTO oder mindestens zwischen Weltregionen zu etablieren. Besonderes Augenmerk soll dabei auf entwicklungsfördernde Abkommen mit
- 35 5. sich für ein neues und transparentes Verhandlungsmandat einzusetzen, das zum Ziel hat, soziale und ökologische Mindeststandards für den Handel innerhalb der WTO oder mindestens zwischen Weltregionen zu etablieren. Besonderes Augenmerk soll dabei auf entwicklungsfördernde Abkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern gelegt werden.

Antrag W 37

Ortsverein Weilheim Obb. (Landesverband Bayern)

Antrag zu den TTIP und CETA-Verhandlungen

- 5 1. Wir fordern die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments dazu auf, auf allen politischen Ebenen darauf hinzuwirken, dass die Verhandlungen zu den
- 10 1. Wir fordern die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments dazu auf, auf allen politischen Ebenen darauf hinzuwirken, dass die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen CETA (mit Kanada) und TTIP (mit den USA) unterbrochen werden (bzw. bleiben) bis in Deutschland und den weiteren Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein breiter gesellschaftlicher und politischer Dialog

Antrag zu den TTIP und CETA-Verhandlungen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

15 über die Inhalte der beiden genannten
Abkommen stattgefunden hat. Da dies nur
möglich ist, wenn alle Dokumente
öffentlich zugänglich sind, fordern wir alle
Abgeordneten auf, größtmögliche
Transparenz zu erzeugen und auf die
20 Veröffentlichung aller Dokumente
hinzuwirken.

2. Die Zustimmung zu CETA und TTIP darf
von den Abgeordneten der S&D-Fraktion
des Europäischen Parlaments nur dann
erteilt werden, wenn mindestens die
25 folgenden Anforderungen an beide
Abkommen gewährleistet sind:

a- „Investor-Staat-
Streitschlichtungsverfahren“ (ISDS), die es
Investoren ermöglichen, Regierungen vor
30 privaten Schiedsgerichten auf
Schadensersatz zu verklagen, dürfen nicht
Gegenstand der o.g. Abkommen werden.

b- Es darf zu keiner Absenkung von Sozial-,
35 Verbraucherschutz-, Lebensmittel-,
Datenschutz- und Umweltstandards
innerhalb der Europäischen Union
kommen. Die hohen europäischen
Standards müssen als Mindeststandards
40 erhalten bleiben.

c- Es darf zu keiner Verschlechterung der
Arbeitsmarktbedingungen kommen,
Arbeitnehmerrechte dürfen nicht angetastet
werden bzw. muss deren
45 Weiterentwicklung gewährleistet sein.

d- Die kommunale Daseinsvorsorge darf
nicht Gegenstand internationaler
Handelsabkommen sein.

e- Die Rechtsvorschriften zum Schutz und
zur Förderung kultureller und regionaler
50 Vielfalt müssen erhalten bleiben.

f- Es darf zu keiner Einschränkung der
Rechte gewählter Parlamente kommen.

Antrag W 38

Ortsverein Greifswald (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)

**Ja zu einem fairen und nachhaltigen
Handel - Stoppt TTIP, TISA und CETA**
Wir fordern die Abgeordneten in
Europarlament, Bundestag und Landtagen
sowie die sozialdemokratischen Vertreterinnen
und Vertreter in Bundesregierung und den
5 Landesregierungen auf:

**Ja zu einem fairen und nachhaltigen Handel -
Stoppt TTIP, TISA und CETA**
Ablehnung

- 10 1. sich für den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und TISA sowie vergleichbarer Verträge einzusetzen. Es macht keinen Sinn, auf Basis von Mandaten zu verhandeln, deren Kernpunkte aus sozialdemokratischer Sicht zu massiven Nachteilen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen in Deutschland führen und demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien grundlegend verletzen.
- 15
- 20 2. eine Ratifikation von CETA abzulehnen bzw. für dessen Ablehnung einzusetzen.
- 25 3. sich bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, die Europäische Bürgerinitiative "Stop TTIP" zuzulassen.
- 30 4. sich für ein neues und transparentes Verhandlungsmandat einzusetzen, das zum Ziel hat, soziale und ökologische Mindeststandards für den Handel innerhalb der WTO oder mindestens zwischen Weltregionen zu etablieren. Besonderes Augenmerk soll dabei auf entwicklungsfördernden Abkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern gelegt werden.

Antrag W 39*02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)***JA zu einem fairen und nachhaltigen Handel – Stoppt TTIP, TISA und CETA!**

Wir fordern die Abgeordneten im Europarlament, im Bundestag und im Abgeordnetenhaus von Berlin sowie die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung und im Senat von Berlin auf:

- 5
- 10 1. CETA abzulehnen;
- 15 2. sich für den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und TISA sowie vergleichbarer Verträge einzusetzen. Es macht keinen Sinn, auf Basis von Mandaten zu verhandeln, deren Kernpunkte aus sozialdemokratischer Sicht zu massiven Nachteilen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Kommunen führen und demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien grundlegend verletzen;

JA zu einem fairen und nachhaltigen Handel – Stoppt TTIP, TISA und CETA!

Ablehnung

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 20 3. sich im Falle eines Abschlusses der Verhandlungen zu TTIP und TISA für eine Ablehnung der selbigen Verträge einzusetzen bzw. deren Ratifikation abzulehnen;
- 25 4. sich bei der Europäischen Kommission dafür einzusetzen, die Europäische Bürgerinitiative "Stopp TTIP" zuzulassen;
- 30 5. sich für ein neues und transparentes Verhandlungsmandat einzusetzen, das zum Ziel hat, soziale und ökologische Mindeststandards für den Handel innerhalb der WTO oder mindestens zwischen Weltregionen zu etablieren. Besonderes Augenmerk soll dabei auf
- 35 entwicklungsfördernde Abkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern gelegt werden.

Antrag W 40

Gemeindeverband Habichtswald (Bezirk Hessen-Nord)

Die Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA werden mit sofortiger Wirkung gestoppt

Sie wurden bzw. werden unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit geheim geführt und dienen in erster Linie dem Interesse von Investoren und nicht der breiten Öffentlichkeit.

- 5 Es geht in weiten Bereichen weniger um den Abbau von Zöllen oder die Standardisierung von technischen Vorschriften sondern um sogenannte nichttariffähige Handelshemmnisse, zu denen unter anderem sozial- und umweltpolitische Vorschriften gehören.
- 10

Dabei sollen Konzernen die Möglichkeit eröffnet werden

- 15 • vor der Verabschiedung von Gesetzen bereits Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen zu können,
- 20 • vor privaten und geheim tagenden Schiedsgerichten Schadenersatz von Staaten zu erstreiten, wenn ihre Gewinnerwartungen durch Gesetze beeinträchtigt werden,
- 25 • Kommunen zu zwingen, auch im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Feuerwehr, Rettungsdienste, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Krankenhäuser, Schwimmbäder etc.) zu privatisieren,

Die Handelsabkommen CETA, TTIP und TiSA werden mit sofortiger Wirkung gestoppt

Ablehnung

- Rekommunalisierungen zu verbieten usw.

30

Darüber hinaus werden Umweltschutz-,
Tierschutzmaßnahmen oder

35

Kennzeichnungspflichten verhindert bzw.
durch mögliche Schadenersatzklagen so

35

sanktioniert, dass sie im vorausseilenden
Gehorsam gleich unterbleiben. Auch beim

40

Einsatz von Chemikalien z.B. in der
Kosmetikindustrie sollen die europäischen

40

Standards (der Nachweis der Unschädlichkeit
der Stoffe ist nachzuweisen) zugunsten der

amerikanischen Standards (der Einsatz wird
erst verboten, wenn die Schädlichkeit
nachgewiesen wird) aufgegeben werden.

45

Durch die bisher im Geheimen geführten
Verhandlungen, die, trotz gegenteiliger

50

Ankündigungen bis zum heutigen Tage immer
noch geheim sind, ist bereits soviel Vertrauen

50

verspielt worden, dass die Verträge nicht mehr
zu retten sind, sondern nur noch unter

größtmöglicher Offenheit und Transparenz von
Beginn an neu geführt werden müssen.

55

Daher wird der Parteikonvent aufgefordert, den
sofortigen Stopp der Verhandlungen zu

beschließen.

Antrag W 41

Bezirksverband Mittelfranken (Landesverband Bayern)

NEIN zu CETA, TTIP und TiSA

Wir begrüßen sehr, dass die Mitglieder der
S&D-Fraktion im EU-Parlament beschlossen

5

haben, dass sie dafür sorgen wollen, dass die
geplanten privaten Schiedsstellen weder im
Handelsabkommen mit den USA (TTIP)

Eingang finden, noch im Abkommenstext mit
Kanada (CETA) erhalten bleiben.

10

Wir teilen die Auffassung der Ex-
Ministerinnen Renate Schmidt und Herta

15

Däubler-Gmelin, dass nicht nur die rote Linie
der Schiedsgerichte, sondern zahlreiche rote

15

Linien überschritten sind, unsere Demokratie
und unser Rechtsstaat durch die Abkommen

gefährdet sind, und daher nicht nur die
Schiedsgerichte, sondern die Abkommen in
ihrer jetzigen Form abzulehnen sind.

20

Wir stimmen der Einschätzung der
„Grundwertekommission beim Parteivorstand

der SPD“ zu, dass die Weichenstellungen in

NEIN zu CETA, TTIP und TiSA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-
Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen

Parlament und Verweis auf den Beschluss des
Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

TTIP mit sozialdemokratischen Grundwerten und Grundüberzeugungen nicht vereinbar sind. Wir bestärken den Landesparteitag der SPD in Ansbach mit ihrem Beschluss: „Die Verträge dürfen nur einen Positivlistenansatz, keine regulatorischen Kooperationsräte, keine Schiedsgerichte, keine Sperrklinken-Klauseln und keine Stillstandsklausel enthalten.“ Wir fordern unsere Abgeordneten im EU-Parlament, im Bundestag und unsere sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesregierung und den Landesregierungen auf, Nein zu sagen, da die roten Linien nach wie vor überschritten sind! Die SPD wird alle verfassungsrechtlichen Maßnahmen ergreifen, um die Klauseln zum ISDS (Investor-State Dispute Settlement) und der regulatorischen Kooperation in den Abkommen CETA, TISA und TTIP zu verhindern. Wir fordern die Europaabgeordneten und Bundestagsabgeordneten der SPD auf, einem Abkommen, das Klauseln zur regulatorischen Kooperation und den ISDS enthält, nicht zuzustimmen. Wir beantragen zum Bezirksparteitag am 11.05.2015, zum Bundesparteikonvent am 20.06.2015 und zum Landesparteitag am 27./28.06.2015, dass der Bezirk Mittelfranken, die Bayern-SPD und die Bundes-SPD sich ebenfalls für ein eindeutiges Nein ausspricht.

Antrag W 42

Ortsverein Büchenbach (Landesverband Bayern)

NEIN zu CETA, TTIP und TiSA

Wir begrüßen sehr, dass die Mitglieder der S&D-Fraktion im EU-Parlament beschlossen haben, dass sie dafür sorgen wollen, dass die geplanten privaten Schiedsstellen weder im Handelsabkommen mit den USA (TTIP) Eingang finden, noch im Abkommenstext mit Kanada (CETA) erhalten bleiben.

Wir teilen die Auffassung der Ex-Ministerinnen Renate Schmidt und Herta Däubler-Gmelin, dass nicht nur die rote Linie der Schiedsgerichte, sondern zahlreiche rote Linien überschritten sind, unsere Demokratie und unser Rechtsstaat durch die Abkommen gefährdet sind, und daher nicht nur die Schiedsgerichte, sondern die Abkommen in ihrer jetzigen Form abzulehnen sind.

Wir stimmen der Einschätzung der

NEIN zu CETA, TTIP und TiSA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 20 „Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD“ zu, dass die Weichenstellungen in TTIP mit sozialdemokratischen Grundwerten und Grundüberzeugungen nicht vereinbar sind.
- 25 Wir bestärken den Landesparteitag der SPD in Ansbach mit ihrem Beschluss: „Die Verträge dürfen nur einen Positivlistenansatz, keine regulatorischen Kooperationsräte, keine Schiedsgerichte, keine Sperrklinken-Klauseln und keine Stillstandsklausel enthalten.“
- 30 Wir fordern unsere Abgeordneten im EU-Parlament, im Bundestag und unsere sozialdemokratischen Vertreter in der Bundesregierung und den Landesregierungen
- 35 auf, Nein zu sagen, da die roten Linien nach wie vor überschritten sind!

Antrag W 43

Ortsverein Helmstedt (Bezirk Braunschweig)

TTIP und CETA nur ohne Investor-Staat-Schiedsverfahren

- SPD, SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, an der Beschlüssen des SPD Parteikonvents vom
- 5 20.09.2014 zu den geplanten Handelsverträgen CETA und TTIP festzuhalten und genannten Verträgen nur unter dem auf dem Parteikonvent festgelegten Bedingungen insbesondere der kategorischen Ablehnung privater
- 10 Schiedsgerichte, der Ablehnung eines Regulierungsrates zur regulatorischen Kooperation der Einfügung einer Kündigungsklausel und dem Festhalten an den ILO-Kernarbeitsnormen, zuzustimmen.

TTIP und CETA nur ohne Investor-Staat-Schiedsverfahren

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

Antrag W 44

Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)

Aussetzen der Verhandlungen zu TTIP

- Die SPD fordert den Parteikonvent dazu auf, auf eine Aussetzung der Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) hinzuwirken, so lange nicht alle Verhandlungsdokumente offen gelegt sind.
- 5

Aussetzen der Verhandlungen zu TTIP

Ablehnung

Antrag W 45*Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)***Keine Kompromisse bei der Investitionsschutzklausel (TISA)**

Die SPD begrüßt den folgenden Beschluss des SPD-Parteikonvents bezüglich der Investitionsschutzklausel vom 20. September 2014 ausdrücklich:

5

„Prinzipiell ist auszuschließen, dass das demokratische Recht, Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen zu schaffen, gefährdet, ausgehebelt oder umgangen wird oder dass ein Marktzugang, der solchen Regeln widerspricht, einklagbar wird. Die Fähigkeit von Parlamenten und Regierungen, Gesetze und Regeln zum Schutz und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger zu erlassen, darf auch nicht durch die Schaffung eines ‚Regulierungsrates‘ im Kontext regulatorischer Kooperation oder durch weitgehende Investitionsschutzvorschriften erschwert werden.

20

Investitionsschutzvorschriften sind in einem Abkommen zwischen den USA und der EU grundsätzlich nicht erforderlich und sollten nicht mit TTIP eingeführt werden. In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie ‚faire und gerechte Behandlung‘ oder ‚indirekte Enteignung‘ abzulehnen.“

25

Wir fordern, dass dieser Beschluss als Mindestforderung in gleicher Weise auch auf das TISA-Abkommen anzuwenden ist.

30

Keine Kompromisse bei der Investitionsschutzklausel (TISA)

erledigt durch Annahme W46 und Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

Antrag W 46*02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)***TISA**

Der Parteikonvent der SPD möge beschließen, Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlamentes, des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger umgehend umfassend und vollständig über die Verhandlungen über das geplante TISA-Abkommen (Trade in Services Agreement) sowie die jeweilige Position der Bundesregierung informiert werden. Alle

5

10

TISA

Annahme in geänderter Fassung Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlamentes, des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger umgehend umfassend und vollständig über die Verhandlungen über das geplante TISA-Abkommen (Trade in Services Agreement) sowie die jeweilige Position der Bundesregierung informiert werden. Alle

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

| | |
|---|--|
| | maßgeblichen Verhandlungsdokumente sind online zu veröffentlichen. |
| <p>15 Wir fordern alle sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments dazu auf, TISA nicht zuzustimmen, wenn die Verhandlungen nicht unverzüglich öffentlich gemacht werden und wenn Abgeordneten und Öffentlichkeit keine Möglichkeit gegeben wird, bereits vor Abschluss der Verhandlungen auf wesentliche Fragen Einfluss zu nehmen. Sofern dies nicht geschieht, sind die Verhandlungen abubrechen.</p> <p>20</p> <p>25</p> | <p>maßgeblichen Verhandlungsdokumente sind online zu veröffentlichen.</p> <p>[...]</p> |
| <p>30 Darüber hinaus fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlamentes, des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Abkommen den Staaten nicht vorschreibt, welche Aufgaben sie im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst anbieten bzw. durchführen wollen. Das Abkommen darf bestehende Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht in Frage stellen und muss die Wahrnehmung weiterer Aufgaben ermöglichen. Politische Entscheidungen wie Privatisierungen müssen im demokratischen Prozess rückgängig gemacht werden können. Daraus allein dürfen auch keine auf das Abkommen gestützte Schadenersatzverpflichtungen des Staates resultieren.</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> | <p>Darüber hinaus fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder des Europäischen Parlamentes, des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Abkommen den Staaten nicht vorschreibt, welche Aufgaben sie im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge selbst anbieten bzw. durchführen wollen. Das Abkommen darf bestehende Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht in Frage stellen und muss die Wahrnehmung weiterer Aufgaben ermöglichen. Politische Entscheidungen wie Privatisierungen müssen im demokratischen Prozess rückgängig gemacht werden können. Daraus allein dürfen auch keine auf das Abkommen gestützte Schadenersatzverpflichtungen des Staates resultieren.</p> |

Antrag W 47

040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin)

| | |
|---|---|
| <p>CETA demokratisch ausgestalten Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und die sozialdemokratischen Mitglieder der EU-Kommission werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass:</p> <p>5 - der Beschluss des Parteikonvents vom 20. September 2014 voll inhaltlich auch auf CETA Anwendung findet.</p> <p>10 Darüber hinaus sind Änderungen in folgenden Bereichen zwingend erforderlich:</p> | <p>CETA demokratisch ausgestalten Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014</p> |
|---|---|

Investitionsschutz

Mit Investitionen sind nicht nur Rechte,

15 sondern auch Pflichten verbunden.
Die Gewinnerwartungen von Unternehmen zu
schützen, darf nicht dazu führen, dass nationale
Gesetze ausgehebelt werden.
20 Finanzmarktgeschäfte sind keine regulären
Investitionen – das muss im Abkommen
klargestellt werden.

Streitbeilegungsverfahren

25 Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) lehnen
wir ab. Der Investitionsschutz in CETA muss
von öffentlichen Gerichten ausgelegt werden,
die dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Das
öffentliche Rechtssprechungsmonopol muss
gewahrt werden.

30

Regulatorische Zusammenarbeit

Die geplante regulatorische Zusammenarbeit
darf demokratische Gesetzgebungsprozesse
nicht behindern. Ihr Ziel muss die Sicherung
35 der jeweils höchsten Standards sein.
Regulierungsrückschritte darf es nicht geben.

Sozialstandards und Vorsorgeprinzip

40 Das Abkommen muss die Einhaltung und
Umsetzung von Sozial- und
Nachhaltigkeitsstandards verbindlich
festschreiben. Das gilt insbesondere für die
ILO-Kernarbeitsnormen, um einseitige
45 Wettbewerbsvorteile zulasten guter
Arbeitsbedingungen zu verhindern. Außerdem
müssen sich europäische Verbraucher auf die
Prüfung von Produkten verlassen können,
bevor sie zum Verkauf zugelassen werden
(Vorsorgeprinzip).

50

Dienstleistungssektor

Nur Dienstleistungen, die dafür ausdrücklich
vorgesehen sind, dürfen liberalisiert werden
(Positivlistenansatz). So kann auch in Zukunft
55 entschieden werden, bestimmte Bereiche nicht
zu liberalisieren. Den im Entwurf vorgesehenen
Negativlistenansatz lehnen wir ab. Auf keinen
Fall darf das Abkommen die Re-
Kommunalisierung von Bereichen öffentlicher
60 Daseinsvorsorge verhindern.

Beteiligung /Abstimmung

Die Abstimmung der nationalen Parlamente
über den fertigen CETA-Vertragstext ist,
65 sowohl aus politischen als auch aus rechtlichen
Gesichtspunkten, zwingend erforderlich. Die
Auffassung, dass es sich bei CETA um ein
gemischtes Abkommen handelt und somit in
Deutschland der Bundestag und auch der

- 70 Bundesrat zu beteiligen sind wird geteilt. Das Abkommen muss daher in allen EU-Mitgliedstaaten nach den jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden, **sonst kann es insgesamt nicht in Kraft treten.**
- 75 **Kraft treten.**

Da es nach Art. 218 AEUV Absatz 5 möglich ist, Abkommen vorläufig und mit entsprechendem Bestandsschutz anzuwenden, sollte klar sein, dass ein ablehnendes Votum im Ratifikationsprozess nicht folgenlos bleiben darf.

- 80

Antrag W 48

040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin)

TiSA verhindern!

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und die sozialdemokratischen Mitglieder der EU-Kommission werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

- die Verhandlungen zu TiSA schnellstmöglich abgebrochen werden!

- 5

TiSA verhindern!

Ablehnung

Antrag W 49

040 Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf (Landesverband Berlin)

TTIP stoppen, wenn das Freihandelsabkommen nicht dem Wohl der Allgemeinheit dient!

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion, die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament und die sozialdemokratischen Mitglieder der EU-Kommission werden aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass

- 5

TTIP stoppen, wenn das Freihandelsabkommen nicht dem Wohl der Allgemeinheit dient!

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- 10
- **TTIP abgelehnt wird**, wenn die Forderung „möglichst fortschrittliche arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards in den bilateralen und internationalen Handelsbeziehungen zu verankern“ nicht nachweislich erfolgt. (SPD Bundesparteitag vom 26. Januar 2014)
- 15
- Der Beschluss des **Parteikonvents vom 20. September 2014** voll inhaltlich umgesetzt wird.
 - verhindert wird, dass TTIP in einem

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 20 intransparenten und undemokratischen
Verfahrens u.a.:
- zur Absenkung der sozialen und arbeitsrechtlichen Standards führt;
 - die im Abkommen vorgesehene
- 25 Schiedsgerichtsbarkeit über die staatliche
Gerichtsbarkeit stellt und damit den
demokratischen Rechtsstaat aushöhlt;
- Sonderrechte für Großkonzerne an nationalstaatlichem Recht vorbei gelten;
- 30 - die Türe zur Privatisierung öffentlicher Güter
wie Wasser und öffentlicher Einrichtungen des
Gesundheits- und Bildungswesens öffnet;
- durch Aufweichung des Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit die Gesundheit
- 35 der Bevölkerung gefährdet;
- die Einfuhr ungekennzeichneter, gentechnisch veränderter Lebensmittel ermöglicht;
 - durch Privilegierung der transnationalen Agrarkonzerne zur Zerstörung der bäuerlichen
- 40 Landwirtschaft führt;
- Kultur, Bildung und Wissenschaft durch rigorose Urheberrechtsbestimmungen privaten Geschäfts- und Gewinninteressen ausgeliefert wird.

Antrag W 50

Unterbezirk Diepholz (Bezirk Hannover)

Freihandelsabkommen TISA TTIP

Der Parteikonvent möge beschließen:
Der Unterbezirksparteitag des UB-Diepholz beschließt, bei den aktuellen Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP und dem

5 Abkommen über Dienstleistungen TiSA den
Niedersächsischen Landtag und die
Landesregierung aufzufordern, gegenüber dem
Bundestag und der Bundesregierung darauf
hinzuwirken, dass die notwendige

10 Entscheidungsfreiheit unserer Kommunen
besonders im Bereich der Daseinsvorsorge
nicht angetastet wird.

Freihandelsabkommen TISA TTIP

erledigt durch Annahme W46 und Beschluss des
Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

Antrag W 51

Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

**Rote Linie für Freihandelsabkommen – Rote Linie für Freihandelsabkommen –
Anforderungen konsequent durchsetzen Anforderungen konsequent durchsetzen**

1. Die vom Parteikonvent am 20.09.2014 (überwiesenen Anforderungen) an die
Freihandelsgespräche müssen für die SPD
für alle Freihandelsabkommen die rote
- Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-
Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen
Parlament und Verweis auf den Beschluss des
Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 5 Linie darstellen, hinter die wir nicht zurückfallen. Sollten nicht alle Anforderungen erfüllt sein, stimmen SPD Mitglieder den Freihandelsabkommen in den entsprechenden Gremien nicht zu.
- 10 2. Es ist unbedingt erforderlich, eine Positivliste aufzustellen, welche Branchen durch die Freihandelsabkommen erfasst werden. Ohne eine Positivliste sind die Abkommen für Sozialdemokrat*innen
- 15 nicht zustimmungsfähig

Antrag W 52

Ortsverein Mainz-Bretzenheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)

Resolution zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), zum Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und zum Dienstleistungsabkommen (TISA)

Der SPD-Ortsverein Mainz-Bretzenheim hat im Grundsatz keine Einwände gegen den Abschluss von Freihandelsabkommen. Diese können in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas mit den Vereinigten Staaten der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands dienlich sein.

- 5

Das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), das sich in Verhandlung befindliche Transatlantische Abkommen mit den USA (TTIP) und das sich ebenfalls in Verhandlung befindliche internationale Dienstleistungsabkommen (TISA) lassen jedoch befürchten, dass damit wesentliche Standards der kommunalen Selbstverwaltung, der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-, Sport- und Bildungspolitik sowie faire Löhne und hohe Arbeits- und Umweltstandards ausgesetzt werden.

- 10
- 15
- 20

Die weiterhin intransparente Verhandlungspraxis trotz millionenfachen Protestes lässt befürchten, dass die Gefahr einer Untergrabung demokratischer Standards in den europäischen Demokratien besteht. Insbesondere die von den USA anvisierten Investitionsschutzregelungen durch Schiedsgerichte lassen in dieser Hinsicht das Schlimmste befürchten. Trotz gegenteiliger Behauptungen sind sie offensichtlich nicht vom Tisch.

- 25
- 30

Resolution zum Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), zum Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) und zum Dienstleistungsabkommen (TISA)

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- 35 Wir fordern deshalb die oben genannten
Parteigremien auf, sich an
- die Kommission der Europäischen Union
 - das Parlament der Europäischen Union
- 40
- die Bundesregierung
 - den Bundesrat
 - die Landesregierung des Landes Rheinland
Pfalz
- zu wenden, um sich im Zuge der
Verhandlungen uneingeschränkt für die
45 Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung,
den Schutz und Fortbestand der kommunalen
Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur-
und Bildungspolitik einzusetzen. Nicht nur das
europäische Parlament, sondern insbesondere
50 die Parlamente der 28 EUMitgliedsstaaten
sollen in den Ratifizierungsvertrag des
Freihandelsabkommen einbezogen werden, da
es sich bei TTIP und CETA um sogenannte
gemischte Abkommen handelt, demnach um
55 Abkommen, deren Inhalt über die
Kompetenzen der EU hinausgeht.

Antrag W 53

Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

TTIP und CETA: „Ja zu einem fairen und nachhaltigen Handel, aber nicht zu jedem Preis!“

Die Abgeordneten der S&D Fraktion im Europäischen Parlament, sowie die Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die

- 5 Freihandelsabkommen CETA und TTIP abzulehnen, wenn folgende Mindestanforderungen nicht erfüllt sind:
1. Die Verhandlungen dürfen die Errungenschaften der Europäischen Union im Bereich der Sozial-, Arbeits-, Umwelt-, Agrar-, Lebensmittel- und Gesundheitsstandards nicht in Frage stellen. Im Gegenteil: Die hohen Schutzniveaus für Verbraucher, Umwelt und Arbeit müssen erhalten bleiben. Wir fordern zudem beide Vertragspartner auf, sich zu verpflichten, insbesondere die ILO-Kernarbeitsnormen und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen zu beachten und umzusetzen. Die Einhaltung von Arbeit- und Sozialstandards muss in Konfliktfällen wirkungsvoll sichergestellt sein. Zudem fordern wir, dass in keinem Fall das Recht der Mitbestimmung, der Betriebsverfassung und

TTIP und CETA: „Ja zu einem fairen und nachhaltigen Handel, aber nicht zu jedem Preis!“

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

25 der Tarifaufonomie oder andere Schutzrechte für ArbeitnehmerInnen, die Umwelt und VerbraucherInnen als 'nicht-tarifäre Handelshemmnisse' interpretiert werden dürfen.

30 Dasselbe gilt für die europäischen Niveaus von Verbraucherrechten und Datenschutzstandards. Keine nationalen oder europäischen Vorschriften bezüglich der Sozial-, Arbeits-Umwelt-, Agrar-, Lebensmittel-, Gesundheits- und Datenschutzstandards innerhalb der Freihandelsabkommen dürfen außer Kraft gesetzt werden.

35 Zudem fordern wir im Bereich des Verbraucherschutzes eine Beibehaltung des Vorsorgeprinzips, welches lange Regulationstraditionen innerhalb der Europäischen Union hat. Wir stehen dazu, dass Produzenten vor Markteinführung nachweisen müssen, dass ihre Produkte den Konsumenten nicht schaden. Solche Marktzugangsregularien gilt es weiter als europäische Standards zu definieren.

50 2. Die Öffentliche Daseinsvorsorge muss erhalten und ausbaubar bleiben. Der besondere Status öffentlicher Dienstleistungen, z.B. in der Wasserversorgung, im Gesundheits-, Verkehrs- oder Bildungswesen ist in den EU-Verträgen fest verankert. Je nach Ausgestaltung und Wortlaut des Abkommens könnten Teile der kommunalen Daseinsvorsorge unter den Anwendungsbereich der Handels- und Investitionspartnerschaft fallen. Eine Marktzugangsverpflichtung könnte dazu führen, dass neben den kommunalen auch private Unternehmen die Daseinsvorsorgeaufgaben wahrnehmen können müssen und Rechtsform einschränkungen für die Erbringung nicht zulässig wären.

70 3. Eine Aufnahme von Investitionsschutzklauseln, in deren Rahmen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren mit Sonderklagerechten (ISDS) für Investoren vor außergerichtlichen Schiedsgremien festgeschrieben werden, ist grundsätzlich abzulehnen. Sowohl die Mitgliedstaaten der Europäischen Union als auch die USA verfügen über voll umfänglich funktionierende Rechtssysteme, die demokratisch legitimiert sind. Diese sind völlig ausreichend, um die Interessen von Investoren im Rahmen der

geltenden Rechtsordnung zu schützen.

80

Wir fordern zudem auf, sicherzustellen, dass ausländische InvestorInnen

85

diskriminierungsfrei behandelt werden und eine faire Chance haben, bei Missständen Abhilfe zu verlangen und zu erhalten, ohne dass sie dabei über größere Rechte als inländische InvestorInnen verfügen, und die Aufnahme von Mechanismen zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten in die TTIP/CETA

90

abzulehnen, da andere Möglichkeiten zur Durchsetzung des Investitionsschutzes - beispielsweise innerstaatliche Rechtsmittel - zur Verfügung stehen. Zudem müssen alle rechtlichen- und juristischen

95

Rahmenbedingungen unmittelbar in den Abkommen selbst manifestiert werden.

Separate Abkommen, wie nun im Rahmen der TTIP-Verhandlungen vorgesehen, zu

100

InvestorInnen-Staats-Streitigkeiten lehnen wir ab, da sie für uns ein elementarer Bestandteil für die Abkommen sind.

4. Die Gestaltungshoheit der staatlichen und der regionalen Gebietskörperschaften in Europa

105

darf durch das Ergebnis der TTIP- und CETA-Verhandlungen nicht eingeschränkt werden. Sogenannte Ratchet – und Stillhalteklauseln dürfen nicht zwangsläufig den höchsten Deregulierungsstandard

110

und Liberalisierungsgrad als unveränderbaren Status festlegen und oder erzwingen.

Deregulierungen und Liberalisierungen bei Dienstleistern, Versorgern und verwandten Bereichen müssen jederzeit rückgängig

115

gemacht werden können. Deshalb ist genau darauf zu achten, wie die Ratchetklauseln

formuliert sind. Ratchetklauseln, die immer den höchsten Liberalisierungsgrad festlegen und

unumkehrbar machen, sind deshalb abzulehnen. In diesem Sinn müssen

120

geschlossene Abkommen auch ein Kapitel über Evaluationsmöglichkeiten getroffener

Regelungen beibehalten, die die Möglichkeit bieten, Vertragsteile in Zukunft nachzubessern.

125

Hierzu gehört für uns auch die Möglichkeit einer Ausstiegsklausel. Diese Abkommen

müssen in kurzen Fristen aufkündbar sein.

Wir wollen keine freihandelspolitischen Entscheidungen für die Ewigkeit treffen,

130

sondern sind überzeugt, dass wir in Zukunft auch zu anderen Einschätzungen kommen

können, denen vorher getroffene Abkommen im Wege stehen könnten.

135 5. Regelungen, die eine Zustimmung des
Vertragspartners vorsehen oder eine
Kommission einsetzen, die zukünftige
Gesetzgebungen auf Vereinbarkeit mit den
Abkommen prüfen, sind als Eingriff in die
140 Souveränität der demokratisch legitimierten
Legislative abzulehnen!

6. Die bisherigen Verträge der EU beinhalten
immer einen sogenannten Positivlistenansatz.
145 Deshalb ist bei CETA und auch bei TTIP eine
Rückkehr zum Positivlistenansatz zwingend
geboten. Ein Negativlistenansatz ist zwingend
abzulehnen.

150 Sind die genannten Mindestbedingungen
erfüllt, muss in einem weitergehenden
innerparteilichen, für die Mitglieder der SPD
und die politische Öffentlichkeit transparenten
Diskussionsprozess auf Grundlage der
155 Verhandlungsergebnisse über die Annahme
oder Nichtannahme der jeweiligen Abkommen
beraten werden.

Desweiteren fordert die Gelsenkirchener SPD:
160 Die weiteren Verhandlungen zum TTIP-
Abkommen müssen transparenter gestaltet
werden. Zwar ist es zu begrüßen, dass die EU-
Kommission inzwischen das
Verhandlungsmandat veröffentlicht hat. Dies
165 geschah aber auch erst auf zunehmenden
öffentlichen Druck und erst nachdem bereits
Teile des Mandats an die Öffentlichkeit
gerieten. Notwendig ist deshalb eine
transparente Verhandlungsführung der
170 Europäischen Kommission, die es sowohl den
von den weitreichenden Folgen des
Abkommens betroffenen
Gebietskörperschaften als auch der
Zivilgesellschaft erlaubt, ihre Interessen und
175 Forderungen in den Verhandlungsprozess
einzubringen. Die SPD-Abgeordneten auf allen
Ebenen müssen mit dafür Sorge tragen, dass
ein solch breiter gesellschaftlicher Diskurs
möglich wird. Nur so kann Misstrauen
180 abgebaut und eine sachliche Diskussion geführt
werden.

Die vorgenannten Mindestbedingungen und
Transparenzanforderungen müssen zudem
185 zwingend auch für andere noch zu
verhandelnde oder bereits in Verhandlung
befindliche Handelsabkommen gelten.

Antrag W 54*Ortsverein Rödermark (Bezirk Hessen-Süd)***Freihandelsabkommen (TTIP)**

Der Konvent und der SPD-Bundesparteitag werden aufgefordert, zu beschließen und darauf hinzuwirken, das die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP sofort gestoppt werden.

5

Freihandelsabkommen (TTIP)

Ablehnung

Antrag W 55*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)***Ja zu einem fairen und nachhaltigen Handel - Nein zu TTIP, CETA und TISA**

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, das bereits verhandelte europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (CETA) nicht zu ratifizieren, solange das Kapitel Investorenschutz enthalten ist.

5

Ja zu einem fairen und nachhaltigen Handel - Nein zu TTIP, CETA und TISA

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, den noch in der Verhandlungsphase befindlichen transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP und TISA) NICHT zuzustimmen, wenn dadurch

10

15

- die öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung,
- die Menschenrechte
- die Sozial- und Umweltstandards
- die Arbeitnehmerrechte
- der Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit
- das öffentliche Gesundheitswesen
- die Zuständigkeit für den ÖPNV
- das Beschaffungswesen in der öffentlichen Hand
- die Zuständigkeiten der regionalen Gebietskörperschaften für kulturelle und regionale Vielfalt angetastet werden und wenn

20

25

30

- eigenständige Regulierungsbehörden mit Hoheitsbefugnissen geschaffen werden,
- in den Abkommen ein Klagerecht von Investoren gegen Staaten vor privaten Schiedsgerichten (ISDS) enthalten ist und
- die Kontrolle des Bundesverfassungsgerichtes ausgehöhlt wird.

35

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

40 Die SPD-Bundestagsfraktion und Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden aufgefordert, sich bei den Verhandlungen zu TTIP und CETA strikt an die Beschlusslage des Parteikonvents vom 20. September 2014 zu halten.

Wir fordern für die laufenden Verhandlungen und für Verhandlungen über vergleichbare Abkommen in der Zukunft die Gewährleistung eines Höchstmaßes an Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie die verantwortliche Einbeziehung der gewählten Parlamente auf allen Ebenen.

Antrag W 56

Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)

TTIP u.a.

Ja zu einem fairen und nachhaltigen Handel – Stoppt TTIP, TiSA und CETA! – Mit der SPD keine Aufweichung unserer Standards!

5 Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europaparlament, im Bundestag sowie in den Landtagen und ebenso die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in der Bundesregierung und in den Landesregierungen auf:

- Der Beschluss des Parteikonvents vom 20.09.2014 ist die Grundlage von Freihandelsabkommen und ist ohne Abstriche einzuhalten und umzusetzen.

- sich für ein neues, transparentes und demokratischen Anforderungen genügendes Verhandlungsmandat einzusetzen, das zum Ziel hat, soziale und ökologische Mindeststandards für den Handel innerhalb der WTO oder mindestens zwischen Weltregionen zu etablieren. Besonderes Augenmerk soll dabei auf entwicklungsfördernden Abkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern gelegt werden.

TTIP u.a.

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

Antrag W 57

Ortsverein Sand am Main (Landesverband Bayern)

Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen

Der SPD Parteikonvent fordert die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mit-

Stopp der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen

Ablehnung

- 5 gliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.
- 10 Der SPD Parteikonvent fordert seine Mandatsträger auf, in den jeweiligen Gremien entsprechende Initiativen zu entwickeln und zu unterstützen.
- 15 Mit diesem Freihandelsabkommen sollen nicht nur Zölle (die im übrigen gar nicht sonderlich hoch sind) abgebaut, sondern vor allem unterschiedliche Standards als Handelshemmnisse beseitigt und zwischen den
20 USA und der EU angeglichen werden. Mit diesen Regulierungsbestrebungen wird das Freihandelsabkommen tief in die Grundlagen unserer Gesellschaft und ihre künftige Entwicklung hineinwirken.
- 25 Politik und vor allem Kreise der Wirtschaft diesseits und jenseits des Atlantiks streben dieses Freihandelsabkommen vehement an. Die Verhandlungen erfolgen bislang hinter
30 verschlossenen Türen und werden offenkundig unter immensem Zeitdruck vorangetrieben. Die Vorgehensweise verletzt unser Verständnis einer demokratischen Gesellschaft.
- 35 So wollen die EU und die USA ihre jeweiligen Standards in, nicht handelspolitischen Bereichen vereinheitlichen. Diese angestrebte ‚Harmonisierung‘ orientiert sich erwartungsgemäß an den Interessen der Konzerne
40 und Investoren. Werden deren Standards nicht erfüllt, können zeitlich unbegrenzte Handelssanktionen verhängt werden. Oder es können auch Entschädigungen für die Unternehmen fällig werden.
- 45 Der SPD-Parteikonvent sieht als weitere Risiken des Freihandelsabkommens: Absenkung der europäischen Verbraucherschutz- und Gesundheitsstandards;
50 Gefährdung der bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft; Öffnung für die Agrotechnik; Abbau sozialer Standards sowie Absenkung von Klima- und Umweltschutzauflagen; neue Privatisierungswellen in
55 Bereichen der Daseinsvorsorge; weitere Deregulierungen des Finanzsektors; etc.

60 Aus Erfahrungen mit früheren
Freihandelsabkommen und Liberalisierungen
sowie aus dem, was über das gegenwärtige
Freihandelsabkommen an die Öffentlichkeit
gedrungen ist, kommt die SPD zu einer
negativen Bewertung des Freihandelsabkom-
mens zwischen den USA und der EU. Die
65 angestrebte regulatorische Harmonisierung mit
der Gefährdung bestehender europäischer
Umwelt- und Gesundheitsstandards müssen
wir ebenso ablehnen wie die geplante Investor-
Staats-Gerichtsbarkeit. Es ist nicht hinnehmbar,
70 dass ausländische Konzerne, Staaten und
Regierungen vor nicht öffentlich tagenden
Schiedsgerichten auf hohe
Schadenersatzzahlungen verklagen können,
wenn Gesetze ihre Gewinnerwartungen
75 schmälern. Dieser Einfluss auf die
Gesetzgebung wäre mit rechtsstaatlichen
Prinzipien unvereinbar und sittenwidrig. In
einem Rechtsstaat darf die Rechtsprechung nur
Aufgabe des Justiz sein.

80 Der SPD-Parteikonvent appelliert an die
Verantwortlichen, verfolgen Sie einen anderen
Kurs, den Stopp der Verhandlungen über das
Freihandelsabkommen.

85 Anstelle des Freihandelsabkommens und seiner
Risiken und Gefährdungen für das
Allgemeinwohl benötigen wir eine andere
Politikausrichtung, stehen wir doch in vielen
90 gesellschaftlichen Bereichen am Scheideweg.
Als Alternative zum Freihandelsabkommen gilt
es wichtige Zukunftsprojekte für eine
nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft in
die Wege zu leiten.

95 Beispielhaft geht es um, die Schaffung
gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für ein
Ressourcen und Umwelt schonendes
Wirtschaften und dessen politische
100 Durchsetzung. Es gilt um Wege zu einer
gerechten Gesellschaft: Abbau von Kinder-
und Altersarmut sowie der Arbeitsarmut, der
Verhinderung der von Steuerflucht und einer
Regulierung des Finanzsektors; es geht um
105 öffentliche Verantwortung und Zuständigkeit
für zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge –
Gesundheit, Bildung, Wasser, Wohnen,
Mobilität und vieles mehr.

110 Es geht um Entwicklungsziele für eine
nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaft.
Der Parteikonvent verbindet mit diesem Appell

den Stopp der Geheimverhandlungen über das Freihandelsabkommen.

Antrag W 58

Stadtverband St Ingbert (Landesverband Saar)

Transatlantisches Freihandelsabkommen - Kommunale Selbstverwaltung schützen

Die SPD setzt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, für den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik ein.

5

Die SPD beobachtet mit großer Sorge die aktuellen Meldungen um das derzeit von der EU-Kommission mit den USA verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) sowie das Handelsabkommen mit Kanada (CETA).

10

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Verhandlungen negative Auswirkungen für das kommunale Handeln nach sich ziehen können, z.B. bei der öffentlichen Auftragsvergabe, der Gestaltung der Energieversorgung, der Kulturförderung, der Tarifgestaltung und auf die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Stadt St. Ingbert und der städtischen Gesellschaften.

15

20

Der Vorstand fordert die Vertreter/innen der SPD auf allen Ebenen, insbesondere Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Heiko Maas, Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Yasmin Fahimi, Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europa-Parlament und im Bundestag, auf Einfluss zu nehmen, dass

25

30

35

- die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen sind
- keinerlei Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden vorgenommen werden
- die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen sein dürfen.

40

Transatlantisches Freihandelsabkommen - Kommunale Selbstverwaltung schützen

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

45 Die SPD begrüßt ausdrücklich das gemeinsame
Positionspapier der kommunalen
Spitzenverbände Deutscher Städtetag,
50 Deutscher Landkreistag und Deutscher Städte-
und Gemeindebund sowie des Verbands
kommunaler Unternehmen zum Thema
Freihandelsabkommen mit sechs zentralen
Forderungen aus kommunaler Sicht:

1. Kommunale Organisationsfreiheit bei der
55 Daseinsvorsorge - Ausnahme von
Marktzugangsverpflichtungen gewährleisten!
2. Öffentliches Beschaffungswesen und
Wettbewerbsrecht - Nicht über das europäische
Vergabe- und Konzessionspaket hinausgehen!
3. Investorenschutz - Zuständigkeit der
60 nationalen Gerichtsbarkeit auch für Investoren
aus Drittstaaten!
4. Umwelt- und Verbraucherschutz - Keine
Verpflichtung zum Abbau von
65 Schutzstandards!
5. Transparenz - Einbindung kommunaler
Vertreter in Beratergruppen
6. Abkommen über Handel mit Dienstleistungen
(TiSA) - Kein Alleingang, der über das
70 Allgemeine Abkommen über den Handel mit
Dienstleistungen (GATS) und
Welthandelsorganisation (WTO) hinausgeht!

75 Die bisher bekannt gewordenen Elemente der
CETA- und TTIP-Freihandelsabkommen haben
nicht den freien Handel zwischen freien
Völkern im Fokus

- Die SPD fordert deshalb ein klares Bekenntnis
- 80 • zum Vorrang des Gemeinwohls vor
Gewinninteressen
 - zur öffentlichen Daseinsvorsorge in
demokratischer Verantwortung und
 - zum Vorrang des Sozialen vor der
85 Ökonomisierung des Lebens.

Unsere Vorstellung von Wirtschaft ist sozial
und demokratisch. Wir wollen eine Wirtschaft,
die dem Menschen dient.

Antrag W 59

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

CETA und TTIP: Gleiche Gerichte für Inländer wie Ausländer

Die Bundesregierung, die SPD-
Bundestagsfraktion sowie die S&D-Fraktion im

CETA und TTIP: Gleiche Gerichte für Inländer wie Ausländer

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-
Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen

- 5 Europäisches Parlament werden aufgefordert, bei den Verhandlungen und der Ratifizierung eines Transatlantischen Handelsabkommens mit den USA und Canada (CETA und TTIP) folgendes zu beachten:
- 10 - Als Rechtsweg für Ansprüche zum Investitionsschutz (insbesondere Enteignungsentschädigungen) dürfen nur Gerichte eingesetzt werden, die aus unabhängigen Berufsrichtern zusammengesetzt sind.
- 15 - Jedem Vertragsstaat ist im Sinne eines Opt-In die Möglichkeit einzuräumen, für gegen ihn gerichtete Investitionsschutzklagen als letzte Instanz (außerhalb der Verfassungsgerichte) eine Berufung oder Revision - auch gegen
- 20 Urteile eines internationalen Handelsgerichtshofs - vor einem seiner nationalen obersten Gerichtshöfe vorzusehen. Für Deutschland ist hierfür entsprechend der nationalen Rechtswegzuständigkeit eines der
- 25 obersten Bundesgerichte gemäß Art.95 Grundgesetz zu bestimmen wie der Bundesgerichtshof oder das Bundesverwaltungsgericht. Für Klagen gegen die Europäische Union ist als Revisionsgericht
- 30 deren Gerichtshof (EuGH) vorzusehen.
- Für eine Ratifizierung von CETA müssen alle Bedingungen des Konventbeschlusses vom September 2014 erfüllt werden.

Antrag W 60*Unterbezirk Vorderpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)***Investorenschutzgerichte im Rahmen der Freihandelsabkommen CETA und TTIP****Regeln für eine globale Wirtschaft**

- 5 Die Globalisierung von Wirtschaft, Handel und Finanzwesen braucht Regeln die demokratisch beschlossen und legitimiert sein müssen. Dies ist seit dem Beginn der Finanzkrise umso dringender. Dass die Frage nach der Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierung öffentlich diskutiert wird, sieht die SPD als einen wesentlichen Schritt zu einer fairen und
- 10 gerechten Gestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen.

- 15 Nach Auffassung der SPD bedarf es zwischen entwickelten Rechtssystemen wie Kanada und der EU (CETA) und USA und der EU (TTIP)

Investorenschutzgerichte im Rahmen der Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Überweisung an SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Gruppe im Europäischen Parlament und Verweis auf den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

keines völkerrechtlichen Investitionsschutzes mit privaten Instanzen. Die Rechtssysteme und Gerichte dieser Länder bieten Investoren einen ausreichenden Schutz und Klagemöglichkeiten.

20

Soweit in den anstehenden Gesprächen über das Verhandlungsergebnis zwischen der EU und Kanada und den Verhandlungen der EU und USA dennoch vollkommen neue Investor-Staats-Gerichte mit staatlich eingesetzten Richtern und transparenten Verfahren für vertretbar erachtet werden, erfolgen derartige Gesprächs- und Verhandlungsansätze nur im Zusammenhang mit dem Anspruch, genaue Regeln zu beschließen, nach denen derartige Gerichte in Zukunft entscheiden sollen. Soweit diese Regeln von nationalem Recht abweichen, bedürfen sie der Zustimmung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments.

25

30

35

Antrag W 61

Landesverband Sachsen

TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership – Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft

Die Bundesregierung und die Fraktion im Europäischen Parlament werden aufgefordert, das mit Kanada bereits ausgehandelte Abkommen CETA nicht zu ratifizieren und dafür Sorge zu tragen, dass das seit 2 Wochen öffentlich gewordenen Mandat der Europäischen Kommission für die Verhandlungen des Abkommens mit den USA TTIP verändert wird, sodass es den Anforderungen des Beschlusses des Parteikonvents der SPD vom 20.09.2014 entspricht.

5

10

15

20

Keines der Vertragswerke darf ein Investitionsschutzabkommen beinhalten, das für den Fall streitiger Auseinandersetzungen zwischen Investoren und Staaten über die Veränderung von Investitionsbedingungen die Einsetzung von privaten Schiedsgerichten unter Ausschluss staatlicher oder durch Staatsverträge bestellter internationaler Gerichtsbarkeit vorsieht.

25

Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz, Datenschutz und Umweltstandards müssen auf

TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership – Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft

Erledigt durch den Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014

- 30 hohem europäischem Niveau gesichert werden. Dazu müssen die Bürgerinnen und Bürger der Vertragsstaaten vor Gericht des Staates, unter dessen Zuständigkeit Rechtsverstöße gegen das Abkommen zu beanstanden sind, insofern die gleichen prozessualen und verfassungsmäßigen Rechte erhalten, wie die eigenen Bürgerinnen und Bürger dieses Staates.
- 35 Elemente der Verträge müssen gekündigt werden können, wenn sie durch Zeitablauf und rechtliche Fortentwicklung nicht mehr zeitgemäß sind, verbraucherfeindlich wirken, Prinzipien des Arbeitnehmerschutzes, des
- 40 Umweltschutzes, des Datenschutzes oder des Urheberrechts verletzen und Nachverhandlungen nicht innerhalb einer angemessenen Frist zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Dadurch soll eine ggf.
- 45 undiplomatische und Rechtsverhältnisse gefährdende vollständige Kündigung des Abkommens verhindert, eine Nachverhandlung mit dem notwendigen Nachdruck aber zugleich ermöglicht werden.

Antrag W 62

Ortsverein Backnang (Landesverband Baden-Württemberg)

Freihandel ja, private Schiedsgerichte: nein!

Wir fordern den Parteikonvent auf, folgende Punkte bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen:

- 5 1. Wir lehnen private Schiedsgerichte anstatt der demokratisch legitimierten rechtsstaatlichen Verfahren in unserem Land ab.
- 10 2. Der Vorschlag eines internationalen, von der Staatengemeinschaft legitimierten Handelsgerichts ist auf Umsetzbarkeit und Auswirkungen zu prüfen. Der Vorschlag kann eine Verbesserung sein für heute schon mögliche private
- 15 Schiedsgerichtsverfahren bei existierenden Verträgen.
- 20 3. Wir unterstützen den Beschluss des SPD-Parteikonvents vom 20.9.2014, der Folgendes gefordert hat: „In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren und unklare Definitionen von Rechtsbegriffen, wie ‚Faire und Gerechte Behandlung‘ oder ‚Indirekte Enteignung‘ abzulehnen.“

Freihandel ja, private Schiedsgerichte: nein!

Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014, der zum Verfahren festlegt, dass rechtzeitig vor einer Entscheidung des Deutschen Bundestages die Beschlussgremien der Partei mit dem Thema erneut befasst werden.

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

- 25 4. Wir fordern die Sicherstellung und Weiterentwicklung der in Deutschland und Europa erreichten jeweiligen Standards für Arbeit, Umwelt, Gesundheit und Datenschutz. Hierzu verweisen wir auf die vom Sozialdemokraten Bernd Lange dem Europaparlament vorgelegten Bericht: „...in der Erwägung, dass Präsident Juncker in seinen politischen Leitlinien deutlich bekräftigt hat, dass EU und USA zwar einen beträchtlichen Schritt in Richtung einer gegenseitigen Anerkennung ihrer Produktnormen und hin zu transatlantischen Standards machen können, dass aber die EU ihre Standards bezüglich Sicherheit, Gesundheit, Sozialwesen und Datenschutz genauso wenig wie unsere kulturelle Vielfalt opfern wird und dass die Sicherheit unserer Lebensmittel und der Schutz der persönlichen Daten der Europäer nicht verhandelbar sind.“.
- 30
- 35
- 40
- 45
- 50 5. Die Sozialdemokratie darf Regelungen nur zustimmen, wenn sichergestellt ist, dass multinationale Konzerne keinen Einfluss auf Kosten von Politik und Demokratie erhalten. Andernfalls muss die SPD die Kraft haben den jeweiligen Abkommen zu widersprechen.
- 55 6. Die Sozialdemokraten fordern eine Mitgliederbefragung zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP.

Antrag W 63

Kreisverband Stuttgart (Landesverband Baden-Württemberg)

Mitgliedervotum zu TTIP

Die SPD fordert den SPD-Parteivorstand dazu auf, nach einem etwaigen Abschluss der TTIP-Verhandlungen und rechtzeitig vor einer Entscheidung des Deutschen Bundestages, ein Mitgliedervotum über die Ergebnisse der Verhandlungen einzuholen. Das Votum soll für die SPD-Bundestagsfraktion verbindlichen Charakter besitzen. Zuvor werden die Mitglieder in geeigneter Weise über die Verhandlungsergebnisse – insbesondere über deren Übereinstimmung mit den Beschlüssen des SPD-Parteikonvents – informiert.

5

10

Mitgliedervotum zu TTIP

Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014, der zum Verfahren festlegt, dass rechtzeitig vor einer Entscheidung des Deutschen Bundestages die Beschlussgremien der Partei mit dem Thema erneut befasst werden.

Antrag W 64*Ortsverein Quedlinburg (Landesverband Sachsen-Anhalt)***CETA: durch Mitgliederbefragung
Vertrauen stärken**

Um das Vertrauen in die Verlässlichkeit sozialdemokratischer Politik wiederherzustellen möge der Parteikonvent beschließen:

5

Die Parteiführung wird beauftragt, nach Vorliegen des endgültigen CETA-Vertragstextes in deutscher Sprache und nach breiter öffentlicher Diskussion eine Mitgliederbefragung durchzuführen:

10

Zustimmung zu CETA: JA / NEIN

Die Mitgliederbefragung sollte nach den im Organisationsstatut festgelegten Prinzipien zur Durchführung eines Mitgliederentscheides organisiert werden. Die Ergebnisse der Befragung sollten vor den Abstimmungen zu CETA im Europaparlament vorliegen.

15

Einander widersprechende öffentliche Äußerungen von SPD-Entscheidungsträgern in der Frage: CETA / TTIP zustimmen: Ja / Ja nur nach Nachbesserung / Nein haben sowohl bei Wählern als auch bei Parteimitgliedern zu Irritationen bezüglich der Haltung der SPD zu den Freihandelsabkommen mit Nordamerika geführt. „Rote Linien“ wurden vor der Europawahl proklamiert und nach der Wahl wieder relativiert.

25

30

Die Wähler und auch die Parteimitglieder erwarten, dass sowohl CETA als auch TTIP nur dann zugestimmt wird, wenn die Abkommen nicht den Aussagen des Diskussionspapiers der SPD-Grundwertekommission „TTIP und die sozialdemokratischen Grundwerte – ein Konflikt?“ sowie des Beschlusses des Parteikonventes vom 20.09.2014 „Unsere Erwartungen an die transatlantischen Freihandelsgespräche“ widersprechen.

35

40

Um dem Mißtrauen gegen die Verhandlungsführung der Bundesregierung entgegenzutreten sowie das Vertrauen in die innerparteiliche Demokratie zu stärken, wäre eine Mitgliederbefragung ein geeignetes Mittel.

45

**CETA: durch Mitgliederbefragung
Vertrauen stärken**

Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014, der zum Verfahren festlegt, dass rechtzeitig vor einer Entscheidung des Deutschen Bundestages die Beschlussgremien der Partei mit dem Thema erneut befasst werden.

Antrag W 65*Ortsverein Dornburg (Bezirk Hessen-Süd)***Freihandelsabkommen EU - USA (TTIP)**

5 Der SPD-Ortsverein Dornburg spricht sich hiermit ganz entschieden gegen das geplante Freihandelsabkommen, TTIP, aus. Nach Meinung der Dornburger Sozialdemokraten würde dieses bisher nur hinter verschlossenen Türen verhandelte Abkommen Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte weiter einschränken, Klima und Umwelt weiter beschädigen und den Konzernen noch mehr Macht geben. All das widerspricht sozialdemokratischen Prinzipien und würde den Mitgliederschwund, der jetzt schon sehr gefährlich ist, weiter beschleunigen. Die Motivation vieler Mitglieder, für die Partei „etwas zu tun“, würde auf Null reduziert werden.

10

15

Wir fordern zu diesem Thema eine Mitgliederbefragung

20 Bei einem so wichtigen Thema gehören Bürger und Abgeordnete mit einbezogen! Seit Jahrzehnten wird in Sonntagsreden mehr Transparenz gefordert, aber nur selten werden die Mitglieder an Entscheidungen beteiligt. Da braucht man sich an der Parteispitze über den Mitgliederschwund und niedrige Umfragezahlen nicht zu wundern. Die Ziele des Freihandelsabkommens sind auf keinen Fall mit den Zielen der SPD vereinbar. Wir Sozialdemokraten in Hessen haben im nächsten Jahr eine Kommunalwahl zu bestreiten. Ohne motivierte Mitglieder wird dies schwer. Die Basis darf nicht weiter ignoriert werden.

25

30

Freihandelsabkommen EU - USA (TTIP)

Erledigt durch Beschluss des Parteikonvents ThA 17 vom 20. September 2014, der zum Verfahren festlegt, dass rechtzeitig vor einer Entscheidung des Deutschen Bundestages die Beschlussgremien der Partei mit dem Thema erneut befasst werden.

Antrag W 66*Landesverband Sachsen***Unbefristeter Aufenthaltstitel für ausländische BundeswehrmitarbeiterInnen**

5 Ausländischen Bundeswehrmitarbeiter*innen (Locals), welche bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr unterstützend tätig sind, soll mit Beendigung der Mission ein unbefristeter Aufenthaltstitel für sich und ihre Verwandten ersten Grades angeboten werden. Dieses Angebot richtet sich an alle von der Bundeswehr beschäftigten Arbeitskräfte, unabhängig von ihrer Funktion und der Dauer

Unbefristeter Aufenthaltstitel für ausländische BundeswehrmitarbeiterInnen

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

- 10 ihres Beschäftigungsverhältnisses
(ausgenommen sind Ein-Tages-Arbeitskräfte).
Personen, die zwar nicht direkt von der
Bundeswehr beschäftigt werden, aber während
ihrer Arbeit im intensiven Kontakt mit den
15 deutschen Streitkräften und Hilfsorganisationen
stehen, soll ein erleichtertes Visumverfahren
ermöglicht werden.

Antrag W 67

Unterbezirk Steinfurt (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Resolution zum momentanen Konflikt in der Ukraine

- In der Hochphase der Auseinandersetzung von
Separatisten und ukrainischem Militär wird die
Forderung nach einer Waffenruhe lauter.
Sozialdemokratische Spitzenpolitiker wie der
5 deutsche Außenminister Frank-Walter
Steinmeier oder Martin Schulz in seiner
Funktion als Präsident des europäischen
Parlaments gehören mit zu den Hauptträgern
dieser Forderung. Sie stehen mit ihrem
10 deeskalierenden Ansatz sowie ihrem Versuch,
den Konflikt vollständig zu betrachten, ohne in
ein Schwarz-Weiß-Denken zu verfallen, oft
alleine da. Die Ausarbeitung der UN-
Resolution vom 15.02. weist allerdings
15 Hoffnungen auf, dass neue Wege gegangen
werden, weshalb Forderung wie
Waffenlieferungen an die ukrainische
Regierung nun nicht mehr von einigen
Akteuren als obligatorisch und alternativlos
20 angesehen werden.

- Die Ukrainekrise darf nicht monokausal
gesehen, sondern muss mit allen ihren
Ursachen betrachtet werden. Eine langfristige
25 Lösung des Konfliktes kann nur erreicht
werden, wenn die Entstehungsgründe
angegangen werden, anstatt nur momentan
entstandene Folgen zu bekämpfen. Aus diesem
Grund sollte die Sozialdemokratie sich ihrer
30 Tradition als Friedenspartei bewusst sein,
welche soziale Verwerfungen in Gesellschaften
und nicht Menschen und Nationen als
Problemursache bekämpfen will. Wir fordern,
dass weiterhin auf jegliche militärische Mittel
35 verzichtet wird, indem die Aussage des
Präsidenten des europäischen Parlaments
Martin Schulz „Wenn Minsk 1 scheitert,
beginnen wir Minsk 2, und falls dieses
scheitert, setzen wir auf Minsk 3, 4 und 5“

Resolution zum momentanen Konflikt in der Ukraine

Überweisung an Bundesparteitag

40 bedingungslos unterstützt wird. Krieg und Konfrontation sind keine Alternativen, deshalb ist streng die Umsetzung der UN-Resolution zu fordern.

45 1. Eine sofortige Waffenruhe muss eintreten.
2. Schwere militärische Waffen sind, wie von der UN gefordert, 50 bis 140 Kilometer hinter die Frontlinien zurückzuziehen, wobei die Waffengattung die Entfernung bestimmt.

50 3. In der Kampfzone muss eine vollständige Entmilitarisierung erreicht werden.
4. Beide Seiten müssen ihre militärischen/politischen Gefangenen freilassen.

55 5. Es muss eine freie Abstimmung über die politische Verwaltung der momentan umkämpften Gebiete bei den Städten Lugansk und Donezk ermöglicht werden.

60 6. Die Integrität der Ukraine darf nicht weiter missachtet werden und es muss wieder ukrainisches Recht innerhalb der ukrainischen Grenzen gelten.

65 7. Die allgemeinen wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Abläufe müssen wieder möglich sein.

Forderungen, die weiterführend sind, weil sie eine sozialdemokratische Entwicklung in der Ukraine erreichen sollen, sind Folgende.

70 1. Eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung sollte gefördert werden durch eine Umverteilung von Oben nach Unten, damit die Position der Oligarchen geschwächt wird.

75 2. Die Gewerkschaften als Träger der sozialdemokratischen Ideale im Betrieb sollten gefördert werden.

80 3. Die Bildungseinrichtungen sollten gestärkt werden und ein spezieller Fokus auf die politische Bildung gesetzt werden.

85 4. Auf Grundlage der Bildungsanstrengungen wäre es nötig, eine höhere Transparenz und Partizipationsmöglichkeit des politischen Systems zu erreichen.

Die aufgeführten Forderungen sind nach unserer Ansicht grundlegend für eine friedliche und gerechte Entwicklung der Ukraine, die nur ermöglicht wird, wenn sie sozial und demokratisch ist.

Wir befinden uns in der Formulierung der Forderungen in Übereinkunft mit der UN-

- 95 Resolution vom 15.02. sowie unserer europäischen Dachorganisation Young European Socialists, die in Zusammenarbeit mit der russischen (RDSUY) und der ukrainischen (SMS) Jugendorganisationen der
- 100 jeweiligen sozialdemokratischen Parteien ein gemeinsames Statement zur Lösung des Konflikts ihrer beiden Staaten am 14.06.2014 verfasst haben.

Inneres und Justiz

Antrag I 1

Bezirk Braunschweig

Erklärung zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik - Flüchtlingen helfen - Kommunen unterstützen - Einwanderung gestalten

5 Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sind laut
 10 Jahresbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks
 mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht
 vor Verfolgung, Gewalt und Terror. Der
 Bürgerkrieg in Syrien und weitere ungelöste
 Konflikte haben die Zahl der Flüchtlinge
 weltweit nach oben schnellen lassen. Diese
 Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen
 auf die europäische Staatengemeinschaft und
 15 Deutschland. Denn die Zahl der Menschen, die
 in unserem Land Schutz suchen, steigt. Nach
 einem Tiefststand von etwa 28 000 Anträgen
 auf Asyl im Jahr 2008 wurden im vergangenen
 Jahr rund 200 000 Anträge bundesweit erfasst.
 Für dieses Jahr wird damit gerechnet, dass die
 Zahl noch einmal dramatisch steigt.

20 Die SPD im Bezirk Braunschweig steht
 selbstverständlich auch angesichts dieser hohen
 Flüchtlingszahlen uneingeschränkt zum
Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte
 und den Regelungen des Flüchtlingsschutzes.
 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die
 25 sozialdemokratisch geführte Landesregierung
 von Niedersachsen ihren Paradigmenwechsel in
 der Aufenthaltspolitik mit der Etablierung einer
**Willkommenskultur, der Kultur von mehr
 Menschlichkeit im Umgang mit
 30 Flüchtlingen, fortführt.** Dazu gehören auch
 Initiativen zur Abschaffung des
 Asylbewerberleistungsgesetzes auf
 Bundesebene. Die Reform der
 Härtefallkommission, die Sicherstellung der
 35 medizinischen Versorgung von Flüchtlingen,
 die Änderung der Abschiebep Praxis als auch die
 Forderung nach einer stichtagsunabhängigen
 Bleiberechtsregelung sowie eine Abkehr von
 der Residenzpflicht sind Schritte in die richtige
 40 Richtung. Flüchtlingen und Migranten muss
 eine Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft
 möglich sein. Deshalb muss allen Flüchtlingen
 so früh wie möglich der barrierefreie Zugang
 zu Arbeit und Beschäftigung, zu Sprachkursen
 45 und Bildungsangeboten, einschließlich der

Erklärung zur Flüchtlings- und Einwanderungspolitik - Flüchtlingen helfen - Kommunen unterstützen - Einwanderung gestalten

Annahme in geänderter Fassung:

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sind laut
 Jahresbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks
 mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht
 vor Verfolgung, Gewalt und Terror. Der
 Bürgerkrieg in Syrien und weitere ungelöste
 Konflikte haben die Zahl der Flüchtlinge
 weltweit nach oben schnellen lassen. Diese
 Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen
 auf die europäische Staatengemeinschaft und
 Deutschland. Denn die Zahl der Menschen, die
 in unserem Land Schutz suchen, steigt. Nach
 einem Tiefststand von etwa 28 000 Anträgen
 auf Asyl im Jahr 2008 wurden im vergangenen
 Jahr rund 200 000 Anträge bundesweit erfasst.
 Für dieses Jahr wird damit gerechnet, dass die
 Zahl noch einmal dramatisch steigt.

Die SPD im Bezirk Braunschweig steht
 selbstverständlich auch angesichts dieser hohen
 Flüchtlingszahlen uneingeschränkt zum
Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte
 und den Regelungen des Flüchtlingsschutzes.
 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass die
 sozialdemokratisch geführte Landesregierung
 von Niedersachsen ihren Paradigmenwechsel in
 der Aufenthaltspolitik mit der Etablierung einer
**Willkommenskultur, der Kultur von mehr
 Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen,
 30 fortführt.** Dazu gehören auch Initiativen zur
 Abschaffung des
 Asylbewerberleistungsgesetzes auf
 Bundesebene. Die Reform der
 Härtefallkommission, die Sicherstellung der
 35 medizinischen Versorgung von Flüchtlingen,
 die Änderung der Abschiebep Praxis als auch die
 Forderung nach einer stichtagsunabhängigen
 Bleiberechtsregelung sowie eine Abkehr von
 der Residenzpflicht sind Schritte in die richtige
 Richtung. Flüchtlingen und Migranten muss
 eine Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft
 möglich sein. Deshalb muss allen Flüchtlingen
 so früh wie möglich der barrierefreie Zugang
 zu Arbeit und Beschäftigung, zu Sprachkursen
 45 und Bildungsangeboten, einschließlich der

| | | | |
|-----|---|----|--|
| 50 | beruflichen Bildung eröffnet werden. Nur so können wir die Chance nutzen, dass Einwanderung unser Land weiterhin kulturell, aber auch wirtschaftlich bereichert. Wir wollen den Weg weitergehen, der von negativen und defizitorientierten Ansätzen wegführt hin zu Wertschätzung und Anerkennung von gesellschaftlicher Vielfalt und zu den Potentialen, Chancen und Ressourcen von Einwanderung. | 55 | beruflichen Bildung eröffnet werden. Nur so können wir die Chance nutzen, dass Einwanderung unser Land weiterhin kulturell, aber auch wirtschaftlich bereichert. Wir wollen den Weg weitergehen, der von negativen und defizitorientierten Ansätzen wegführt hin zu Wertschätzung und Anerkennung von gesellschaftlicher Vielfalt und zu den Potentialen, Chancen und Ressourcen von Einwanderung. |
| 60 | Allerdings setzt die nachhaltige Etablierung dieser Willkommenskultur auch voraus, dass die Bevölkerung unseren Weg weiterhin so unterstützt wie dies derzeit in unzähligen Hilfsangeboten und Initiativen aus der Zivilgesellschaft geschieht. Notwendig ist, dass das aufenthaltsrechtliche System funktioniert und faire Chancen sowie klare Regeln aufweist. | 65 | Allerdings setzt die nachhaltige Etablierung dieser Willkommenskultur auch voraus, dass die Bevölkerung unseren Weg weiterhin so unterstützt wie dies derzeit in unzähligen Hilfsangeboten und Initiativen aus der Zivilgesellschaft geschieht. Notwendig ist, dass das aufenthaltsrechtliche System funktioniert und faire Chancen sowie klare Regeln aufweist. |
| 70 | Nur so kann eine Diffamierung der Menschen, die zu uns kommen, und das erneute Entstehen von Fremdenfeindlichkeit verhindert werden. Dazu müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: | 75 | Nur so kann eine Diffamierung der Menschen, die zu uns kommen, und das erneute Entstehen von Fremdenfeindlichkeit verhindert werden. Dazu müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: |
| 80 | 1. Die Kommunen sind derzeit durch die hohe Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge besonders belastet. Sie benötigen deshalb dringend erhebliche finanzielle Unterstützung , um die Aufgaben bewältigen zu können. | 85 | 1. Die Kommunen sind derzeit durch die hohe Zahl der unterzubringenden Flüchtlinge besonders belastet. Sie benötigen deshalb dringend erhebliche finanzielle Unterstützung , um die Aufgaben bewältigen zu können. |
| 90 | Die schutzsuchenden Menschen dezentral und menschenwürdig unterzubringen. Hierfür sind die staatlichen Anstrengungen hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus zu intensivieren, da sich vielerorts ein akuter Mangel an entsprechendem Wohnraum zeigt. Ferner gilt es eine angemessene gesundheitliche Versorgung zu sichern sowie Integrationsangebote zu machen bzw. fortzusetzen. Dazu ist es nötig, die bis zu zwei jährige Verzögerung bei der Kostenrückerstattung durch das Land erheblich zu verkürzen. | 95 | Die schutzsuchenden Menschen dezentral und menschenwürdig unterzubringen. Hierfür sind die staatlichen Anstrengungen hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus zu intensivieren, da sich vielerorts ein akuter Mangel an entsprechendem Wohnraum zeigt. Ferner gilt es eine angemessene gesundheitliche Versorgung zu sichern sowie Integrationsangebote zu machen bzw. fortzusetzen. [...] |
| 100 | Die derzeitige hohe Zahl von Schutzsuchenden darf nicht dazu führen, sich von der Kultur von mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen abzuwenden. Dies gilt nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch in unserem Interesse an einem friedlichen Zusammenleben in unseren Kommunen. Die vom Land an die Kommunen gezahlte Kostenpauschale nach dem Aufnahmegesetz reicht nicht aus, um die anfallenden Kosten für die Unterbringung und die Integration der | | Die derzeitige hohe Zahl von Schutzsuchenden darf nicht dazu führen, sich von der Kultur von mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen abzuwenden. Dies gilt nicht nur im Interesse der Flüchtlinge, sondern auch in unserem Interesse an einem friedlichen Zusammenleben in unseren Kommunen. [...] |

- 105 Flüchtlinge zu decken. Die Erhöhung der Kostenpauschale zum 01.01.2016 wird begrüßt. Dies kann aber nur ein erster Schritt sein. Wir sehen die Aufgabe der Unterbringung und Integration von Schutzsuchenden aber nicht nur als Landesaufgabe an. Es handelt sich vielmehr um eine **gesamtstaatliche Aufgabe**, die von Kommunen, Land und Bund gemeinsam geleistet werden muss. Insofern fordern wir eine strukturelle und dauerhafte **Unterstützung aus Bundesmitteln**. Die Bundesländer haben keinerlei Möglichkeit, auf die Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge einzuwirken, die die Ursache dafür sind, dass die Menschen zu uns kommen. Deshalb muss der Bund zumindest die Gesundheitskosten übernehmen, damit z. B. traumatisierten Flüchtlingen die Hilfe gegeben werden kann, die sie benötigen.
- 110 Die Aufgabe der Unterbringung und Integration von Schutzsuchenden [...] ist [...] eine **gesamtstaatliche Aufgabe**, die von Kommunen, Land und Bund gemeinsam geleistet werden muss. Insofern fordern wir eine strukturelle und dauerhafte **Unterstützung aus Bundesmitteln**. Die Bundesländer haben keinerlei Möglichkeit, auf die Situation in den Heimatländern der Flüchtlinge einzuwirken, die die Ursache dafür sind, dass die Menschen zu uns kommen. Deshalb muss der Bund zumindest die Gesundheitskosten übernehmen, damit z. B. traumatisierten Flüchtlingen die Hilfe gegeben werden kann, die sie benötigen.
- 115 2. Die **Asylverfahren** müssen **unter Beibehaltung eines rechtsstaatlichen Verfahrens beschleunigt** werden. Dazu bedarf es keiner Gesetzesänderung. Das aktuelle Asylrecht entspricht internationalem und europäischem Flüchtlingsschutz. Eine Einschränkung der dort geregelten Schutzansprüche ist weder notwendig noch europa- und völkerrechtlich möglich. Möglich sind aber **interne Verfahrensbeschleunigungen**. Eine Möglichkeit ist die, die in der Vereinbarung der Innenminister vom 13.02.2015, in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern bestimmte Verfahren vorzuziehen und zu einem schnellen Abschluss zu bringen, zum Ausdruck kommt. Unabhängig davon, ob es tatsächlich möglich sein wird, die Verfahren innerhalb der Frist von 2 Wochen durchzuführen, sind solche Beschleunigungen sinnvoll in Bezug auf Herkunftsländer in denen – wie beim Kosovo – die Anerkennungsquote für politisch Verfolgte verschwindend gering ist. Zum einen erübrigt sich dann eine Umverteilung in die Kommunen zur dezentralen Unterbringung, was diese entlastet. Zum anderen werden Menschen nicht dazu gebracht, ihr wenig Geld an gutverdienende Schleuser zu geben, die ihnen vorspiegeln, es gebe für sie ein Recht auf einen Daueraufenthalt in Deutschland.
- 120 2. Die **Asylverfahren** müssen **unter Beibehaltung eines rechtsstaatlichen Verfahrens beschleunigt** werden. Dazu bedarf es keiner Gesetzesänderung. Das aktuelle Asylrecht entspricht internationalem und europäischem Flüchtlingsschutz. Eine Einschränkung der dort geregelten Schutzansprüche ist weder notwendig noch europa- und völkerrechtlich möglich. Möglich sind aber **interne Verfahrensbeschleunigungen**. Eine Möglichkeit ist die, die in der Vereinbarung der Innenminister vom 13.02.2015, in einer gemeinsamen Anstrengung von Bund und Ländern bestimmte Verfahren vorzuziehen und zu einem schnellen Abschluss zu bringen, zum Ausdruck kommt. Unabhängig davon, ob es tatsächlich möglich sein wird, die Verfahren innerhalb der Frist von 2 Wochen durchzuführen, sind solche Beschleunigungen sinnvoll in Bezug auf Herkunftsländer in denen – wie beim Kosovo – die Anerkennungsquote für politisch Verfolgte verschwindend gering ist. Zum einen erübrigt sich dann eine Umverteilung in die Kommunen zur dezentralen Unterbringung, was diese entlastet. Zum anderen werden Menschen nicht dazu gebracht, ihr wenig Geld an gutverdienende Schleuser zu geben, die ihnen vorspiegeln, es gebe für sie ein Recht auf einen Daueraufenthalt in Deutschland.
- 125 Neben dieser kurzfristigen Maßnahme ist es aber auch dringend erforderlich, das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**, dessen **Kapazitäten** in den letzten Jahren
- 130 Neben dieser kurzfristigen Maßnahme ist es aber auch dringend erforderlich, das **Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**, dessen **Kapazitäten** in den letzten Jahren
- 135
- 140
- 145
- 150

- 160 abgebaut wurden, **wieder auszubauen**. Hier hätte angesichts der Krisenlagen in der Welt und den bekannten Fluchtbewegung aus afrikanischen Ländern viel eher reagiert werden müssen.
- 165 Die Beschleunigung des Verfahrens ist nicht nur notwendig, um Unterbringungskosten zu sparen, sondern um denjenigen, denen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird, bald eine Perspektive zu bieten. Diese Menschen lange im Verfahren und damit in Angst um die Zukunft leben zu lassen, entspricht nicht unserer Vorstellung vom menschlichen
- 170 Umgang mit Flüchtlingen. Auch diejenigen, deren Anträge abgelehnt werden müssen, haben ein Recht auf Klarheit.
- 175 Es ist für uns selbstverständlich, dass bei diesen Verfahrensbeschleunigungen rechtsstaatliche Grundsätze beachtet werden. Dazu ist selbstverständlich, dass **gerichtlicher Rechtsschutz nicht eingeschränkt** werden darf und den Antragstellern auch tatsächlich (z.
- 180 B. durch Beratungsmöglichkeiten in den Aufnahmeeinrichtungen) ermöglicht werden muss. Auch für Schutzsuchende, die bis zum Abschluss des Verfahrens in den Aufnahmeeinrichtungen bleiben sollen und erkrankt sind, muss nicht nur die Möglichkeit einer Akutbehandlung bestehen, sondern auch die Möglichkeit, sich die Krankheit im Hinblick auf ein Bleiberecht aus gesundheitlichen Gründen attestieren zu lassen.
- 185 3. Integration und Einwanderung verlangen nach fairen Chancen und klaren Regeln. Wir setzen uns **für ein weltoffenes Einwanderungsgesetz** ein, das den unterschiedlichen arbeitsmarktspezifischen,
- 190 aber auch den humanitären Gesichtspunkten mit realistischen und realisierbaren Anforderungen Rechnung trägt.
- 195 Die geregelte **Zuwanderung** von Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ist **nicht nur Chance, sondern** – in Anbetracht des durch die demografische Entwicklung ausgelösten Fachkräftemangels und zahlreicher unbesetzter Ausbildungsplätze – eine pure **Notwendigkeit**.
- 200 Ohne Einwanderung werden wir Wirtschaft und Wohlstand in unserem Land nicht erhalten können. Wir müssen mit dem Bekenntnis, Deutschland ist ein Einwanderungsland die Lehren aus den Fehlern im Umgang mit den
- 205 „Gastarbeitern“ ziehen und nicht nur für klare
- 210 abgebaut wurden, **wieder auszubauen**. Hier hätte angesichts der Krisenlagen in der Welt und den bekannten Fluchtbewegung aus afrikanischen Ländern viel eher reagiert werden müssen.
- Die Beschleunigung des Verfahrens ist nicht nur notwendig, um Unterbringungskosten zu sparen, sondern um denjenigen, denen der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird, bald eine Perspektive zu bieten. Diese Menschen lange im Verfahren und damit in Angst um die Zukunft leben zu lassen, entspricht nicht unserer Vorstellung vom menschlichen Umgang mit Flüchtlingen. Auch diejenigen, deren Anträge abgelehnt werden müssen, haben ein Recht auf Klarheit.
- Es ist für uns selbstverständlich, dass bei diesen Verfahrensbeschleunigungen rechtsstaatliche Grundsätze beachtet werden. Dazu ist selbstverständlich, dass **gerichtlicher Rechtsschutz nicht eingeschränkt** werden darf und den Antragstellern auch tatsächlich (z. B. durch Beratungsmöglichkeiten in den Aufnahmeeinrichtungen) ermöglicht werden muss. Auch für Schutzsuchende, die bis zum Abschluss des Verfahrens in den Aufnahmeeinrichtungen bleiben sollen und erkrankt sind, muss nicht nur die Möglichkeit einer Akutbehandlung bestehen, sondern auch die Möglichkeit, sich die Krankheit im Hinblick auf ein Bleiberecht aus gesundheitlichen Gründen attestieren zu lassen.
3. Integration und Einwanderung verlangen nach fairen Chancen und klaren Regeln. Wir setzen uns **für ein weltoffenes Einwanderungsgesetz** ein, das den unterschiedlichen arbeitsmarktspezifischen, aber auch den humanitären Gesichtspunkten mit realistischen und realisierbaren Anforderungen Rechnung trägt.
- Die geregelte **Zuwanderung** von Menschen aus wirtschaftlichen Gründen ist **nicht nur Chance, sondern** – in Anbetracht des durch die demografische Entwicklung ausgelösten Fachkräftemangels und zahlreicher unbesetzter Ausbildungsplätze – eine pure **Notwendigkeit**. Ohne Einwanderung werden wir Wirtschaft und Wohlstand in unserem Land nicht erhalten können. Wir müssen mit dem Bekenntnis, Deutschland ist ein Einwanderungsland die Lehren aus den Fehlern im Umgang mit den „Gastarbeitern“ ziehen und nicht nur für klare

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---|---|
| <p>Regeln der Einwanderung sorgen, sondern auch dafür, dass die Menschen – selbstverständlich einschließlich ihrer Familien – Hilfen zur Integration bekommen, die ihnen zeigen, dass sie in Deutschland willkommen sind.</p> | <p>Regeln der Einwanderung sorgen, sondern auch dafür, dass die Menschen – selbstverständlich einschließlich ihrer Familien – Hilfen zur Integration bekommen, die ihnen zeigen, dass sie in Deutschland willkommen sind.</p> |
| <p>215 4. Das europäische System der Dublin-Verordnungen, der Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Staaten muss den Realitäten angepasst werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich noch stärker für eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen sowie der daraus entstehenden finanziellen Lasten einzusetzen.</p> | <p>4. Das europäische System der Dublin-Verordnungen, der Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Staaten muss den Realitäten angepasst werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich noch stärker für eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen sowie der daraus entstehenden finanziellen Lasten einzusetzen.</p> |
| <p>220 Wir bekennen uns daher zur europäischen Verantwortung, in der die Mittelmeeranrainerstaaten nicht die Hauptlast tragen dürfen.</p> | <p>Wir bekennen uns daher zur europäischen Verantwortung, in der die Mittelmeeranrainerstaaten nicht die Hauptlast tragen dürfen.</p> |
| <p>230 Nach Beendigung des Programms Mare Nostrum sind im Mittelmeer Tausende von Flüchtlingen ertrunken. Das ist ein unhaltbarer und beschämender Zustand. Nicht der Verlust eines einzigen Menschenlebens darf</p> <p>235 hingenommen werden!</p> | <p>Nach Beendigung des Programms Mare Nostrum sind im Mittelmeer Tausende von Flüchtlingen ertrunken. Das ist ein unhaltbarer und beschämender Zustand. Nicht der Verlust eines einzigen Menschenlebens darf hingenommen werden!</p> |
| <p>Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass unverzüglich ein europäisches Seenotrettungsprogramm eingerichtet wird, das über ausreichende Kapazitäten verfügt, um möglichst alle in Seenot geratenen Flüchtlingen zu retten. Dazu muss Deutschland sich mit finanziellen und mit</p> <p>240 technischen Hilfen beteiligen.</p> | <p>Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass unverzüglich ein europäisches Seenotrettungsprogramm eingerichtet wird, das über ausreichende Kapazitäten verfügt, um möglichst alle in Seenot geratenen Flüchtlingen zu retten. Dazu muss Deutschland sich mit finanziellen und mit</p> <p>240 technischen Hilfen beteiligen.</p> |
| <p>245 Flüchtlinge dürfen nicht mehr dazu gezwungen werden, auf Hilfe von Schleusern angewiesen zu sein und die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer anzutreten, um in die Europäische Union zu gelangen.</p> | <p>Flüchtlinge dürfen nicht mehr dazu gezwungen werden, auf Hilfe von Schleusern angewiesen zu sein und die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer anzutreten, um in die Europäische Union zu gelangen.</p> |
| <p>250 Dazu muss es Flüchtlingen aus Bürgerkriegsländern ermöglicht werden, auf sicheren und legalen Wegen nach Deutschland zu reisen, um hier ihr Asylverfahren zu betreiben. Dafür sollte die Möglichkeit geprüft werden, in deutschen Botschaften und Konsulaten oder in anderen zu schaffenden geeigneten Einrichtungen in den Nachbarländern Asylanträge stellen zu können.</p> <p>255 Wenn erforderlich müssen die Mittel für eine sichere Reise zur Verfügung gestellt werden.</p> | <p>Dazu muss es Flüchtlingen aus Bürgerkriegsländern ermöglicht werden, auf sicheren und legalen Wegen nach Deutschland zu reisen, um hier ihr Asylverfahren zu betreiben. Dafür sollte die Möglichkeit geprüft werden, in deutschen Botschaften und Konsulaten oder in anderen zu schaffenden geeigneten Einrichtungen in den Nachbarländern Asylanträge stellen zu können.</p> <p>255 Wenn erforderlich müssen die Mittel für eine sichere Reise zur Verfügung gestellt werden.</p> |
| <p>260 Europa darf nicht mehr eine nahezu abgeschottete Festung sein. Durch diese Abschottung, die durch Programme wie Frontex und Eurosur gestärkt wird, sinkt nicht</p> | <p>Europa darf nicht mehr eine nahezu abgeschottete Festung sein. Durch diese Abschottung, die durch Programme wie Frontex und Eurosur gestärkt wird, sinkt nicht</p> |

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

die Anzahl der Flüchtlinge, es steigt nur die Zahl an Toten vor den Toren Europas.

die Anzahl der Flüchtlinge, es steigt nur die Zahl an Toten vor den Toren Europas.

- | | | |
|-----|--|--|
| 270 | 5. Alle Maßnahmen zur menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen kurieren kurzfristig nur Symptome, ändern aber nichts an den, den Fluchtbewegungen zugrunde liegenden Ursachen. Langfristig müssen Deutschland und Europa im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Krisenbewältigung einen größeren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Hinblick auf die afrikanischen Staaten und die Balkanstaaten leisten. | 5. Alle Maßnahmen zur menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen kurieren kurzfristig nur Symptome, ändern aber nichts an den, den Fluchtbewegungen zugrunde liegenden Ursachen. Langfristig müssen Deutschland und Europa im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Krisenbewältigung einen größeren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Hinblick auf die afrikanischen Staaten und die Balkanstaaten leisten. |
| 275 | 5. Alle Maßnahmen zur menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen kurieren kurzfristig nur Symptome, ändern aber nichts an den, den Fluchtbewegungen zugrunde liegenden Ursachen. Langfristig müssen Deutschland und Europa im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Krisenbewältigung einen größeren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Hinblick auf die afrikanischen Staaten und die Balkanstaaten leisten. | 5. Alle Maßnahmen zur menschenwürdigen Aufnahme von Flüchtlingen kurieren kurzfristig nur Symptome, ändern aber nichts an den, den Fluchtbewegungen zugrunde liegenden Ursachen. Langfristig müssen Deutschland und Europa im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Krisenbewältigung einen größeren Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen im Hinblick auf die afrikanischen Staaten und die Balkanstaaten leisten. |

Antrag I 2

Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Flüchtlinge aus Seenot retten – humanitäres Visum ermöglichen

Flüchtlinge aus Seenot retten – humanitäres Visum ermöglichen

- Die SPD Münster fordert die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand angesichts der sich immer mehr zuspitzenden Flüchtlingsdramen im Mittelmeer auf, sich schnellstmöglich dafür einzusetzen, dass das Seenotrettungsprogramm „Mare Nostrum“ in vollem Umfang als gemeinsames Programm der EU erneut implementiert wird. Rettung aus Seenot ist das humanitäre Gebot der Stunde und kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob bestimmte Personengruppen wie Schlepper davon profitieren oder nicht.
- Weiterhin fordern wir die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Parteivorstand auf dafür Sorge zu tragen, dass Flüchtlinge aus Kriegsgebieten in ihrem Heimatland ein „Humanitäres Visum“ erhalten, damit sie sich nicht auf den gefährvollen Weg über das Mittelmeer machen müssen.

Erledigt durch Annahme von II in geänderter Fassung

Antrag I 3

Unterbezirk Ennepe-Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Mehr Unterstützung der Kommunen durch die Bundesregierung

Mehr Unterstützung der Kommunen durch die Bundesregierung

- In NRW und damit auch im EN-Kreis ist die Zahl der Menschen, die aufgrund von Kriegen und Menschenrechtsverletzungen Schutz suchen sehr stark gestiegen. Die meisten von ihnen werden für längere Zeit, viele auch auf

Erledigt durch Annahme von II in geänderter Fassung

10 Dauer bei uns bleiben. Die Hilfsbereitschaft der Menschen im Ennepe-Ruhr-Kreis ist groß. Das zeigt: Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist sich der humanitären Verantwortung in dieser besonderen Lage bewusst. Ausländerfeindlichkeit und Extremisten von rechts haben bei uns keine Chance.

15 Wir wollen alles tun, damit das so bleibt. Unseren Kommunen kommt die wichtige Aufgabe zu, eine hohe Integrationsleistung zu erbringen. Neben der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen geht es vor allem um die Kinder und ihre Zukunftsperspektive. 20 Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Allen Mädchen und Jungen muss das Recht auf Bildung, wie es in der UN-Kinderrechtskonvention verankert ist, gewährt werden. Sprachkurse müssen unbürokratisch 25 durchgeführt werden. Der Übergang von Schule und Beruf sowie der schnelle Zugang zum Arbeitsmarkt für Erwachsene müssen organisiert werden. Wir erwarten hierbei die Unterstützung des Kommunalen Integrationszentrums (KIZ). Das Ehrenamt ist 30 zu stärken und für eine breite Unterstützung und Hilfe zu nutzen.

35 Die Kommunen haben seit längerem mit steigenden Sozialkosten zu kämpfen. Sie brauchen eine größere finanzielle Unterstützung.

40 Nach 91,1 Mio € im Jahr 2014 stellt das Land NRW u.a. nach dem Flüchtlingsgipfel vom Oktober 2014 nunmehr aus Landesmitteln im Haushalt 2015 197 Mio € (+ 106 Mio. €) für die Kommunen zur Verfügung. Daneben hat das Land weitere 54 Mio. € des Bundes 1:1 an 45 die Kommunen weitergeleitet. Letztlich hat das Land den Betrag der pauschalen Sonderzuweisung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 20 Mio. € in 2014 auf 32 Mio. € in 2015 erhöht, also weitere 50 12 Mio. Euro. Damit erhalten die Kommunen in 2015 263 Mio € nach 103 Mio. € in 2014, ein Zuwachs von knapp 160 Mio. €. Aus dem Haushalt 2015 haben die Kommunen des Ennepe-Ruhr-Kreises davon in Höhe von 55 insgesamt knapp 4,9 Mio € profitiert.

Wir begrüßen deshalb die aktuellen Maßnahmen der NRW Landesregierung ausdrücklich.

60

Wir wissen aber auch, dass das nicht ausreicht. Auch die Bundesregierung muss an ihre Schmerzgrenze gehen, um Länder und Kommunen finanziell besser zu unterstützen.
65 Finanzieller Spielraum muss ausgeschöpft werden.

Die Kosten im Zusammenhang mit den steigenden Flüchtlingszahlen müssen auch langfristig gerecht zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden. Wir unterstützen deshalb die Forderung des Landes NRW nach einer Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir erwarten von der CDU/CSU, ihren Widerstand gegen die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes aufzugeben, damit die Flüchtlinge vollständig in die sozialen Sicherungssysteme aufgenommen und die mit der Integration verbundenen Kosten – insbesondere die der angemessenen Gesundheitsversorgung nach dem SGB V – durch den Bund getragen werden. Wir wollen nicht nur damit eine dauerhafte und nachhaltige finanzielle Entlastung der Kommunen und eine schnelle Integration derjenigen, die dauerhaft bei uns bleiben, ermöglichen.
70
75
80
85

Unser Ziel ist eine humanitäre, menschenwürdige Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge im Ennepe-Ruhr-Kreis. Dafür setzt sich der SPD-Unterbezirk ein.
90

Antrag I 4

Ortsverein FR-Mooswald-Landwasser-Lehen (Landesverband Baden-Württemberg)

Beteiligung an den Kosten der Polizeieinsätze bei Bundesliga-Spielen

Die SPD setzt sich dafür ein, dass sich die Profivereine des Fußballs bundesweit einheitlich an den Polizeikosten bei Bundesliga-Spielen beteiligen.

Beteiligung an den Kosten der Polizeieinsätze bei Bundesliga-Spielen

Überweisung an Parteivorstand: Forum Innenpolitik.

Antrag I 5

Ortsverein Warstein-Möhnetal (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Verpflichtendes Lobbyregister

Wir fordern ein verpflichtendes Lobbyregister, das offenlegt, welche Lobbyisten für welche Anliegen arbeiten – und wer sie dafür bezahlt.

Verpflichtendes Lobbyregister

Erledigt durch Regierungsprogramm (Kap. VIII, S. 96)

Antrag I 6*Unterbezirk Nürnberg (Landesverband Bayern)***Transparenz und Kontrolle des Einflusses von Lobbyisten auf die Gesetzgebung des Bundes**

Die SPD und ihre Abgeordneten im Bundestag werden aufgefordert sich für die Einführung eines durch jedermann kostenlos einsehbaren (z.B. Internet), verpflichtenden

5 Lobbyistenregisters einzusetzen. In einem solchen Register muss sich jeder eintragen, der "Einfluss ausüben will" und zu diesem Zweck Kontakt zu Personen aufnimmt, die in die

10 Gesetzgebung involviert sind. Das Register enthält die Personen, die von ihnen vertretenen Organisationen, den für die Einflussnahme genutzten/bereitgestellten jährlichen

15 Finanzrahmen und die Zielrichtung der Einflussnahme. Weiter wird die SPD-Fraktion im Bundestag dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass das Gesetzgebungsverfahren im Sinne einer „legislativen Fußspur“ um folgende Formvorschrift ergänzt wird:

20 Beteiligungen von externen Organisationen oder ihrer Vertreter oder sonstigem externen Personal an der Ausarbeitung von Gesetzen, sind als Anhang zum jeweiligen Gesetz verpflichtend anzuführen. In diesem Anhang

25 sind die beeinflussenden Organisationen/Personen im Zusammenhang mit den von ihnen beeinflussten Textstellen darzustellen.

Transparenz und Kontrolle des Einflusses von Lobbyisten auf die Gesetzgebung des Bundes

Erledigt durch Regierungsprogramm

Antrag I 7*120 Kreis Reinickendorf (Landesverband Berlin)***Aufhebung der Vorrangprüfung**

Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, das Aufenthaltsgesetz und die

5 Beschäftigungsverordnung mit dem Ziel zu ändern, die Vorrangprüfung der Bundesagentur für Arbeit bei der Prüfung der Zustimmung zur Ausübung einer Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern aufzuheben.

10 Darüber hinaus werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats aufgefordert, sich für eine Bundesratsinitiative einzusetzen, die die Aufhebung der Vorrangprüfung zum Ziel hat.

Aufhebung der Vorrangprüfung

Überweisung an Bundestagsfraktion

Antrag I 8*Ortsverein Rödermark (Bezirk Hessen-Süd)***Stärkung des BND-Kontrollgremiums**

5 Der Parteikonvent möge beschließen, dass die SPD sich für eine wesentliche Verbesserung der Kontrolle der deutschen Nachrichtendienste wie BND und BSI und MAD durch die Parlamente einsetzt. Hierzu sind insbesondere die Minderheitenrechte der Fraktionen in den Kontrollausschüssen und

10 Untersuchungsausschüssen zu stärken und die personelle Besetzung der Fraktionen und Mitarbeiter wesentlich zu verbessern. Außerdem ist umzusetzen, dass die Nachrichtendienste den Kontrollgremien regelmäßig umfangreich Bericht erstatten und

15 der Zugang zu relevanten Daten den einzelnen Mitgliedern der Kontrollgremien und Untersuchungsausschüsse ermöglicht wird.

Stärkung des BND-Kontrollgremiums

Annahme des ersten Satzes in geänderter Fassung:

Der Parteikonvent möge beschließen, dass die SPD sich für eine wesentliche Verbesserung der Kontrolle der deutschen Nachrichtendienste wie BND und ~~BSI~~ BfV und MAD durch die Parlamente einsetzt. [...]

Ansonsten Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion.

Antrag I 9*Landesverband Sachsen***Forderung an die Bundesregierung um Aufnahmezusage für Edward Snowden**

5 Die SPD Sachsen fordert die Bundesregierung sowie das Bundesministerium des Inneren auf, eine Aufnahmezusage für Herrn Edward Snowden nach § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz zu erklären und sie setzt sich in der Regierungsverantwortung dafür ein, dieses politische Ziel umzusetzen.

Forderung an die Bundesregierung um Aufnahmezusage für Edward Snowden

Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion

Die Antragskommission hat in der Sitzung am 31. Mai 2015 den SPD-Parteivorstand gebeten,

1. der Debatte zum Thema Höchstspeicherfristen auf dem Parteikonvent am 20. Juni 2015 ausreichend und prominent Zeit einzuräumen.
2. Für die Gliederungen und den SPD-Parteivorstand gibt die Antragskommission folgende weiterführende Information an die Hand: „Vom Parteitagsbeschluss bis zum Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“. Auf dieser Grundlage empfiehlt die Antragskommission dem SPD-Parteivorstand einen Initiativantrag auf dem Parteikonvent einzubringen.
3. Im Hinblick darauf werden die Anträge I10 bis I34 zur Ablehnung empfohlen.

Vom Parteitagsbeschluss bis zum Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

Im Folgenden werden die verschiedenen Anforderungen aus dem Bundesparteitagsbeschluss und den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts sowie des Europäischen Gerichtshofs dargestellt und der Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten erläutert. In der Gesamtschau ist es gelungen, mit dem Gesetzentwurf und der darin festgeschriebenen (daten-)differenzierten Herangehensweise, den äußerst kurzen Höchstspeicherpflichten, den vorgeschriebenen Restriktionen und Verpflichtungen für Ermittlungsbehörden und Justiz und den klaren Vorgaben für verpflichtende Maßnahmen zur Gewährleistung höchster Datensicherheit bei den Telekommunikationsunternehmen, das legitime Sicherheitsinteresse der Bürgerinnen und Bürger mit den gewichtigen Anforderungen eines modernen Datenschutzes in Einklang zu bringen.

1. Der Parteitagsbeschluss 2011

Der Parteitag hat sich am 6. Dezember 2011 für die Einführung einer Vorratsdatenspeicherung unter engen rechtsstaatlichen Voraussetzungen ausgesprochen. Vorausgegangen war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in der das Gericht das alte Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für verfassungswidrig erklärt hatte.

Nach Beschlusslage sind bei der Einführung einer Speicherpflicht für Provider der Datenschutz und die Grundrechte zu achten, d.h.:

- **Speicherfristen** von deutlich unter sechs Monaten (drei Monate in aller Regel ausreichend), zudem eine Differenzierung der Speicherfristen und Zugriffsvoraussetzungen anhand der zu speichernden Datenarten hinsichtlich der Eingriffsintensität
- Richterliche Entscheidung vor Abruf gespeicherten Daten (**qualifizierter Richtervorbehalt**)
- **Abruf** der gespeicherten Daten nur bei schwersten Straftaten gegen Leib, Leben oder sexuelle Selbstbestimmung, insbesondere kein Zugriff für zivilrechtliche Zwecke (z.B. für Urheberrechts –und Copyright-Fragen)
- Kein Abruf der gespeicherten Daten zur Erstellung eines **Bewegungsprofils**
- Bei Abruf Protokollierung und nach Abruf Benachrichtigung des Betroffenen
- Absolutes Verwertungsverbot für Daten eines **Berufsgeheimnisträgers**
- Einhaltung der vom Bundesverfassungsgericht festgelegten **Datenschutzstandards**
- Strenge **Sanktionen** bei Verstoß gegen die Regelungen und Standards

Darüber hinaus hat sich der Parteitag dafür ausgesprochen, klare Rahmen zu setzen für Datensammlungen, die die Provider ohne gesetzliche Verpflichtungen speichern.

2. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs

Im März 2010 hat das **Bundesverfassungsgericht** das damalige deutsche Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung für nichtig erklärt, die Vorratsdatenspeicherung als solche unter bestimmten Voraussetzungen aber weiter für zulässig erachtet. Erforderlich seien hinreichend anspruchsvolle und normenklare Regelungen hinsichtlich der **Datensicherheit**, der **Datenverwendung**, der **Transparenz** und des **Rechtsschutzes**, **Richtervorbehalt** und **Schutz der Berufsgeheimnisträger**. Der Abruf und die unmittelbare Nutzung der Daten seien nur verhältnismäßig, wenn sie überragend wichtigen Aufgaben des Rechtsgüterschutzes dienen.

Im April 2014 hat der **Europäische Gerichtshof** (EuGH) die bis dahin geltende EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung wegen Verstoßes gegen die EU-Grundrechtscharta für nichtig erklärt. Festgestellt wurden Verstöße gegen die Grundrechte auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten. Auch der EuGH hat die Vorratsdatenspeicherung nicht generell für unzulässig erachtet, sondern rechtsstaatliche Vorgaben gefordert, die dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit hinreichend Rechnung tragen. So darf die elektronische Kommunikation nicht umfassend einer anlasslosen Speicherpflicht unterworfen werden. Wie dieses Ziel erreicht wird, bleibt dem Gesetzgeber überlassen. Auch der EuGH legt Wert auf den Schutz von Berufsgeheimnisträgern. Die Daten dürfen nur zur Verhütung, Feststellung und Verfolgung schwerer Straftaten gespeichert werden und müssen vor unberechtigter Nutzung geschützt werden. Speicherung und Abruf der Daten sind klar und präzise zu regeln.

3. Der Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten

Mit dem Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten hat die Bundesregierung am 27. Mai 2015 einen Gesetzentwurf beschlossen, der deutlich restriktiver ist als das, was früher als Vorratsdatenspeicherung bezeichnet wurde. Die strengen Maßstäbe des Parteitagbeschlusses vom Dezember 2011 sind umgesetzt und zum Teil sogar übertroffen. Zudem sind die verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs eingehalten.

Der Gesetzentwurf sieht Folgendes vor:

- Provider müssen bestimmte Verkehrsdaten speichern, insbesondere die Rufnummer der beteiligten Telefonanschlüsse, Zeitpunkt und Dauer eines Anrufs, bei Mobilfunk die Standortdaten sowie wann und wie lange eine IP-Adresse einem bestimmten Computer, Smartphone o.ä. zugeordnet war, d.h. wann von diesem Gerät das Internet benutzt wurde.
- Nicht gespeichert werden dürfen jegliche Inhalte von Kommunikation, auch nicht der Inhalt von Telefongesprächen und welche Internetseiten aufgerufen wurden. **E-Mails** sind generell und komplett von der Speicherpflicht ausgenommen.
- Die **Speicherfrist** ist differenziert und bestimmt sich nach der Eingriffsintensität der Datenart: Die Daten werden grundsätzlich zehn Wochen gespeichert; die besonders sensiblen und eingriffsintensiven Standortdaten lediglich vier Wochen. Nach Ablauf der Fristen sind die Unternehmen verpflichtet, die Daten binnen einer Woche zu löschen.
- Die Daten werden bei den Telekommunikationsunternehmen gespeichert. Die Strafverfolgungsbehörden können nur dann einzelne Daten abrufen, wenn ein Richter oder eine Richterin dies für den konkreten Einzelfall nach Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen und Verhältnismäßigkeitsprüfung erlaubt. Die Datennutzung unterliegt also ausnahmslos einem umfassenden **Richtervorbehalt**. Eine Eilkompetenz der Staatsanwaltschaft existiert nicht.
- **Abgerufen** werden dürfen die Daten von der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung einzeln aufgeführter besonders schwerer Straftaten, insbesondere bei terroristischen Taten und anderen Delikten gegen Leib, Leben, Freiheit und sexuelle Selbstbestimmung, also etwa bei Mord, Totschlag oder schwerem sexuellen Missbrauch von Kindern. Ein Abruf für zivilrechtliche Zwecke ist ausgeschlossen.
- Die Erstellung von **Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen** soll durch die verkürzte Speicherfrist und hohe Hürden für den Abruf von Standortdaten Daten verhindert werden.
- **Transparenz:** Der Abruf der Daten ist keine verdeckte Maßnahme. Die betroffenen Personen sind grundsätzlich vor dem Abruf der Daten zu benachrichtigen, im Übrigen werden die Betroffenen nachträglich benachrichtigt. Der Abruf ist zu protokollieren.

- Zum **Schutz der Berufsgeheimnisträger** sind von der Speicherpflicht ausgenommen Daten, die etwa bei der Kontaktaufnahme zu Telefonseelsorge-Hotlines anfallen. Daten, die bei der Kommunikation mit Personen anfallen, denen die Strafprozessordnung ein Zeugnisverweigerungsrecht einräumt (etwa Geistliche, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker, Journalisten, Volksvertreter) dürfen von den Strafverfolgungsbehörden nicht abgerufen werden. Zufallsfunde unterliegen einem Verwertungsverbot, d.h. sie dürfen in keinem Fall genutzt werden.
- Für die Speicherung gelten die hohen **Datenschutzstandards** des Bundesverfassungsgerichts.
- **Strenge Sanktionen:** Bei Verstößen drohen den Unternehmen Geldbußen von 100.000 bis 500.000 Euro

Dieser Gesetzentwurf ist deutlich restriktiver als das, was früher als Vorratsdatenspeicherung bezeichnet wurde, denn:

- Es wird sehr viel kürzer gespeichert; die alte EU-Richtlinie sah eine Speicherung bis zu zwei Jahren vor, das verfassungswidrige deutsche Gesetz eine Speicherung von sechs Monaten. Der Gesetzentwurf liegt mit zehn bzw. vier Wochen sogar deutlich unter der im Beschluss des Parteitag angestrebten **Speicherfrist** („deutlich unter sechs Monaten“)
- Es werden **weniger Daten gespeichert** als zuvor; so sind etwa E-Mail-Daten jetzt komplett ausgenommen.
- Die Voraussetzungen für den **Abruf** auf die Daten sind strenger; der Kreis der Taten, für deren Aufklärung die Daten genutzt werden dürfen, ist enger.
- Der Abruf von **Standortdaten** wurde generell verschärft. Zu geschäftlichen Zwecken gespeicherte Standortdaten dürfen nicht mehr abgerufen werden. Abgerufen werden dürfen nur noch die verpflichtend gespeicherten Standortdaten unter den oben genannten strengen Voraussetzungen.
- Die Erstellung von **Bewegungs- und Persönlichkeitsprofilen** soll durch die verkürzte Speicherfrist und hohe Hürden für den Abruf von Standortdaten verhindert werden.
- Erstmals gibt es ein klares **Verwertungsverbot** von Daten von Berufsgeheimnisträgern. Eine „Whitelist“ mit von allen Berufsgeheimnisträgern in Deutschland, mit all ihren Telefonnummern, IP-Adresse etc., die für ein Erhebungsverbot erforderlich wären, ist bei genauer Betrachtung kein Gewinn an Datenschutz, sondern angesichts der Brisanz einer solchen umfassenden Liste das Gegenteil.
- Eine **Eilkompetenz** der Staatsanwaltschaft gibt es nicht. Nur ein Gericht darf den Zugriff der Ermittlungsbehörden auf die Kundendaten bei den Unternehmen erlauben - ausdrücklich ohne die sonst vielfach übliche Eilkompetenz des Staatsanwalts, die letztendlich dem Richter nur noch nachträglich die Entscheidung überlässt, ob er eine bereits erfolgte Abfrage genehmigt oder andernfalls für rechtswidrig erklärt.
- Erstmals werden enorm hohe **Datenschutzstandards** bei den Providern gesetzlich verpflichtend vorgeschrieben. Bisher gibt es hier keine einheitlichen Schutzstandards. Das Gesetz wird zum ersten Mal bestimmen, welche Anonymisierungs-, Kryptorisierungs-Standards, etc. von den Telekommunikationsunternehmen verpflichtend eingehalten werden müssen – mit massiven Geldbußandrohungen, falls ein Unternehmen dem nicht nachkommt.

Der Gesetzentwurf sieht zugleich vor, den neuen Straftatbestand der „Datenhehlerei“ zu schaffen. Damit wird sichergestellt, dass Daten nicht nur vor Ausspähung geschützt sind, sondern auch der Handel mit ausgespähten Daten unter Strafe steht.

4. Bewertung

Der vorgelegte Gesetzentwurf greift die allermeisten Argumente der Kritiker einer Höchstspeicherpflicht auf. Er erfüllt die Vorgaben aus den Urteilen des BVerfG und des EuGH. Vor allem hat er aber noch einmal die Anforderungen in erheblichem Maße verschärft, die wir auf dem Parteitag 2011 an ein solches Ermittlungsinstrument geknüpft haben:

- Speicherfrist unter 3 Monaten mit 4 Wochen bzw. 10 Wochen.
- Für die sensiblen Daten wird eine Löschverpflichtung eingeführt.

- Eine Datenart (Email) wird komplett ausgenommen.
- Der Abruf der besonders sensiblen Standortdaten wurde nochmals verschärft: Abgerufen werden dürfen nur noch die verpflichtend gespeicherten Standortdaten innerhalb von vier Wochen und nur bei Verdacht auf eine Straftat aus dem eng umrissenen Straftatenkatalog. Dies ist auch eine klare Verbesserung zum Status Quo.

5. Speicherung, Verknüpfung und Auswertung von Daten durch private Anbieter

Unabhängig von dem staatlichen Zugriff auf Verkehrsdaten, speichern private Anbieter in umfangreichster Weise Daten von Kunden und Nutzern.

Die technologische Entwicklung erlaubt heute erstmals eine umfassende Verknüpfung von Informationen aus verschiedenen Quellen sowie deren detaillierte Auswertung (Big Data). In der Verarbeitung, Aggregation und Verknüpfung unterschiedlichster Datenarten und Datenmengen in Echtzeit liegt großes gesellschaftliches und wirtschaftliches Potenzial. So können z.B. mittelständige Unternehmen durch individualisierte Kundenlösungen Wettbewerbsvorteile erlangen. In diesen Entwicklungen liegt aber auch ein erhebliches Risiko für die informationelle Selbstbestimmung.

Der SPD-Parteikonvent fordert, dass für die Speicherung, Weitergabe und Verkauf sowie für einen Zugriff durch Dritte auf die von privaten Anbietern gespeicherten Daten ein klarer gesetzlicher Rahmen gesetzt wird. Da unterschiedliche Datenarten verschiedene Gefährdungspotentiale aufweisen, ist dabei nach Datenarten zu differenzieren.

Unternehmen, die eine marktbeherrschende Position innehaben, können sich dem Wunsch der Nutzer nach mehr Datenschutz durch ihre Monopolstellung entziehen. Je mehr Mitglieder sich in sozialen Netzwerken vernetzen, desto attraktiver wird die Plattform für neue Mitglieder. Denn die meisten Nutzer werden dorthin gehen, wo die größte Anzahl von Freunden angemeldet ist. Auch Suchmaschinen werden immer besser, je mehr Nutzer ihre Suchanfragen stellen. Insofern ist ein Abmelden der Nutzer von diesen Anbietern nur mit hohen Kosten, wie eine schlechtere Vernetzung mit Gleichgesinnten, ein Vorbehalten von Informationen oder ungenaueren Suchergebnissen verbunden. Im Alltag nehmen Menschen aufgrund der gefühlten Alternativlosigkeit zur angebotenen Dienstleistung mit den gegebenen Geschäftsbedingungen daher häufig Einschränkungen ihres Datenschutzes notgedrungen in Kauf. Deswegen unterstützen wir die Bemühungen zum Abschluss einer Datenschutzgrundverordnung in der EU. Mit einer Datenschutzgrundverordnung würden erstmals klare und einheitliche Regelungen in der EU gelten. Dadurch kann auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Fähigkeit des Staates, Datenschutz gegenüber privaten Anbietern durchzusetzen, verbessert werden.

Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sind zur Beachtung des Datenschutzes und der Datensicherheit nicht allein rechtlich passiv verpflichtet. Vielmehr fordern wir, dass diese Vorgaben bei der Planung von betrieblichen und organisatorischen Prozessen und Geschäftsmodellen aktiv beachtet, proaktiv implementiert und auf Organisationsebene weiter entwickelt werden. Datenschutz und Datensicherheit müssen von vornherein in die Prozesse und Abläufe integriert sein (privacy by design und privacy by default).

Antrag I 10

1. Ortsverein Stadt Baesweiler (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
2. Ortsverein Köln-Bilderstöckchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
3. Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
4. Ortsverein Telgte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
5. Ortsverein Arnsberg-Neheim (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
6. Ortsverein Bochum-Ehrenfeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
7. Ortsverein Bad Salzuflen-Lockhausen-Biemsen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
8. Stadtverband Neuss (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
9. Unterbezirk Kreis Wesel (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
10. Unterbezirk Bottrop (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
11. Ortsverein Speyer-Süd (Landesverband Rheinland-Pfalz)
12. Ortsverein Heidesheim (Landesverband Rheinland-Pfalz)
13. Ortsverein Gartenfeld-Neustadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)
14. Stv Speyer (Landesverband Rheinland-Pfalz)
15. Unterbezirk Vorderpfalz (Landesverband Rheinland-Pfalz)
16. Ortsverein Weilbach (Landesverband Bayern)
17. Ortsverein M-Schwabing-West (Landesverband Bayern)
18. Kreisverband Fürth Stadt (Landesverband Bayern)
19. Ortsverein Tamm (Landesverband Baden-Württemberg)
20. Ortsverein Gerlingen (Landesverband Baden-Württemberg)
21. Ortsverein Freiberg 71691 (Landesverband Baden-Württemberg)
22. Ortsverein Baiersbronn (Landesverband Baden-Württemberg)
23. Ortsverein Bad Liebenzell (Landesverband Baden-Württemberg)
24. Ortsverein Ilmenau/Thür. (Landesverband Thüringen)
25. Kreisverband Ilm-Kreis (Landesverband Thüringen)
26. Ortsverein Frankfurt Sachsenhausen (Bezirk Hessen-Süd)
27. Ortsverein Frankfurt Niederrad (Bezirk Hessen-Süd)
28. 03/12 Helmholtzplatz (Landesverband Berlin)
29. 02/12 Petersburger Platz (Landesverband Berlin)
30. Unterbezirk Teltow-Fläming (Landesverband Brandenburg)
31. Ortsverein Halle-Nordost (Landesverband Sachsen-Anhalt)
32. Ortsverein Magdeburg-Reform/Südost (Landesverband Sachsen-Anhalt)
33. Ortsverein Schneverdingen (Bezirk Nord-Niedersachsen)
34. Unterbezirk Heidekreis (Bezirk Nord-Niedersachsen)
35. Ortsverein Barmbek Mitte (Landesorganisation Hamburg)
36. Kreis IV Nord (Landesorganisation Hamburg)
37. Ortsverein Amtsbereich Leezen (Landesverband Schleswig-Holstein)
38. Kreisverband Lübeck (Landesverband Schleswig-Holstein)
39. Kreisverband Segeberg (Landesverband Schleswig-Holstein)

**Keine Vorratsdatenspeicherung in
Deutschland und Europa**

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.

5

10

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose

**Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland
und Europa**

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

15 und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

20 Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw.
25 Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

30 Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitag in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen
35 Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG
40 verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6,
45 höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der
50 Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende
55 Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

60 Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,
65 das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht

stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.

Die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das mit vermeintlichen – aber nicht belegten – Vorteilen bei der Strafverfolgung nicht aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung und Vorbeugung von Straftaten müssen Energie und Ressourcen gezielt zum Einsatz gebracht werden und daher v.a. die Personalmittel von Polizei und Sicherheitsbehörden ihren Aufgaben angemessen aufgestockt werden.

Antrag I II

1. Ortsverein Essen-Rellinghausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
2. Ortsverein Essen-Holsterhausen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
3. Unterbezirk Gelsenkirchen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
4. Ortsverein Schifferstadt (Landesverband Rheinland-Pfalz)
5. Unterbezirk Landshut (Landesverband Bayern)
6. Bezirksverband Oberpfalz (Landesverband Bayern)
7. Kreisverband Freiburg (Landesverband Baden-Württemberg)
8. Ortsverein Dresden-Plauen (Landesverband Sachsen)
9. Unterbezirk Dresden (Landesverband Sachsen)
10. SV Magdeburg (Landesverband Sachsen-Anhalt)
11. Ortsverein Ganderkesee (Bezirk Weser-Ems)
12. Ortsverein Cuxhaven (Bezirk Nord-Niedersachsen)
13. Ortsverein Norderstedt (Landesverband Schleswig-Holstein)
14. Kreisverband Ostholstein (Landesverband Schleswig-Holstein)
15. Kreisverband Lauenburg (Landesverband Schleswig-Holstein)
16. Kreisverband Plön (Landesverband Schleswig-Holstein)

17. Landesverband Sachsen

18. Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw. Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

50 Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür
ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben
des Bundesverfassungsgerichts europäisches
Recht umzusetzen und sich zugleich auf
europäischer Ebene für eine grundlegende
55 Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es
eine solche europäische Verpflichtung zur
Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht
mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in
Berlin gegenstandslos.

60 Die anlasslose und flächendeckende
Vorratsdatenspeicherung ist ein
undifferenziertes und rechtlich
unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,
65 das die Grundrechte in unzumutbarer Art
einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in
der Europäischen Union unter Generalverdacht
stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte,
dass die Richtlinie zur Einführung einer
70 Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta
der Grundrechte der Europäischen Union
vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht
urteilte, dass die damalige
Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1
75 des Grundgesetz (Brief-, Post- und
Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von
80 Telekommunikationsdaten birgt durch die
dabei entstehenden Datenmengen ein
unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs
mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu
belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung
aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von
85 Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen
Mittel ausgeschöpft werden und
Ermittlungsbehörden ausreichend personell und
technisch ausgestattet sein.

Antrag I 12

Landesverband Berlin

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich klar gegen eine
Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung
(VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf
europäischer Ebene bedarf es keiner
5 Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-
Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der
Bundesregierung wird die SPD nationale
Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der
Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115
aufgezeigt wird.

10 Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.
Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu
aufgefordert, gegen eine mögliche
Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose
und flächendeckende Speicherung ist mit den
15 verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben
nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den
Grundwerten der Sozialdemokratie.

Auch die im April 2015 veröffentlichten
20 Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht
und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten
umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der
Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos
und flächendeckend Telekommunikations- und
25 hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw.
Monate gespeichert. Die SPD lehnt die
Leitlinien ab und fordert die SPD-
Bundestagsfraktion auf, entsprechenden
Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht
zuzustimmen.

30 Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte
stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des
Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist
nach der Entscheidung des Europäischen
35 Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor
dem Hintergrund der damals gültigen EU-
Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung
der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete,
entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG
40 verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu
erlassen, durch welches alle
Telekommunikationsunternehmen verpflichtet
werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer
Kundinnen und Kunden mindestens 6,
45 höchstens 24 Monate zu speichern. Das
Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit
dem diese Richtlinie in deutsches Recht
umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig
erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der
50 Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür
ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben
des Bundesverfassungsgerichts europäisches
Recht umzusetzen und sich zugleich auf
europäischer Ebene für eine grundlegende
55 Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es
eine solche europäische Verpflichtung zur
Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht
mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in
Berlin gegenstandslos.

60 Die anlasslose und flächendeckende
Vorratsdatenspeicherung ist ein
undifferenziertes und rechtlich

65 unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,
das die Grundrechte in unzumutbarer Art
einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in
der Europäischen Union unter Generalverdacht
stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte,
70 dass die Richtlinie zur Einführung einer
Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta
der Grundrechte der Europäischen Union
vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht
urteilte, dass die damalige
75 Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1
des Grundgesetz (Brief-, Post- und
Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von
80 Telekommunikationsdaten birgt durch die
dabei entstehenden Datenmengen ein
unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs
mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu
belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung
aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von
85 Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen
Mittel ausgeschöpft werden und
Ermittlungsbehörden ausreichend personell und
technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen
Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder
90 gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.

Die anlasslose Speicherung von
Telekommunikationsdaten birgt durch die
dabei entstehenden Datenmengen ein
95 unverhältnismäßiges Risiko, das mit
vermeintlichen – aber nicht belegten –
Vorteilen bei der Strafverfolgung nicht
aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung und
Vorbeugung von Straftaten müssen Energie
100 und Ressourcen gezielt zum Einsatz gebracht
werden und daher v.a. die Personalmittel von
Polizei und Sicherheitsbehörden ihren
Aufgaben angemessen aufgestockt werden.

105 Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die
Mitgliedschaft der SPD über den
Koalitionsvertrag abgestimmt hat. Gerade diese
Beschlussfassung ist in Bezug auf die
Vorratsdatenspeicherung ebenfalls
110 gegenstandlos. Hier kann man eindeutig von
einem Wegfall der „politischen“
Geschäftsgrundlage sprechen.

Antrag I 13*080 Kreis Neukölln (Landesverband Berlin)***Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa**

1. Die SPD lehnt eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung oder Höchstspeicherfrist) von Kommunikationsdaten, wie Telefon- und Internetverbindungen sowie Standortdaten, in jeglicher Form ab und spricht sich gegen dessen Wiedereinführung aus.
- 5
2. Die BT-Fraktion wird aufgefordert, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung („Speicherungspflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“) nicht zuzustimmen.
- 10

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Antrag I 14

1. *Unterbezirk Mülheim Ruhr (Landesverband Nordrhein-Westfalen)*
2. *060 Kreis Steglitz-Zehlendorf (Landesverband Berlin)*
3. *Ortsverein Südstadt (Landesverband Mecklenburg-Vorpommern)*

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

- Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.
- 5
- Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.
- 10
- 15

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

- Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherungspflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw. Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-
- 20
- 25

Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

Antrag I 15

1. Ortsverein Solingen-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
2. Ortsverein Neuss-Rosellen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
3. Ortsverein Ulmer Westen (Landesverband Baden-Württemberg)
4. Ortsverein Weinsberg (Landesverband Baden-Württemberg)
5. Kreisverband Ulm (Landesverband Baden-Württemberg)
6. 070 Kreis Tempelhof-Schöneberg (Landesverband Berlin)
7. Ortsverein Magdeburg-Stadtfeld (Landesverband Sachsen-Anhalt)
8. Ortsverein Rotenburg (Bezirk Nord-Niedersachsen)
9. Kreis III Eimsbüttel (Landesorganisation Hamburg)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Der SPD-Parteikonvent möge beschließen:

5 Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale

10 Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche

15 Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

20 Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen

25 EURichtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein

30 Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das

35 Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.

Die anlasslose Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das mit vermeintlichen – aber nicht belegten – Vorteilen bei der Strafverfolgung nicht aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung und Vorbeugung von Straftaten müssen Energie und Ressourcen gezielt zum Einsatz gebracht werden und daher v.a. die Personalmittel von Polizei und Sicherheitsbehörden ihren

Aufgaben angemessen aufgestockt werden.

Antrag I 16

1. Ortsverein Essen-Rüttenscheid (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
2. Unterbezirk Aachen (Landesverband Nordrhein-Westfalen)
3. Ortsverein Altusried (Landesverband Bayern)
4. Ortsverein Himmelsthür (Bezirk Hannover)
5. Unterbezirk Hildesheim (Bezirk Hannover)
6. Unterbezirk Hameln-Pyrmont (Bezirk Hannover)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Der SPD-Parteikonvent möge beschließen:

5 Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale
10 Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche
15 Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

20 Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor
25 dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein
30 Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das
35 Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür
40 ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

45 Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

50 Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art
55 einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta
60 der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und
65 Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein
70 unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen
75 Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein.

Antrag I 17

1. Ortsverein Loxstedt (Bezirk Nord-Niedersachsen)
2. Ortsverein Stellingen (Landesorganisation Hamburg)
3. Ortsverein Föhr (Landesverband Schleswig-Holstein)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner
5 Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

10 Eine anlasslose und flächendeckende
Speicherung ist mit den verfassungs- und
europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar –
und ebenso wenig mit den Grundwerten der
Sozialdemokratie.

15

Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte
stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des
Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist
nach der Entscheidung des Europäischen
20 Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor
dem Hintergrund der damals gültigen EU-
Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung
der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete,
25 entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG
verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu
erlassen, durch welches alle
Telekommunikationsunternehmen verpflichtet
werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer
Kundinnen und Kunden mindestens 6,
30 höchstens 24 Monate zu speichern. Das
Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit
dem diese Richtlinie in deutsches Recht
umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig
erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der
35 Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür
ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben
des Bundesverfassungsgerichts europäisches
Recht umzusetzen und sich zugleich auf
europäischer Ebene für eine grundlegende
40 Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es
eine solche europäische Verpflichtung zur
Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht
mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in
Berlin gegenstandslos.

45

Die anlasslose und flächendeckende
Vorratsdatenspeicherung ist ein
undifferenziertes und rechtlich
unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,
50 das die Grundrechte in unzumutbarer Art
einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in
der Europäischen Union unter Generalverdacht
stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte,
dass die Richtlinie zur Einführung einer
55 Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta
der Grundrechte der Europäischen Union
vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht
urteilte, dass die damalige
Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1
60 des Grundgesetz (Brief-, Post- und
Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von
Telekommunikationsdaten birgt durch die

65 dabei entstehenden Datenmengen ein
unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs
mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu
belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung
aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von
70 Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen
Mittel ausgeschöpft werden und
Ermittlungsbehörden ausreichend personell und
technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen
Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder
75 gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.

Die anlasslose Speicherung von
Telekommunikationsdaten birgt durch die
dabei entstehenden Datenmengen ein
80 unverhältnismäßiges Risiko, das mit
vermeintlichen –aber nicht belegten –Vorteilen
bei der Strafverfolgung nicht aufgewogen
werden kann. Zur Aufklärung und Vorbeugung
von Straftaten müssen Energie und Ressourcen
85 gezielt zum Einsatz gebracht werden und daher
v.a. die Personalmittel von Polizei und
Sicherheitsbehörden ihren Aufgaben
angemessen aufgestockt werden.

Antrag I 18

Ortsverein DA-Martinsviertel/Johannesviertel (Bezirk Hessen-Süd)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich gegen eine
Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung
(VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf
europäischer Ebene bedarf es keiner
5 Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-
Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der
Bundesregierung wird die SPD nationale
Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der
Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.
10 Eine anlasslose und flächendeckende
Speicherung ist mit den verfassungs- und
europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar –
und ebenso wenig mit den Grundwerten der
Sozialdemokratie.

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der
Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115
aufgezeigt wird.

Antrag I 19

Ortsverein Köln-Mitte (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Keine flächendeckende und anlasslose Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich klar gegen eine

Keine flächendeckende und anlasslose Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der

- Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.
- Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.
- Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

60 vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

65 Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden, Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von
70 Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen
75 Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder gar ausgleichen zu wollen führt am Ziel vorbei.

Antrag I 20

Unterbezirk Landkreis Harburg (Bezirk Hannover)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

5 Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Der Parteikonvent und die SPD-Bundestagsfraktion werden dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen.

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Antrag I 21

Unterbezirk Bielefeld (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Freiheit und Demokratie verteidigen – aber richtig: Nein zur Vorratsdatenspeicherung!

5 Der Parteikonvent der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands möge beschließen:

Die SPD lehnt jegliche anlasslose Speicherung von Telefon- und Internetverbindungsdaten ab und spricht sich mit Nachdruck gegen jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung aus.

Freiheit und Demokratie verteidigen – aber richtig: Nein zur Vorratsdatenspeicherung!

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Antrag I 22*Unterbezirk Münster (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Vorratsdatenspeicherung endlich begraben!**

In den vergangenen zwei Wochen ist das Thema Vorratsdatenspeicherung wieder auf die Tagesordnung gehoben worden. Die SPD spricht sich hiermit gegen die Bestrebungen der Parteispitze und der sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung aus, nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Unzulässigkeit der EU-Richtlinie dennoch eine flächendeckende und anlasslose Vorratsdatenspeicherung gesetzlich auf den Weg zu bringen und umzusetzen.

Der Parteitagsbeschluss "Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!", welcher nun mehrfach ins Feld geführt hat, lässt sich allerdings nicht mehr für die aktuell im Raum stehenden Forderungen nutzen, denn dieser widersprach nicht nur bereits der im Koalitionsvertrag vereinbarten Speicherung von Daten für 6 Monate, er gibt auch noch nicht einmal her, wofür er jetzt herbeigezogen wird, denn dort heißt es: "Für die SPD ist klar, dass diese Vorgaben [Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 02.03.2010 zur Verfassungswidrigkeit der bestehenden Praxis der Vorratsdatenspeicherung] bei der Ausgestaltung eines Umsetzungsgesetzes strikt befolgt werden müssen. Denn, die von der EU-Richtlinie geforderte Speicherungsverpflichtung stellt einen gravierenden Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer von Telekommunikationsdiensten dar. Insbesondere die von der Richtlinie vorgeschriebene Mindestspeicherdauer von 6 Monaten greift unverhältnismäßig stark in das Grundrecht ein.

Eine derart langfristige, verdachtsunabhängige Speicherung von Telefon- und Internetverbindungen lehnen wir ab. Wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine Revision der EU-Richtlinie ein. Insbesondere für die Möglichkeit auf nationaler Ebene weitere Einschränkungen regeln zu können". Und weiter: "Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird richterlich darüber entschieden, ob die Daten eines Nutzers / einer Nutzerin durch Ermittlungsbehörden bei einem Provider

Vorratsdatenspeicherung endlich begraben!

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

| Anträge | Empfehlungen der Antragskommission |
|---------|------------------------------------|
|---------|------------------------------------|

50 abgerufen werden dürfen. Um die Garantie der Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten, ist ein qualifizierter Richtervorbehalt vorzusehen."

55 Die genannte Richtlinie gibt es nun nicht mehr und von einer europaweiten Regelung hat sich die Europäische Kommission nach der Kippung der verdachtslosen Speicherung von Telefon- und Internetdaten auch verabschiedet. Wir fordern daher unsere Koalitionäre dazu
60 auf, von dem weder vom Koalitionsvertrag, noch einem Parteitagsbeschluss gedeckten Vorhaben zur Neueinsetzung der Vorratsdatenspeicherung auf nationaler Ebene, Abstand zu nehmen. Die wiederholte
65 Instrumentalisierung der Anschläge von Oslo, Utøya, Kopenhagen und Paris für die Vorratsdatenspeicherung missbilligen wir. Noch 2011 hat unsere Parteiführung, in Person der Generalsekretärin Andrea Nahles, die
70 damaligen Aussagen der CSU "für ziemlich fies" befunden und nun bedienen wir uns dieser selbst. Die Welt hat sich seit 2011 weitergedreht, auch wir als Partei haben mit großer Entrüstung auf die Enthüllungen von
75 Edward Snowden reagiert. Deshalb kann für uns das Fazit nur heißen: Schluss mit der Turnerei und die Vorratsdatenspeicherung endlich begraben!

Antrag I 23

Ortsverein Weilheim Obb. (Landesverband Bayern)

Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU

Der SPD Ortsverein Weilheim i.OB lehnt die sogenannte Vorratsdatenspeicherung ab.

5 Es ist anzuerkennen, dass mit den federführend vom Bundesjustizministerium erarbeiteten Leitlinien zur Vorratsdatenspeicherung vom April 2015 erstmals der Versuch unternommen wurde, einzelne Kritikpunkte von
10 Verfassungsgerichten und Kritikern der Vorratsdatenspeicherung an der umfassenden Überwachung der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen. Die verfassungsrechtliche Debatte und die beharrliche Gegenwehr innerhalb und außerhalb der SPD hat damit
15 durchaus Wirkung gezeigt.

Der Kern der Kritik an der

Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Vorratsdatenspeicherung bleibt durch die Leitlinien allerdings unberührt:

20

Die Daten von Bürgerinnen und Bürgern sollen ohne konkreten Tatverdacht und ohne konkreten Anlass zu Strafverfolgungszwecken gespeichert werden.

25

Zwar sehen die Leitlinien für den Abruf der gespeicherten Daten einen Richtervorbehalt vor, gleichzeitig wird aber den Ländern mit einer Öffnungsklausel im Rahmen präventiver polizeilicher Maßnahmen eine Abfrage der Daten ohne Richtervorbehalt ermöglicht.

30

Die Speicherung von Daten im Rahmen der geplanten Vorratsdatenspeicherung ist ein tiefer Einschnitt in die bisherige Praxis der Datenspeicherung und Datenerfassung durch und im Auftrag von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Bisher konnten sich die Bürgerinnen und Bürger darauf verlassen, dass – wenn sie sich nichts zu schulden haben kommen lassen – ihre Daten auch nicht gespeichert werden. Dieser Grundsatz wird erstmalig mit der Vorratsdatenspeicherung durchbrochen. Die Debatte über die Europäische Fluggastdatenspeicherung zeigt, dass dieser Grundsatz vollständig in Frage gestellt wird.

35

40

45

Der Umfang der zu speichernden Daten lässt tiefe Rückschlüsse auf die betroffenen Personen zu. Ein Beleg für die Erforderlichkeit und die Wirksamkeit einer Vorratsdatenspeicherung wurde bisher nicht erbracht. Wir bewerten die Vorratsdatenspeicherung daher als einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung. Die Vorratsdatenspeicherung widerspricht dem sozialdemokratischen Verständnis eines offenen, demokratischen Staates, in dem die Freiheit und Privatsphäre jedes Einzelnen angemessen gewahrt wird.

50

55

60

Das Bundesverfassungsgericht erklärte die deutsche Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung wegen ihrer Speichervorschriften bereits 2010 für verfassungswidrig.

65

Im April 2014 hat schließlich auch der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Richtlinie für ungültig und nichtig erklärt, weil sie einen

70

- 75 unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte auf Privatsphäre und Datenschutz bedeutet. In seiner Beurteilung geht der EuGH deutlich über die Bewertung des Bundesverfassungsgerichts hinaus, in dem er u.a. kritisiert
- 80 1. dass nahezu die gesamte Europäische Bevölkerung bei der Speicherung erfasst wird „ohne dass sich jedoch die Personen, deren Daten auf Vorrat gespeichert werden, auch nur mittelbar in einer Lage befinden, die Anlass zur Strafverfolgung geben könnte“
- 85 2. die Vorratsdatenspeicherung verlange „keinen Zusammenhang zwischen den Daten, deren Vorratsspeicherung vorgesehen ist, und einer Bedrohung der öffentlichen Sicherheit; insbesondere beschränkt sie die Vorratspeicherung weder auf die Daten eines bestimmten Zeitraums und/oder eines bestimmten geografischen Gebiets und/oder eines bestimmten Personenkreises, der in irgendeiner Weise in eine schwere Straftat verwickelt sein könnte, noch auf Personen, deren auf Vorrat gespeicherte Daten aus anderen Gründen zur Verhütung, Feststellung oder Verfolgung schwerer Straftaten beitragen könnten“.
- 90 Damit erteilt der EuGH einer anlasslosen, umfassenden Speicherung von Daten auf Vorrat eine klare Absage. Nicht ausgeschlossen bleibt lediglich eine auf Verdacht beruhende, gezielte und begrenzte Speicherung von Daten. Dies entspricht eher dem "Quick Freeze"-Modell, wonach auf gerichtliche Anordnung bei Vorliegen bestimmter Verdachtsmomente für eine schwere Straftat relevante Daten für begrenzte Zeit gespeichert bleiben dürfen. Vor dem Hintergrund dieser durch das EuGH definierten Grundsätze halten wir auch die in den Leitlinien vom 15. April 2015 festgehaltene Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung für nicht mit den Grundrechten vereinbar.
- 95 100 105 110 115
- 120 Angesichts dieser eindeutigen juristischen Beurteilung ist die Zeit gekommen, die Vorratsdatenspeicherung auch politisch entsprechend zu bewerten und sie nicht länger als Ziel zu verfolgen.
- 125 Wir sprechen uns daher eindeutig gegen eine Fortführung der politischen Bemühungen zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung

in der Bundesrepublik Deutschland, der EU und ihren Mitgliedsstaaten aus.

130

Wir fordern die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, die Bundes-SPD, die Mitglieder der SPD-Bundestags- und Landtagsfraktionen, die sozialdemokratischen

135 Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich diesem Ziel anzuschließen und sich stattdessen dafür einzusetzen, Strafverfolgungsbehörden

140 mit ausreichendem Budget, Personal und Know-How so auszustatten, dass eine effektive Strafverfolgung möglich ist.

Antrag I 24

Ortsverein Hallstadt (Landesverband Bayern)

Ablehnung einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner

5 Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben

15 nicht vereinbar- und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw.

20 Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.

30

Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken – Datenspeicherung begrenzen“ des

Ablehnung einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

35 Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG

40 verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6,

45 höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt.

50 Eine anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,

55 das in die Grundrechte in unzumutbarer Art eingreift und alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer

60 Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1

65 des Grundgesetzes (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Antrag I 25

020 Kreis Friedrichshain-Kreuzberg (Landesverband Berlin)

Keine Wiedereinführung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung

Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,

5 das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer

10 Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht

Keine Wiedereinführung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

15 urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art.10 Abs.1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

20 Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament auf,

- sich im Bundestag und im Europäischen Parlament gegen eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung einzusetzen,
- 25 • die Ermittlungsarbeit der Polizei im Bereich der über das Internet begangenen Delikte qualitativ zu stärken, indem die Ausbildung sowie die finanzielle und personelle Ausstattung in diesem Bereich verbessert werden. Zur Aufklärung und Vorbeugung von Straftaten müssen Energie und Ressourcen gezielt zum Einsatz gebracht werden und daher v.a. die Personalmittel von Polizei und Sicherheitsbehörden sowie Mittel für 30 Qualifikation und Weiterbildung ihren Aufgaben angemessen aufgestockt werden.

40 Der Beschluss des Bundesparteitages von 2011 ist damit gegenstandslos.

Antrag I 26

Unterbezirk Mönchengladbach (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU

5 Die SPD lehnt die sogenannte Vorratsdatenspeicherung, d.h. anlasslose und massenhafte Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten als einen unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre und die informationelle Selbstbestimmung ab.

10 Die Vorratsdatenspeicherung widerspricht zudem dem sozialdemokratischen Verständnis eines offenen, demokratischen Staates, in dem die Freiheit und Privatsphäre jedes Einzelnen angemessen gewahrt wird.

15 Das Bundesverfassungsgericht hat die deutsche Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsdatenspeicherung wegen ihrer Speichervorschriften bereits 2010 für verfassungswidrig erklärt. Im April 2014 hat schließlich auch der Europäische Gerichtshof

Auch in Zukunft: Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und der EU

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

- 20 die Richtlinie für ungültig und nichtig erklärt, weil sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte auf Privatsphäre und Datenschutz bedeutet. Angesichts dieser eindeutigen juristischen Beurteilung ist die Zeit gekommen, die Vorratsdatenspeicherung auch
- 25 politisch entsprechend zu bewerten und sie nicht länger als Ziel zu verfolgen. Wir sprechen uns daher eindeutig gegen eine Fortführung der politischen Bemühungen zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in der EU und
- 30 ihren Mitgliedsstaaten aus. Wir fordern die sozialdemokratischen Innenminister der Länder, die Bundes-SPD, die Mitglieder der SPD-Bundestags- und Landtagsfraktionen und die
- 35 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten der S&D Fraktion im Europäischen Parlament auf, sich diesem Ziel anzuschließen und sich stattdessen
- 40 dafür einzusetzen, Strafverfolgungsbehörden mit ausreichendem Budget, Personal und Know-How so auszustatten, dass eine effektive Strafverfolgung möglich ist.

Antrag I 27*Unterbezirk Dortmund (Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Gesetz Vorratsdatenspeicherung**

Die SPD Dortmund bedauert den aktuellen Kompromiss der Bundestagsfraktion zur Vorratsdatenspeicherung. Sie spricht sich weiterhin gegen jegliche Form der

5 Vorratsdatenspeicherung aus. Die übergeordneten Gremien der SPD werden aufgefordert, sich ebenfalls gegen jegliches Gesetz zur Vorratsspeicherung einzusetzen.

Gesetz Vorratsdatenspeicherung

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Antrag I 28

1. Ortsverein München Denning (Landesverband Bayern)
2. Unterbezirk München-Stadt (Landesverband Bayern)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner

5 Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.
10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben
15 nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie.

Auch die im April 2015 veröffentlichten Leitlinien zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist von Verkehrsdaten umschreibt nur mit neuen Worten die Idee der Vorratsdatenspeicherung: es werden anlasslos und flächendeckend Telekommunikations- und
20 hochsensible Ortungsdaten über Wochen bzw. Monate gespeichert. Die SPD lehnt die Leitlinien ab und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechenden Gesetzesentwürfen im Bundestag nicht zuzustimmen.
25

30 Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitages in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete,
35 entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6,
40 höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der
50 Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf europäischer Ebene für eine grundlegende
55 Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es eine solche europäische Verpflichtung zur Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in Berlin gegenstandslos.

60 Die anlasslose und flächendeckende Vorratsdatenspeicherung ist ein

undifferenziertes und rechtlich unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument, das die Grundrechte in unzumutbarer Art einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union unter Generalverdacht stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte, dass die Richtlinie zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass die damalige Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1 des Grundgesetz (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten birgt durch die dabei entstehenden Datenmengen ein unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen Mittel ausgeschöpft werden und Ermittlungsbehörden ausreichend personell und technisch ausgestattet sein. Mängel in diesen Bereichen durch die VDS zu vertuschen oder gar auszugleichen kann führt am Ziel vorbei.

Antrag I 29

Unterbezirk Bonn (Landesverband Nordrhein-Westfalen)

Ablehnung verdachtsunabhängiger Vorratsdatenspeicherung

Der SPD Unterbezirk Bonn lehnt die verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch Mindestspeicherung oder Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten) prinzipiell ab und setzt sich nachdrücklich gegen dieses unverhältnismäßige und unwirksame Mittel der Verbrechensbekämpfung ein.

Der UB Bonn fordert die SPD Bundestagsfraktion auf, die am 15. April 2015 vorgestellten „Leitlinien des BMJV zur Einführung einer Speicherpflicht und Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten“ und entsprechende Gesetzesentwürfe abzulehnen.

Der UB Bonn fordert den SPD Parteikonvent und den SPD Bundesparteitag auf, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf die

Ablehnung verdachtsunabhängiger Vorratsdatenspeicherung

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

- 20 SPD Bundestagsfraktion dahingehend einzuwirken, eine erneute Einführung flächendeckender und anlassloser Speicherung von Verkehrsdaten zu unterbinden.

Antrag I 30

Unterbezirk Osnabrück-St. (Bezirk Weser-Ems)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

- Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.
- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen. Eine anlasslose und flächendeckende Speicherung ist mit den verfassungs- und europarechtlichen Vorgaben nicht vereinbar – und ebenso wenig mit den Grundwerten der Sozialdemokratie. Daran ändern auch Höchstspeicherfristen, wie sie derzeit von der Bundesregierung vorgeschlagen werden, nichts.
- 10
- 20 Der Beschluss „Datenschutz und Grundrechte stärken - Datenspeicherung begrenzen!“ des Parteitag in Berlin im Dezember 2011 ist nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegenstandslos, da dieser vor dem Hintergrund der damals gültigen EU-Richtlinie, die Deutschland zu einer Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verpflichtete, entstanden ist. Die EU-Richtlinie 2006/24/EG verpflichtete Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch welches alle Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden sollten, die Verbindungsdaten ihrer Kundinnen und Kunden mindestens 6, höchstens 24 Monate zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Gesetz, mit dem diese Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden sollte, für verfassungswidrig erklärt. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Bundesparteitag im Dezember 2012 dafür ausgesprochen, unter der Wahrung Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts europäisches Recht umzusetzen und sich zugleich auf
- 30
- 35
- 40

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

45 europäischer Ebene für eine grundlegende
Revision der EU-Richtlinie einzusetzen. Da es
eine solche europäische Verpflichtung zur
Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung nicht
mehr gibt, ist der Beschluss des Parteitages in
Berlin gegenstandslos.

50 Die anlasslose und flächendeckende
Vorratsdatenspeicherung ist ein
undifferenziertes und rechtlich
unverhältnismäßiges Überwachungsinstrument,
55 das die Grundrechte in unzumutbarer Art
einschränkt und alle Bürgerinnen und Bürger in
der Europäischen Union unter Generalverdacht
stellt. Der Europäische Gerichtshof urteilte,
60 dass die Richtlinie zur Einführung einer
Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta
der Grundrechte der Europäischen Union
vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht
urteilte, dass die damalige
65 Vorratsdatenspeicherung gegen Art. 10 Abs. 1
des Grundgesetz (Brief-, Post- und
Fernmeldegeheimnis) verstoßen hat.

Die Speicherung von
70 Telekommunikationsdaten birgt durch die
dabei entstehenden Datenmengen ein
unverhältnismäßiges Risiko, das keineswegs
mit vermeintlichen, aber objektiv nicht zu
belegenden Vorteilen bei der Strafverfolgung
aufgewogen werden kann. Zur Aufklärung von
75 Straftaten müssen alle vorhandenen rechtlichen
Mittel ausgeschöpft werden und
Ermittlungsbehörden ausreichend personell und
technisch ausgestattet sein.

Antrag I 31

Kreisverband Erlangen Stadt (Landesverband Bayern)

Vorratsdatenspeicherung

Die sogenannte Vorratsdatenspeicherung, d.h.
die anlasslose und massenhafte Speicherung
von Telekommunikations- und
5 Verbindungsdaten, ist abzulehnen. Wir sehen
darin einen unzulässigen Eingriff in die
Privatphäre und die informelle
Selbstbestimmung. Die
Vorratsdatenspeicherung widerspricht dem
10 sozialdemokratischen Verständnis eines
offenen und demokratischen Rechtsstaates, in
dem die Freiheit und Privatsphäre der
Bürgerinnen und Bürger angemessen gewahrt
wird.

Vorratsdatenspeicherung

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der
Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115
aufgezeigt wird.

Antrag I 32*Bezirk Hessen-Süd***Vorratsdatenspeicherung light rechtlich begrenzen - Für eine Reform des § 100 Abs. 1 TKG**

Die SPD fordert eine rechtliche Eingrenzung des § 100 Abs. 1 TKG, die den Vorgaben des BVerfG und des EuGH zur Vorratsdatenspeicherung entspricht. Die Norm erlaubt den Diensteanbietern die Speicherung von Verbindungsdaten bis zu einem halben Jahr für Zwecke der Abrechnung, der Sicherheit und der Sicherstellung der Netzqualität. Weder gibt es besondere rechtliche Schranken für den Zugriff der Strafverfolgungsbehörden noch besondere Auflagen zur Sicherheit.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für eine notwendige Reform einzusetzen und diese nicht mit Regelungen zur Einführung einer Vorratsdatenspeicherung zu verknüpfen. Erforderlich sind Vorgaben zur Eingriffsschwelle, zum Zeitraum der Speicherung, zu Schutzvorkehrungen gegen Missbrauch, zu Zweckbegrenzungen in der Verwendung, zu Ausnahmen für Berufsgeheimnisträger, zur Information der Betroffenen und zu Löschverpflichtungen.

Vorratsdatenspeicherung light rechtlich begrenzen - Für eine Reform des § 100 Abs. 1 TKG

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

Antrag I 33*Bezirk Hessen-Süd***Immer mehr Überwachung schafft nicht mehr Sicherheit, aber sie gefährdet die Grundrechte - keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung**

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit haben auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen nicht ausgehebelt werden. Es geht bei der Frage der Speicherung von Daten auf Vorrat zudem nicht nur um die Verwendung von bereits zu anderen Zwecken erhobene Daten. Mit zunehmender Digitalisierung und veränderter Nutzung von Kommunikationsdiensten werden immer mehr Metadaten produziert und immer mehr unserer Lebensbereiche erfasst. Wir dürfen nicht übersehen, dass im Zeitalter von Smartphones Verbindungs- und insbesondere Standortdaten

Immer mehr Überwachung schafft nicht mehr Sicherheit, aber sie gefährdet die Grundrechte - keine anlasslose Vorratsdatenspeicherung

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.

20 nicht nur bei einer sich aufbauenden oder bestehenden Sprechverbindung anfallen. Bei modernen Mobiltelefonen fallen diese regelmäßig und in teilweise kurzen Abständen an, weil Applikationen oder Hintergrunddienste Daten senden oder abrufen.

25 Es ist eine neue Qualität, in diesem Umfang, der detaillierte Rückschlüsse bis in Details privater Lebensführung zulässt, Daten von Bürgerinnen und Bürgern anlasslos zu Prävention oder zu späterer Strafverfolgung zu erheben und zu speichern.

30 Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil, mit dem er die europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung für ungültig erklärte, eine eindeutige Entscheidung getroffen, aus der wir Konsequenzen ziehen
35 müssen. Aufgrund seiner Vorgaben ist eine grundrechts- und europarechtskonforme Ausgestaltung einer anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ausgeschlossen. Derartig tiefe Grundrechtseingriffe bedürfen
40 einer klaren Eingrenzung, sowohl was den Personenkreis, die räumliche und zeitliche Geltung als auch den Anlass betrifft. Die SPD lehnt deshalb eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung und insbesondere
45 einen nationalen Alleingang in dieser Frage ab.

Antrag I 34

Ortsverein Kiel-Süd (Landesverband Schleswig-Holstein)

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

5 Die SPD spricht sich klar gegen eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung (VDS, auch: Mindestspeicherung) aus. Auf europäischer Ebene bedarf es keiner Neuregelung der nicht mehr gültigen EU-Richtlinie 2006/24/EG. Als Teil der Bundesregierung wird die SPD nationale Alleingänge bzgl. einer Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung entschieden ablehnen.
10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, gegen eine mögliche Wiedereinführung zu stimmen.

Keine Vorratsdatenspeicherung in Deutschland und Europa

Ablehnung mit Verweis auf das Verfahren der Antragskommission, das im Antragsbuch auf S. 115 aufgezeigt wird.